

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

GEWERKSCHAFTSSPIEGEL · INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

Frankfurt, Dezember 1983

Einzelpreis 4,— DM

XXIII. Jahrgang

D 3476 E



Mit Beginn des neuen Jahres werden sechs Gewerkschaften, die rund die Hälfte der DGB-Mitgliedschaft repräsentieren, für die Forderung 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich antreten. Auf der Tagesordnung stehen außerdem bei der IG Druck und Papier eine neue Lohnstruktur und Rationalisierungsschutz. Übrigens: Rationalisierungsschutz spielt bei fast allen Gewerkschaften eine herausragende Rolle, auch wenn sie sich zunächst für eine andere Form der Arbeitszeitverkürzung entschieden haben.

Der Kampf um die Forderung nach der 35-Stunden-Woche wird sich erheblich von dem früheren Verlangen nach Arbeitszeitverkürzungen unterscheiden. Gegenwärtig ist die Bundesrepublik wie auch die übrige kapitalistische Welt von tiefen Krisen mit tendenziell steigender Arbeitslosigkeit geschüttelt. Selbst nach dem jüngsten Gutachten der sogenannten fünf Weisen wird 1984 mit einer jährlichen Durchschnittszahl von 2,25 Millionen Arbeitslosen gerechnet, die stille Reserve von beachtlicher Höhe nicht eingeschlossen. Hinzu kommt, daß Streß, Arbeitshetze und Leistungsverdichtung so stark zunehmen, daß ein hoher Prozentsatz der

Beschäftigten das Rentenalter nicht im Betrieb erreicht und das Lebensalter wieder sinkt. Schließlich wird die vielgerühmte neue Technik, bleibt sie ein Instrument in der Hand der Unternehmer, dazu beitragen, die Arbeitslosenzahlen auch bei einem konjunkturellen Aufschwung auf hohem Niveau zu halten. Diesen Entwicklungen soll die 35-Stunden-Woche entgegenwirken. Aber die Kampfbedingungen zeigen sich für die Gewerkschaften als außerordentlich kompliziert. Mit einem massiven Trommelfeuer haben sich die Unternehmerverbände samt der ihnen verbundenen

Um 35 Stunden beginnt 1984 hartes Ringen

Medien auf die gewerkschaftlichen Forderungen eingeschossen. Während sie sich straff und zentralistisch organisieren, lassen sie nichts unversucht, um die Gewerkschaften zu spalten und zu schwächen. In ihrem Arsenal verfügen sie über Verleumdungen, über manipulierte Umfragen und über handfeste Drohungen. Sie setzen auf die Angst um den Arbeitsplatz und wollen die Kampfbereitschaft lähmen. Auch die Bundesregierung leistet Schützenhilfe, wenn Bundeskanzler Kohl die Forderung nach 35 Stunden als „absurd und dumm“ bezeichnet. Gegen die Gewerkschaften zielt ebenso der Gesetzentwurf von Arbeitsminister Blüm, der eine Verrentung mit 59 bei einer knapp über der Arbeitslosenunterstützung liegenden Rente vorsieht.

Unbestreitbar ist also, daß es eines harten Kampfes bedarf, um die berechtigten Forderungen durchzusetzen. In erster Linie wird es in den nächsten Wochen und Monaten für die sechs Gewerkschaften darauf ankommen, die Mitgliedschaft zu überzeugen, zu mobilisieren und die Reihen zu schließen. Einheitlich und selbstbewußt handelnde Belegschaften in den Betrieben — in den Zentren der Unternehmerrmacht — können empfindlich treffen, wenn sie gleichzeitig eingebunden sind in eine umfassende gewerkschaftliche Strategie. Dabei ist durchaus ins Kalkül zu ziehen, daß die Unternehmer jede Politisierung der Tarifkämpfe fürchten wie der Teufel das Weihwasser.

12/83

Aus dem Inhalt:

Negative Sozialbilanz 1983 erfordert Massenmobilisierung	2
Tarifpolitik und Krise — Aktuelles Nachrichten-Seminar	4
Blüm und Gesamtmetall wollen Gewerkschaften ausspielen	5
14 000 Arbeitsplätze werden allein bei der RAG vernichtet	8
Schriftstellerverband ringt um Solidarität der Einzelgänger	9
Widerstandsrecht bei Ausverkauf aller sozialen Rechte Interview mit Erwin Kastleiner, geschäftsführendes Bundesvorstandsmitglied der IG BSE	10

NACHRICHTEN-DOKUMENTATION:

Aussagen und Beschlüsse des 13. Gewerkschaftstages der IG DruPa sowie des 14. Kongresses der DPG	
Arbeitslose melden sich zu Wort	13—24
Junge Eisenbahner auf Kurs gegen Pershing II und Berufsverbote	25
GEW: Beim Kampf um 35 Stunden nicht nur aus dem Fenster winken	26
Die Unterwanderungslüge und was dahintersteckt Interview mit Werner Cieslak, Mitglied des Präsidiums der DKP	28
Nein des SPD-Parteitag zur Raketenstationierung	31
BDA-Denkschrift: Frontal gegen Sozialleistungen	33
Neue polnische Gewerkschaften mit 3,5 Millionen Mitgliedern	34

Negative Sozialbilanz 1983 erfordert Massenmobilisierung

Das zu Ende gehende Jahr 1983 brachte für die arbeitende Bevölkerung eine weitere Verschlechterung ihrer Lebenslage. Mit der beginnenden Raketenstationierung hat sich die Kriegsgefahr verschärft. Auf der anderen Seite erlebte in diesem Jahr die Friedensbewegung, insbesondere durch verstärkte gewerkschaftliche Aktivitäten, einen großen Aufschwung. Mit den Beschlüssen der jüngst stattgefundenen vier Gewerkschaftstage, die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich angehen zu wollen, ist der Kampf um die Arbeitszeitverkürzung in eine entscheidende Phase getreten.

Im Krisenjahr 1983 kletterte die Zahl der registrierten Arbeitslosen auf weit mehr als 2 Millionen. Rechnet man die versteckten Arbeitslosen hinzu, dann sind allein rund 3 Millionen Menschen von dieser Geisel direkt betroffen. Parallel zur Zahl der Arbeitslosen stieg auch die der Sozialhilfeempfänger. Die Armut wächst.

Aber nicht nur die Arbeitslosen mußten im vergangenen Jahr eine Senkung ihres Lebensstandards hinnehmen. Auch für die Beschäftigten sanken 1983 nunmehr schon zum vierten Mal hintereinander die Realeinkommen. Durch den Abbau sozialer Leistungen hat sich für Millionen die Lebenslage daher

Allen Lesern, Freunden
und Mitarbeitern
zum Jahreswechsel
die besten Wünsche

Redaktion und Verlag

noch weitaus mehr verschlechtert, als dies in den sinkenden Realeinkommen zum Ausdruck kommt. Demgegenüber langten die Unternehmer, vor allem die der großen Industrie-, Bank- und Versicherungskonzerne, kräftig zu. Steigende Unternehmergewinne und hohe Managereinkommen sind ein Anzeichen dafür. Auch wachsende Rüstungsmilliarden zeigen, daß genügend finanzielle Mittel vorhanden sind, um den Kahlschlag von Sozialleistungen stoppen und gewerkschaftliche Forderungen wie die nach der Herabsetzung des Rentenalters erfüllen zu können.

Man kann jedoch die Augen nicht davor verschließen, daß dem Großkapital und seiner Rechtsregierung wie auch den bürgerlichen Meinungsmachern die Ergebnisse der sozialreaktionären Wendepolitik noch zuwenig sind. Der Bundesvorstand des DGB hat sich bisher gegen die Angriffe auf den Lebensstandard lediglich auf papierene Proteste beschränkt und weniger Akti-

vitäten gezeigt als gegen den Sozialabbau unter der sozial-liberalen Regierung. Der von der IG Metall organisierte Marsch von 130 000 Stahlarbeitern im September nach Bonn blieb die Ausnahme.

Offenbar ist die DGB-Spitze nur dann bereit, aktiv zu werden, wenn von der gewerkschaftlichen Basis, den Mitgliedern und den Einzelgewerkschaften, durch deren Wirken Druck ausgeübt wird. Es sei hier daran erinnert, daß der DGB-Bundesvorstand erst dann bereit war, sich in der Friedensfrage stärker zu engagieren, als die Aktionen der Mitglieder, aber auch Wandlungen in der SPD, ihm keinen anderen Ausweg ließen. Noch 1981 hatte er der DGB-Jugend verboten, zur Friedensdemonstration in Bonn aufzurufen.

Millionen Gewerkschafter legten nunmehr auf gewerkschaftlichen Beschluß am 5. Oktober die Arbeit nieder, beteiligten sich an betrieblichen und örtlichen Aktionen der Gewerkschaften und gingen am 22. Oktober in Hamburg, Bonn, Stuttgart und Ulm gemeinsam mit den anderen Gruppen der Friedensbewegung auf die Straße. Wenngleich sich auch die Bundestagsmehrheit dem gefährlichen Atomkriegskurs der amerikanischen Administration willfährig unterordnete und damit den Mehrheitswillen des Volkes mißachtete, ist doch das gewachsene Bündnis von Gewerkschaften und Friedensbewegung eine Ermutigung; wird doch hier eine Potenz sichtbar, die in der Lage sein kann, die inzwischen begonnene Stationierung der Pershing II zu stoppen und zugleich auch auf sozialem Gebiet wieder in die Offensive zu kommen.

Sicherlich kommt hierbei dem Kampf um die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich eine ganz besondere Bedeutung zu. Diese Auseinandersetzung wird 1984, neben der zur Verteidigung der Reallöhne und -gehälter, im Mittelpunkt gewerkschaftlicher Tarifpolitik stehen. Schon haben sechs Gewerkschaften — die IG Metall, die IG Druck und Papier, die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Holz und Kunststoff, Erziehung

und Wissenschaft sowie die Deutsche Postgewerkschaft — die Manteltarifverträge gekündigt, beziehungsweise sich für die aktive Unterstützung des gewerkschaftlichen Kampfes ausgesprochen.

Der Widerstand von Unternehmern und Bundesregierung sowie die demagogischen Manöver der Massenmedien deuten an, daß diejenigen, die das Tor zur 35-Stunden-Woche aufstoßen wollen, der aktiven Solidarität aller Gewerkschaften und folglich auch derer bedürfen, die andere Formen der Arbeitszeitverkürzung den Vorzug geben, wie die IG Chemie-Papier-Keramik, die IG Bau — Steine — Erden, die IG Bergbau und Energie sowie die Gewerkschaften Nahrung — Genuß — Gaststätten und Textil — Bekleidung. Dem DGB-Bundesvorstand kommt bei der Organisation praktischer Solidarität große Bedeutung zu. Wortreiche Beteuerungen gab es bereits im Übermaß, jetzt müssen Taten folgen.

Sicherlich darf bei diesem Ringen nicht der Widerstand gegen die Raketenstationierung vergessen werden, die Ostermärsche 1984, der 1. Mai und der 1. September können hier Höhepunkte gewerkschaftlicher Aktivitäten werden.

Werner Petschick

GLOSSE

Gärtner — Bock

Wird Strauß in Bonn Minister — wird er's nicht? Das alte Ratespiel nach Art des Blütenblätter-Zupfens (er liebt mich — er liebt mich nicht) geht weiter. Auch nach dem Gespräch Kohl-Strauß am 29. November. Denn Strauß hat immer schon beides gesagt: daß er nach Bonn will und daß er's nicht will.

Übrigens hat Kohl bei dem Gespräch nicht koptgestanden, mit den Füßen gestampelt, Strauß eine lange Nase gemacht und schrill gekreischt. Nein, er tat es nicht, denn er selbst teilte der Presse mit, daß es „ein völlig normales“ Gespräch zwischen den Vorsitzenden beider Bruderparteien gewesen sei.

Apropos Bruder! Da ist noch dieser Lamsdorff auf dem Ministersessel in Bonn. Der hängt in der Bestechungsaffäre Flick so tief drin, daß über kurz oder lang wohl doch ein anderer Chef im Wirtschaftsministerium gebraucht wird. Eigentlich das richtige für Strauß, weil auch der einschlägig erfahren ist: Fibag-Affäre, „Onkel Alois“, Starlighter, Schützenpanzer HS 30, Spiegel-Affäre.

Würde Kohl die beiden austauschen, hätte er einen guten Griff getan: Der Bock würde zum Gärtner und der Gärtner wieder zum Bock.

okulus

Rechtsregierung mißachtet Mehrheitswillen des Volkes

Mit der Entscheidung der Bundestagsfraktionen von CDU, CSU und FDP, die Zustimmung zur Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik zu geben, entschlossen sich die Regierungsparteien zugleich, den Mehrheitswillen der Bevölkerung außer acht zu lassen. Noch am Tag der Debatte gingen Appelle an die Abgeordneten des Bundestages ein, in zahlreichen Städten wurden Demonstrationen durchgeführt, um diesen Willen zu verdeutlichen.

Nachdem nun aber die Entscheidung im Parlament gefallen sei, so verkündet diese Regierung, müsse auch das Volk sich ins Unvermeidliche fügen. Nun sei der zivile Gehorsam gefordert, läßt die FAZ wissen, nachdem ja schließlich jeder seine Meinung ausführlich kundtun konnte. Welche Schlußfolgerungen sollen aber alle diejenigen ziehen, die nun feststellen konnten, daß friedliche Demonstrationen kein Nachdenken bei den Herrschenden auslösten? Diese Frage stellte der SPD-Vorsitzende Brandt, der selbst einen langen Weg zu seiner jetzigen Position der Ablehnung von Atomraketen in der Bundesrepublik zurücklegte.

Es verging keine gewerkschaftliche Konferenz in den vergangenen Wochen und Monaten, die nicht die Sicherung des Friedens als eines ihrer wichtigsten Themen geführt hätte; die Mahnminuten für den Frieden, zu denen der DGB aufgerufen hatte, fanden hunderttausendfachen Widerhall. Dieser gewachsene Protest kann natürlich und darf natürlich nicht verstummen. Widerstand ist weiterhin gefordert. Immerhin ist es gelungen, daß die Friedensbewegung und die Gewerkschaften in dieser ele-

mentaren Frage der Lebenssicherung näher aneinandergerückt sind. Immerhin hat die Überzeugungskraft dieser Friedensbewegung erreicht, daß die SPD ihre Haltung zur Raketenstationierung änderte.

Diese Widerstandsarbeit muß fortgesetzt werden, so wie es zahlreiche gewerkschaftliche Gremien seit langem fordern. Beispielsweise rief der Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier die Mitglieder auf, sich an Kampfmaßnahmen wie Demonstrationen und Arbeitsniederlegungen zu beteiligen. „Aufgrund der Gefahren, die sich mit der weiteren atomaren Rüstung für das Fortbestehen der Menschheit ergeben, ist gewaltfreier Widerstand eine legitime Kampfform und stimmt sowohl mit dem internationalen Völkerrecht als auch mit dem Grundsatz der Bundesrepublik überein.“

Wenn eine Regierung so offensichtlich gegen die Mehrheit der Bevölkerung entscheidet, wenn sie so offensichtlich die nationalen Interessen ihres Landes mißachtet, muß sie sich gefallen lassen, daß diese Entscheidung auch weiterhin abgelehnt und alles getan wird, um sie rückgängig zu machen. Die Bundesrepublik ist weder eine Bananenrepublik noch der 51. Bundesstaat der USA. Den Widerstand gegen die Raketenstationierung, die Vorsorge für den Frieden zu einem betrieblichen Thema zu machen, wie es bereits in den Mahnminuten für den Frieden begonnen wurde, kann der konsequente Interessenvertretung auch in diesem Bereich verstärkten Schwung geben. Denn auch nach dem 21. November gilt: Der Friede ist nicht alles, aber ohne Friede ist alles nichts.

Renate Bastian

Vorruhestandsregelung

Auf einer gemeinsamen Arbeitszeitkonferenz am 2. Dezember in Hamburg haben die Gewerkschaften und Industriegewerkschaften Bau — Steine — Erden, Bergbau und Energie, Chemie-Papier-Keramik, Nahrung-Genuß-Gaststätten und Textil — Bekleidung ihr Konzept für die Durchsetzung einer tarifvertraglich anzustrebenden Verrentung der Arbeiter und Angestellten ab dem 58. Lebensjahr beraten. In einer „gemeinsamen Empfehlung“ wird der Rahmengesetzentwurf von Arbeitsminister Blüm für eine Vorruhestandsregelung nicht akzeptiert. Eine Regelung sei nur annehmbar, wenn sie einen z. B. vom Betriebsrat zu bestätigenden Nachweis des Unternehmers für die Wiederbeset-

zung eines freigewordenen Arbeitsplatzes vorsieht, bereits die 58jährigen mit einbezieht, die Leistung der Bundesanstalt für Arbeit zum Vorruhestandsgeld wesentlich erhöht und auch für den öffentlichen Dienst gilt.

Ausdrücklich betonen die fünf Gewerkschaften in der Empfehlung und einer gemeinsamen Pressekonferenz, daß die von ihnen angestrebte Frühverrentung keine Alternative zur Wochenarbeitszeitverkürzung sei. Sie sei lediglich eine andere Form der Arbeitszeitverkürzung. Die fünf Gewerkschaften ließen sich von niemandem in Gegensatz zu den Gewerkschaften angetreten seien.

Gerd Siebert

Nun die Renten?

Die Leistungsreduzierung im System der sozialen Sicherung würde kein Ende nehmen, ginge es weiterhin nur nach dem politischen Willen der Kohl/Genscher-Koalition. Bundesarbeitsminister Blüm hat nunmehr die Rentner ins Visier genommen. Anlaß bietet ihm das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1975, wonach bis Ende 1984 die Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Rentenrecht realisiert sein muß. Für die Regierungskoalition ein Grund, die Rentner nochmals zur Kasse zu bitten, nachdem sie schon durch Verschiebung der Anpassungen und Einführung eines Krankenversicherungsbeitrags finanziell herabgedrückt worden waren.

Noch unter der Schmidt/Genscher-Koalition hatten sich alle damaligen Bundestagsparteien im Grundsatz für die sogenannte Partnerschafts- oder Teilhabe-Rente entschieden. Danach sollte der jeweils hinterbliebene Ehepartner einen Rentenanspruch auf 70 Prozent der von beiden erworbenen Rentenhöhe haben. Infolge der desolaten Situation der Rentenversicherungen, so jetzt Blüm, sei dieses Modell nicht mehr finanzierbar. Die Finanzmiserie bei den Renten wiederum wurde wesentlich von den Kosten der Hochrüstung mitverursacht, so daß seit Jahren schon die Staatszuschüsse zur Rentenversicherung gekappt werden.

Bonn denkt nun an folgende Lösung: Grundsätzlich sollen Männer und Frauen neben dem vollen Anspruch auf die erworbene eigene Rente 60 Prozent von der Rente des verstorbenen Ehepartners erhalten. (Bislang haben nur Frauen darauf einen Anspruch.) Die dadurch verursachten Mehrkosten — und da steckt der Pferdefuß — will man durch Anrechnung anderer Einkünfte des Hinterbliebenen ausgleichen. So sollen z. B. Betriebsrenten, Leistungen eines berufsständischen Versorgungswerkes, Unfallrenten, Kriegsofferrenten, Krankengeld usw. angerechnet, das heißt, von der Hinterbliebenenrente der verstorbenen Ehehälfte abgezogen werden.

Selbst Unternehmerfunktionäre quittieren das Bekanntwerden dieses Plans mit der Bemerkung, er bedeute u. a. die „Enteignung“ der Betriebsrentenfonds. Auch in dieser Frage offenbart sich wieder zweierlei: einmal der Zusammenhang von Rüstung und Sozialabbau, und zum anderen die Skrupellosigkeit, mit der diese rechtslastige Regierung ihren Zugriff selbst auf Leistungen ausdehnen möchte, die Millionen Menschen sich während ihres aktiven Arbeitslebens oftmals unter Verzicht aufgebaut haben, um im Alter würdig leben zu können. — Die Gewerkschaften sind zu ernsthaftem Widerstand herausgefordert!

G. S.

Tarifpolitik und Krise - Aktuelles Nachrichten-Seminar

Das Thema hatte besonders die Praktiker angesprochen, und so sah denn auch die Zusammensetzung der etwa 100 Teilnehmer aus: Mitglieder von Betriebsräten und Tarifkommissionen sowie mit Tarifpolitik befaßte Gewerkschafter verschiedener Organisationsebenen bildeten die Mehrheit. „Tarifpolitik unter den Bedingungen der Krise und anhaltend hoher Arbeitslosigkeit“ – so die genaue Themenbezeichnung dieses 7. Seminars unserer Zeitschrift am 19. und 20. November in Frankfurt – war ein Thema, zu dem es viele Fragen, aber auch viele Antworten gab.

Ein großes Aufgebot an Referenten deckte die verschiedenen Aspekte der Thematik ab. Zu folgenden Fragen wurde referiert: „Zur wirtschafts- und sozialpolitischen Situation“ (Leonhard Mahlein); „Einige Aspekte der Lohn- und Gehaltspolitik“ (Heinz Schäfer); „Arbeitszeitverkürzung mit Schwerpunkt 35-Stunden-Woche“ (Gerhard Gerlach); „Aktuelle und langfristige Aufgaben der Tarifpolitik“ (Walter Riestler); „Betriebliche Durchsetzungsstrategien“ (Manfred Balder).

Der bisherige Vorsitzende der IG Druck und Papier, Leonhard Mahlein, der am Tag vorher neu in den Herausgeberkreis der NACHRICHTEN eingetreten war, stellte in einer gründlichen Analyse die veränderten Rahmenbedingungen für gewerkschaftliche Interessenvertretung überhaupt dar. Diese schlechteren Bedingungen erforderten seitens der Gewerkschaften ein größeres Maß an koordiniertem und solidarischem Vorgehen.

Im Zentrum der Referate wie der Diskussion im Plenum, den drei Arbeitsgruppen und einer Podiumsdiskussion standen Fragen der Sicherung der Realeinkommen, tarifvertragliche Maßnahmen gegen Leistungsverdrängung, die 35-Stunden-Woche und Durchsetzungsmöglichkeiten unter Krisenbedingungen.

Heinz Schäfer vertrat die Auffassung, daß für einen überschaubaren Zeitraum die Verteidigung des Erreichten im Vordergrund der gewerkschaftlichen Tarifpolitik stehen werde. Das sei durchaus keine defensive Forderung, sondern ihre Realisierung erfordere offensive Auseinandersetzungen mit Unternehmerschaft und Staat, was der Mobilisierung aller Mitglieder bedürfe. Bei sich verschlechternden objektiven Bedingungen gewinne der subjektive Faktor noch an Bedeutung.

Die Seminarteilnehmer waren sich darüber einig, daß nicht die höchste Forderung, etwa beim Lohn, auch diejenige ist, die am stärksten mobilisiert. Vielmehr müsse eine Forderung so beschaffen sein, daß sie sowohl Betrof-

fenheit bei den Kollegen bewirke als auch an ihren Bewußtseinsstand anknüpfe. Dabei sei jedoch zu berücksichtigen, daß das Bewußtsein durch Mobilisierung und in der direkten Auseinandersetzung mit den Unternehmern wachse.

In diesem Zusammenhang wurde auf einen bedenklichen Wandel der „Lohnformel“ in den Gewerkschaften aufmerksam gemacht. Noch vor wenigen Jahren sei es Allgemeingut der meisten Gewerkschaften gewesen, bei der Be-

Tarifpolitik unter Krisenbedingungen

Perspektiven und
Handlungsmöglichkeiten

Mit diesem Titel wird im Frühjahr 1984 das Buch zum Seminar erscheinen. Es wird die (nachträglich bearbeiteten und aktualisierten) Referate, die wesentlichsten Aspekte der Diskussion in den Arbeitsgruppen und wichtige Diskussionsbeiträge enthalten.

Umfang ca. 250 bis 300 Seiten, Preis 20,- DM; Subskriptionspreis bis 31. März 1984 bei Vorauskasse auf unser Postscheckkonto Frankfurt 30 50 40 – 606 DM 14,- plus DM 2,- Versandkosten.

stimmung der Forderungshöhe für Löhne und Gehälter von den Faktoren Teuerungsrate plus Produktivitätsfortschritt plus Umverteilung auszugehen, weil nur so der Arbeitnehmeranteil am Wirtschaftsertrag verbessert werden könne. Dann habe man die Forderungshöhe auf die Faktoren Teuerungsrate plus Produktivitätsfortschritt zurückgenommen. Jetzt sei es, so auch bei der IG Metall, üblich geworden, nur noch einen Teuerungsanpassungsanspruch zu verlangen. Eine solche Position lasse aber den Anteil der abhängig Beschäftigten am Sozialprodukt schnell zurückfallen und sichere nicht einmal mehr die Realeinkommen.

Ein weiterer lohnpolitischer Gesichtspunkt in der Diskussion war die überwiegend in den DGB-Gewerkschaften vertretene These, daß gewerkschaftliche Tarifpolitik nicht ausgleichen könne, was an negativen Wirkungen von der staatlichen Sozialpolitik ausgehe. Mit anderen Worten: Dem Bonner Sozialabbau könne man nicht mit Tarifpolitik begegnen. Ein solcher Standpunkt wurde vom Seminar nicht akzeptiert, weil er die Einflußnahme der Arbeitenden auf ihre Lebenslage im wesentlichen auf die Stimmzettelabgabe einmal in vier Jahren reduzieren würde. Im übrigen hätten die Gewerkschaften in der Vergangenheit mit tarifpolitischen Mitteln die staatliche Sozialpolitik beeinflusst.

Walter Riestler sah in seinem Referat die gegenwärtige Unternehmerstrategie durch „Angriffe auf die Kernbereiche unserer Interessen“ gekennzeichnet. Diese Kernbereiche seien Beschäftigung, Einkommen, Qualifikation, Gesundheit und gewerkschaftliche Handlungsmöglichkeit. Es sei ein „tarifpolitischer Regulationsstau“ entstanden, der bei erheblich erschwerten objektiven und subjektiven Durchsetzungsmöglichkeiten abgebaut werden müsse. Die Seminarteilnehmer sahen tarifpolitische Regelungen gegen weitere Leistungsverdrängungen, insbesondere im Zusammenhang mit der Verkürzung der Wochenarbeitszeit, als vordringlich an.

Alle Redner und Diskutanten berichteten von einer allgemeinen Befürchtung der Arbeiter und Angestellten, daß der Beschäftigungseffekt der Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden durch Erhöhung der Arbeitsintensität verpuffen könnte. Mit diesem Argument hätten die Unternehmer eine starke Position. Gerhard Gerlach machte deutlich, auch anhand zurückliegender Erfahrungen mit der Verkürzung der Wochenarbeitszeit, daß die Unternehmer mit und ohne 35-Stunden-Woche immer weiter rationalisieren würden. Denn nicht die Arbeitszeitverkürzung, sondern Gewinnstreben und Konkurrenz würden sie dazu treiben.

Die erschwerten Bedingungen infolge der Krise für den Kampf um höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit erforderten, so Manfred Balder, von den Gewerkschaften neue Durchsetzungsstrategien. Der Teil- bzw. Streikstreik erzeuge in der Krisensituation oft nicht mehr genügend wirtschaftlichen Druck. Neue Kampfformen, die vor allem Massenmobilisierung ermöglichten, seien nötig. Unerlässlich sei die gezielte Politisierung der Auseinandersetzungen mit kapitalismuskritischen Argumenten. Die systematische Infragestellung der Alleinherrschaft der Unternehmer und der so erzeugte politische Druck könne in Verbindung mit den vielfältigen Arbeitskampfaktivitäten einen Teil des verlorenen Handlungsspielraums der Gewerkschaften wieder wettmachen.

Gert Siebert

Blüm und Gesamtmetall wollen Gewerkschaften ausspielen

Wenige Tage nachdem Bundesarbeitsminister Blüm den Gesetzentwurf einer Vorruhestandsregelung vorlegte, hat der Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände (Gesamtmetall) der IG Metall telegrafisch „Grundzüge einer Regelung über ein tarifliches Vorruhestandsgeld“ zugleich mit Vorschlägen über eine „flexible Arbeitszeitgestaltung“ und über zentrale Tarifverhandlungen in „mehreren Runden“ unterbreitet. Die Unternehmer verbanden ihr „Angebot“ an die IG Metall mit der Erwartung, daß die 40-Stunden-Woche festgeschrieben wird.

Es ist unschwer zu erkennen, daß hier eine konzentrierte Aktion von Regierung und Unternehmern gegen die gewerkschaftliche Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich erfolgt. In seinem Schlußwort der Fortsetzung des 14. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall am 19. November hatte der Vorsitzende, Hans Mayr, Blüms Plänen eine deutliche Absage erteilt. Es sei bei diesen Vorschlägen nicht nur eine weitere Ausweitung von Arbeitnehmerrechten festzustellen, sondern auch Bestrebungen, Arbeitnehmer, die ein Leben lang ihren Beitrag für die Gesellschaft geleistet hätten, in die Armut zu treiben. Durch die gleichzeitig geplante Abschaffung der 59er Regelung, mit der schon bisher Arbeitern und Angestellten durch betriebliche Sondervereinbarungen ermöglicht wurde, vorzeitig auszuscheiden, sollten „die Arbeitnehmer in das wesentlich schlechtere Blümsche Modell getrieben werden“.

Das für Tarifpolitik zuständige geschäftsführende Vorstandsmitglied der IG Metall, Hans Janßen, verwies darauf, daß in der Metallindustrie kaum noch Beschäftigte seien, die älter als 59 Jahre sind, so daß hier diese Regelung beschäftigungspolitisch vollends unwirksam sei und keinesfalls eine Alternative zur 35-Stunden-Woche darstelle.

Karl-Heinz Janzen, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, meinte, daß die von der Regierung geplante Vorruhestandsregelung arbeitsmarktpolitisch untauglich und sozialpolitisch unannehmbar sei. Diejenigen, die nach der vorgeschlagenen Regelung aus dem Erwerbsleben ausscheiden würden, müßten mit finanziellen Einbußen von durchschnittlich 500 Mark im Monat rechnen. Wer heute wie die meisten Arbeitnehmer mit 2000 Mark und weniger leben müsse, könne eine so schwerwiegende Belastung nicht verkraften. Da aber nicht vorgesehen sei, die Betriebsräte bei der Wiederbesetzung frei werdender Arbeitsplätze einzuschalten, ergäben sich für die Unter-

nehmer verlockende Manipulationsmöglichkeiten gegenüber der Arbeitsverwaltung.

Die IG Metall hat nunmehr eine hochinteressante Presseveröffentlichung der Unternehmer von vor zwei Jahren verschickt. Damals sagten die Unternehmer genau das Gegenteil dessen, was sie heute in die Welt posauen. Der Präsident der BDA, Otto Esser, erklärte am 14. Juli 1981 in der „Bild“-Zeitung zu der Frage, was er von Plänen halte, daß Arbeitnehmer möglicherweise schon mit 60 Jahren aufhören können zu arbeiten, für 90 Prozent ihres letzten Gehalts: „Ich bin erstaunt, daß so etwas auch überhaupt nur erwogen wird... Es ist noch kein Problem dadurch ge-

Ölindustrie fährt Härtekurs

Zum ersten Mal seit 20 Jahren haben die Mineralölkonzerne in der Bundesrepublik nach den Worten des für Tarifpolitik zuständigen Mitglieds des geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG Chemie-Papier-Keramik, Horst Mettke, einen Verweigerungskurs praktiziert. Die bislang relativ problemlosen Tarifrunden bei Esso, Texaco, Shell, Mobil Oil und BP seien in diesem Jahr von der Unternehmenseite koordiniert und mit Härte geführt worden.

Nach dem Scheitern der Verhandlungen zwischen Ende Oktober und Mitte November bei Esso, Texaco, Shell und Mobil Oil (bei BP wurde Vertagung bis Anfang Dezember vereinbart) kam es dann in nochmaliger freier Verhandlung am 18. November bei Texaco zu einem Abschluß: Erhöhung der Löhne, Gehälter, Ausbildungsvergütungen und Schichtzulagen um 3,2 Prozent für elf Monate, ein Monat bleibt ohne Anhebung, Verbesserung des Urlaubsgeldes um 85 DM auf 2685 DM, Verlängerung der Urlaubsdauer für alle Beschäftigten auf 30 Tage.

Gescheitert waren die Verhandlungen

löst worden, daß man weniger arbeitet. Nein, diese Idee ist unrealistisch und gefährlich.“ In den Informationen für Presse, Funk und Fernsehen von „Gesamtmetall“ am 11. November 1981, Nr. 22/81, heißt es: „Die Arbeitgeberverbände der Metallindustrie sehen in einer tarifvertraglichen Kürzung der Lebensarbeitszeit einen falschen Weg, den sie mit aller Entschiedenheit ablehnen...“

Die von der Gewerkschaft besonders herausgestellten Arbeitsmarkteffekte einer planmäßigen Verdrängung der 60- bis 63jährigen aus dem Erwerbsleben werden von den Arbeitgebern nicht nur wegen der zusätzlichen Kostenbelastung bezweifelt. Der Anteil der freizustellenden Werkmeister und anderer Angehöriger des unteren Managements ist bei den betroffenen Mitarbeitern besonders hoch und nicht durch Arbeitslosigkeit zu ersetzen... Ihre Zwangspensionierung hätte erhebliche Störungen und Reibungsverluste in vielen Betrieben zur Folge.“

Wenn nun die BDA am 18. November in ihrem Pressedienst erklärt, daß die von der Bundesregierung beabsichtigte Regelung – also nach dem Sprachgebrauch von Gesamtmetall die Zwangspensionierung – „ein Angebot an die Tarifvertragsparteien“ darstellen soll, so wird hier deutlich, daß mit diesen Vorschlägen eine weitergehende Strategie der Aufspaltung gewerkschaftlicher Aktivitäten und damit der gewerkschaftlichen Schwächung anvisiert wird. Heinz Schäfer

an der Forderung nach Verkürzung der Wochenarbeitszeit für alle Beschäftigten, bei Mobil Oil nur für die älteren. Übereinstimmend hatten sich die Verhandlungsführer der fünf Konzerne jedoch nur bereit erklärt, das Altersfreizeitmodell zu übernehmen, das die Gewerkschaft im Frühjahr für die chemische Industrie vereinbart hatte. Es sieht für 58jährige und ältere Arbeitnehmer die Einführung der 38-Stunden-Woche seit September 1983 und der 36-Stunden-Woche ab Januar 1987 vor. Die IG Chemie strebte eine Vorruhestandsregelung jedoch mindestens ab dem 55. Lebensjahr an, weil in der Mineralölindustrie praktisch keine Arbeitskräfte mehr vorhanden sind, die das 58. Lebensjahr überschritten haben.

So wurde dann die Arbeitszeitfrage in dem Texaco-Abschluß ausgeklammert. Sie soll in der Tarifrunde 1984 erneut verhandelt werden. Die nächsten Verhandlungstermine bei Esso, Shell, Mobil Oil und BP lagen nach Redaktionsschluß dieser Ausgabe und dürften vermutlich Einigungen auf der Basis des Texaco-Abschlusses bringen. G. S.

Postgewerkschafter kritisieren wirkungslose Aktionen

Der 14. Kongreß der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) vom 23. bis 29. Oktober in Hannover (siehe auch Nr. 11/83 und Einhefter dieser Ausgabe) ist den Unternehmersprachrohren wie beispielsweise der „FAZ“ gehörig auf den Magen geschlagen. Analog den Gewerkschaftstagen der IG Metall sowie Druck und Papier artikulierten die 455 Delegierten nicht nur interessenorientierte Forderungen, sondern zeigten sich bereit, diese auch umzusetzen: in der Frage der Abrüstung ebenso wie in der Tarifpolitik oder gegen die soziale Demontage.

Bereits in seinem mündlichen Geschäftsbericht hatte DPG-Vorsitzender Kurt van Haaren erklärt, daß jedes Mitglied Anspruch darauf habe, „sich mit seinen Interessen in unserer Deutschen Postgewerkschaft wiederzufinden. Und wir haben die verdammt schwierige Aufgabe, die Dinge so zusammenzufassen, daß man vor lauter Bäumen noch den Wald erkennen kann.“

Und die Delegierten erkannten — um im Bild zu bleiben — „den Wald“. Das gilt insbesondere für die Tarifpolitik, wo von den Delegierten eine genaue Meßlatte angelegt wurde. Kritik wurde daran geübt, daß den Reallohnsenkungen der letzten Jahre lediglich mit wirkungslosen Aktionen, z. B. mit Unterschriftensammlungen, begegnet wurde. „Ein anderes Mal latschten wir durch Bonn, und nichts bewegte sich bei unserem „Sozialpartner“, höchstens der Lachmuskel“, erklärte ein Delegierter. Vom „zahnlosen Tiger, der außerdem noch lahmt“, war weiter in bezug auf die Tarifruhenpolitik die Rede.

Und die Quintessenz dieser Diskussion? Der Sozialpartnerschaft müsse ade gesagt, und die Tarifautonomie dürfe nicht angetastet werden. Die DPG müsse sich auf ihre Kraft besinnen und für die berechtigten Interessen kämpfen. Das gelte besonders für die beschlossene Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und Rationalisierungsschutz.

Ein weiteres Diskussionsthema war die Anwendung des Beamtenrechts, das als Druckmittel in Tarifkonflikten gegen Arbeiter und Angestellte mißbraucht werde. Beamte, so meinten die Delegierten, seien nur noch als Befehlsempfänger erwünscht. Abgesehen davon, daß nach dem Willen der Delegierten auch Beamte in Arbeitskämpfe einbezogen werden sollen und ein einheitliches Dienstrecht gefordert wurde, sprachen sich Delegierte dafür aus, Tarifverträge für Arbeiter und Angestellte erst dann abzuschließen, wenn die Beamtenbesoldung unter Dach und Fach sei.

Unzufriedenheit und Verbitterung über die Fülle der Spar- und Rationalisierungsmaßnahmen bei der Post kennzeichneten darüber hinaus die Diskussion. Insbesondere wurde beklagt, daß zahlreiche Erfolge, wie die mit dem Streik erreichte Schichtdienstregelung, auf kaltem Wege wieder zunichte gemacht würden. Als Beispiele wurden die vom Bundespostministerium verfügte Streichung von Essensgeldzuschlägen, die Kürzung bei Fahrtkosten und bei Pausen angeführt. Andere Delegierte warfen der Post vor, daß ihre Politik nach wie vor darauf ausgerichtet sei, Arbeitsplätze abzubauen und Beschäfti-

BMW-Erpressung zurückweisen

Die Bayrische Motorenwerke AG (BMW) kann sich derzeit über mangelnde Kapazitätsauslastungen nicht beklagen. Im Gegenteil, für einige ihrer Modelle bestehen Wartezeiten für den Kunden über mehrere Monate, obwohl die Produktion schon um 9 Prozent in den ersten neun Monaten dieses Jahres gegenüber dem Vergleichszeitraum 1982 gesteigert wurde. Für 1983 erwartet der Konzern das dritte Jahr einer kontinuierlichen Umsatzsteigerung um jeweils 20 Prozent auf wahrscheinlich über 11 Mrd. DM allein in der Bundesrepublik.

Die Kasse stimmt also — zumindest für die Aktionäre und ihren Vorstand. BMW hat nun in diesem Jahr mit dem Bau eines neuen Zweigwerks auf einem 142 ha großen Gelände vor den Toren der Stadt Regensburg begonnen. 650 Mill. DM, von den BMW-Beschäftigten erarbeitet, werden in der ersten Ausbaustufe investiert. 1986 soll die Produktion beginnen, 200 Autos werden dann täglich vom Band rollen.

Diese Erweiterungsinvestition will BMW jetzt als Erpressungsmittel gegen die 35-Stunden-Woche einsetzen. Vorstandsvorsitzender Eberhard von

gunungsmöglichkeiten zu verringern. Aus Kostenersparnisgründen verwehre man jungen Menschen, insbesondere Frauen und Mädchen, eine qualifizierte Ausbildung.

Ins Kreuzfeuer der Kritik geriet auch die Verkabelungspolitik des Bundespostministers Schwarz-Schilling (CDU). Es wurde bezweifelt, daß die Verkabelung der Bundesrepublik die versprochenen Arbeitsplätze schaffe. Vielmehr würde sie dazu dienen, radikal die medienpolitische Landschaft zu verändern und dem öffentlich-rechtlichen Rundfunksystem den Garaus zu machen. Auch die Postler wollen wie ihre Kolleginnen und Kollegen der IG Druck und Papier keinen Bertelsmann-Rundfunk und kein Springer-Fernsehen.

Einmütig wurde auf dem 14. DPG-Kongreß allen Privatisierungsbestrebungen eine Absage erteilt. Ungeachtet dessen schuf zur Zeit des Kongresses im rund 60 Kilometer entfernten Braunschweig Postminister Schwarz-Schilling vollendete Tatsachen. Mit Privatunternehmern schloß die Post einen Kooperationsvertrag zur Verkabelung der Städte Wolfsburg und Braunschweig, gefeiert vom Postminister als „Pionierleistung“ und von der niedersächsischen Wirtschaftsministerin Breuel als „neuer Weg“. Es wird also weit mehr als nur Beschlüssen bedürfen. Gisela Mayer

Kuehnheim ließ Ende Oktober über die Presse verlauten: Sollte die IG Metall ihre Absichten durchsetzen, werde BMW ungeachtet der bereits getätigten Investitionen den Bau des Werkes Regensburg abbrechen. Man werde dann in ein anderes Land gehen, da habe man recht konkrete Vorstellungen. Werde BMW bestreikt, dann gebe es für die Unternehmensleitung keinen Kompromiß.

Unter Ausnutzung der hohen Arbeitslosigkeit und mit der Angst um die Arbeitsplätze beabsichtigt Kuehnheim, den Spaltplatz zwischen Belegschaft und Gewerkschaft zu treiben. Diese Vorgehensweise widerspricht nicht nur Artikel 14 Grundgesetz, der die Sozialpflichtigkeit des Eigentums verlangt, sondern ruft auch geradezu nach Artikel 15 unserer Verfassung, der nicht nur für solche Fälle die Überführung in Gemeineigentum nahelegt.

„Die recht konkreten Vorstellungen“, wohin BMW im Falle des Streiks gehen werde, beziehen sich vermutlich auf Südafrika, wo der Konzern die „Vorteile“ des Rassistenregimes, niedrige Löhne und Unterdrückung der Gewerkschaftsarbeit, bereits eifrig nutzt (vgl. NACHRICHTEN 11/83, S. 33). B. K.

GHK Rheinland-Pfalz fordert 6 Prozent

Fristgerecht zum 31. Dezember hat die Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) Rheinland-Pfalz die Lohn- und Gehaltstarifverträge für die Beschäftigten der Holz- und kunststoffverarbeitenden Industrie gekündigt. Mitte November einigte sich die zuständige Tarifkommission auf eine 6-Prozent-Forderung.

Warnstreik bei Krupp in Dillenburg

Mehrere hundert Arbeiter und Angestellte der Frühschicht der Krupp-Stahlwerke Südwestfalen im hessischen Dillenburg haben am 11. November für eine Stunde die Arbeit niedergelegt. Dieser Warnstreik richtete sich gegen die Absicht des Konzernvorstands, die Jahresabschlußvergütung je zur Hälfte vor Weihnachten und im Frühjahr auszahlen. Auch der Gesamtbetriebsrat der Krupp-Stahlwerke hat gegen diese Absicht protestiert. Protestaktionen werden auch aus den Krupp-Hüttenwerken Rheinhausen gemeldet.

HBV erreicht 38-Stunden-Woche

Der Westberliner Landesbezirksvorstand der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) hat einen neuen Entgelttarifvertrag für Rechtsanwalts- und Notariatsgehilfinnen abgeschlossen. Das meldete die HBV-Zeitschrift „ausblick“ in ihrer Novemberausgabe. Nach dem neuen Vertrag, der rückwirkend zum 1. Juni in Kraft trat, beträgt das Anfangsgehalt 2100 und das Maximalgehalt 2800 DM. Wie der „ausblick“ weiter meldet, ist in diesem Bereich ab 1983 die 38-Stunden-Woche bei vollem Gehaltsausgleich eingeführt. „Dem Ziel, die 35-Stunden-Woche bei vollem Gehaltsausgleich durchzusetzen, ist die Gewerkschaft HBV in diesem Tarifbereich ein Stück näher gekommen“, heißt es.

DAG mit Zugeständnis an Unternehmer

Zur Entlastung des Arbeitsmarktes sind nach Auffassung des Vorsitzenden der berufsständischen Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG), Hermann Brandt, Arbeitszeitverkürzungen unverzichtbar. Auf einer Mitte November in Fürstenauf bei Osnabrück stattgefundenen Konferenz seiner Gewerkschaft bezeichnete er den Einstieg in die 35-

Stunden-Woche als Schwerpunkt der Tarifpolitik des kommenden Jahres. Brandt signalisierte den Unternehmern aber bereits Zugeständnisse, indem er erklärte, daß die kürzere Wochenarbeitszeit von den Arbeitnehmern durch geringere Lohn- und Gehaltszuwächse, als sie sonst möglich wären, mitfinanziert werden müsse.

DGB: Kampfansage an Gewerkschaften

Als eine Kampfansage des Bundeskanzlers an die Gewerkschaftsbewegung bezeichnete der geschäftsführende DGB-Bundesvorstand am 14. November die Erklärung des Bonner Regierungschefs vor dem Deutschlandtag der Jungen Union am 12./13. November in München, der gewerkschaftlichen Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich „entschiedenen Widerstand“ entgegenzusetzen zu wollen. In skandalöser Weise unternehme der Bundeskanzler den Versuch, unverhüllt bewährte Prinzipien der verfassungsrechtlich garantierten Tarifautonomie anzutasten.

ÖTV: Tarifverträge nicht zu ersetzen

In einer vom 17. November datierten Stellungnahme zum ersten Erfahrungsbericht der „Arbeitsrechtlichen Kommission der Evangelischen Kirche“ sieht sich die Gewerkschaft ÖTV Hessen in ihrer Auffassung bestätigt, daß kircheninterne Einrichtungen weder Gewerkschaften noch Tarifverträge ersetzen können. Aus diesem Grunde habe sie auch die Mitarbeit in der Kommission abgelehnt. Besonders scharf kritisiert wurde von der Gewerkschaft, daß auf Beschluß der kirchlichen Kommission z. B. tarifvertragliche Praktikantenvergütungen halbiert und Kündigungen aus Anlaß von Kirchenaustritten gebilligt wurden.

Polizeivorgehen von ÖTV angeprangert

Mit scharfem Protest reagierte die Gewerkschaft ÖTV auf das rechtswidrige Vorgehen von Justiz und Polizei gegen Teilnehmer an Warnstreiks im privaten Güter- und Fernverkehr. Als gravierendsten Vorfall bezeichnete sie in diesem Zusammenhang die Hausdurchsuchung bei einem Gewerkschaftssekretär in Lörach. In einem Grundsatzbeschluß bringt der geschäftsführende ÖTV-Hauptvorstand am 17. November seine Sorge über die versuchte Kriminalisierung legaler Arbeitskämpfe zum Ausdruck.

TARIEKALENDER

Die Lohn- und Gehaltstarife für nachstehende Wirtschaftsbereiche und Tarifbezirke sind zum jeweils angegebenen Termin kündbar. Die Zahlen in Klammern geben Auskunft über die Anzahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Die Zahl hinter dem Datum enthält auch die Beschäftigten in nicht-aufgeführten kleineren Bereichen. Die Zahlen entsprechen dem neuesten Stand. Sie wurden dem Tarifbericht des WSI entnommen.

31. Dezember — 0,5 Mill.

Holzverarbeitende Industrie Bundesgebiet und Westberlin, ohne Hamburg, Bremen, Hessen, Saarland, Bayern (129 200); Hotel- und Gaststättengewerbe Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Hessen, Baden-Württemberg (74 300); Schuhindustrie Bundesgebiet (47 200); Tischlerhandwerk Hessen, Saarland, Bayern, Westberlin (37 300); Fleischerhandwerk Nordrhein-Westfalen, Bayern (64 400); Deutsche Seefahrt (18 000); Deutsche Seeschiffahrt (22 000); Tankstellen- und Garagengewerbe Bayern (15 000).

31. Januar 1984 — 3,8 Mill.

Metallindustrie Bundesgebiet und Westberlin — ohne VW-Werke, Heizungsindustrie- und -handwerk, Feinblechverpackungsindustrie und Schrottwirtschaft — (3 249 500); Gießereien Bundesgebiet und Westberlin (209 900); papier- und pappeverarbeitende Industrie Bundesgebiet und Westberlin (94 400); Schlosser- und Schmiedehandwerk Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg, Bayern (68 400); Kfz-Gewerbe Schleswig-Holstein, Nordwürttemberg/Nordbaden, Südwürttemberg-Hohenzollern, Südbaden (47 100); Mechanikerhandwerk Schleswig-Holstein, Hessen, Baden-Württemberg, Bayern (26 800).

29. Februar — 2,0 Mill.

Groß- und Außenhandel Nordrhein-Westfalen, Hessen (376 500); privates Bankgewerbe einschl. private Bausparkassen (327 200); Hotel- und Gaststättengewerbe Rheinland-Pfalz, Bayern (195 700); Groß- und Außenhandel, genossenschaftlicher Groß- und Außenhandel Bayern (164 000); Einzelhandel Hessen, Coop-Unternehmen Hessen (128 000); Elektrohandwerk Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern (132 100); Stationierungstreitkräfte Bundesgebiet (115 500); Landwirtschaft einschl. Melker alle Tarifbezirke (109 800); Schlosser- und Schmiedehandwerk Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Rheinhausen, Pfalz/Rheinhausen (77 300); Klempnerhandwerk Nordrhein-Westfalen (60 000); Kfz-Gewerbe Hamburg, Nordrhein-Westfalen (82 400); Sägeindustrie Bundesgebiet (46 400); Textilreinigungsgewerbe Bundesgebiet (52 200).

14 000 Arbeitsplätze werden allein bei der RAG vernichtet

In den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ 10/83 hat der Vorsitzende der IG Bergbau und Energie (IGBE), Adolf Schmidt, nachgewiesen, daß die Kohle eine Perspektive hat. Zugleich stimmt er dennoch der Förderbeschränkung in Teilen zu. Sie müsse allerdings sozial verträglich sein. Zur selben Zeit, als dieser Artikel Schmidts erschien, hatte am 10. Oktober in Bonn die Kohlerunde stattgefunden, in der die „Rahmenbedingungen“ des Personal- und Kapazitätsabbaus festgelegt wurden. Der Aufsichtsrat der Ruhrkohle AG (RAG) hat nun auf dieser Grundlage am 16. November weitgehende Beschlüsse gefaßt.

Sie sehen vor, daß allein im Bereich der RAG die Förderkapazitäten um 7 Millionen Tonnen verwertbarer Kohle vermindert werden. Dadurch werde der Personalbestand auf deren Schachtanlagen in einem Fünfjahreszeitraum bis 1988 um 14 000 verringert. Man kann davon ausgehen, daß mindestens noch einmal dieselbe Zahl von Arbeitsplätzen in anderen Wirtschaftsbereichen verlorengehen wird. In dieser Zeit bleibt auch der Einstellungsstopp bestehen. Jedem der von Anpassungsmaßnahmen betroffenen Bergleute wird ein Arbeitsplatz in anderen Betrieben der Ruhrkohle AG angeboten.

Die Ruhrkohle AG will 1984 an 20 und 1985 an 15 Tagen nicht fördern. Dies werden aber nicht nur „Anpassungsschichten“ sein, wie sie von der IG Bergbau und Energie vorgeschlagen wurden, sondern wie zu hören war, sollen 1984 elf Anpassungsschichten und neun Tage Kurzarbeit und 1985 neun Anpassungsschichten und sechs Tage Kurzarbeit sein.

Bei Kurzarbeit geht bekanntlich rund ein Drittel des Einkommens verloren. Schon in der Kohlerunde war vereinbart worden, daß das Einkommen unterhalb des Einkommens an normalen Fördertagen liegen solle. Aber die Rahmenvereinbarung, die die IGBE mit dem Gesamtverband des Deutschen Steinkohlenbergbaus abschloß, sieht vor, daß bei Anpassungsschichten zu dem von der Bundesanstalt für Arbeit zu gewährenden Kurzarbeitergeld von 68 Prozent lediglich ein Ausgleich in Höhe von 8,33 DM pro ausgefallener Schicht gezahlt werden soll, nicht aber wie die IGBE es wollte, bis zu 90 Prozent des Nettolohns. Daraus wird ersichtlich, daß der tatsächliche Einnahmeausfall weitaus höher sein wird, als ursprünglich vermutet wurde.

Am schlimmsten trifft es aber diejenigen, deren Schachtanlagen geschlossen werden. So sieht der Beschluß des Aufsichtsrats der RAG vor, daß der Förderstandort Gneisenau in Dortmund-Derne aufgegeben wird. Im Bereich der Lippe-Mulde soll bei der

Bergbau-AG Niederrhein die Zahl der Abbaubetriebe bei mehreren Bergwerken verringert werden. Beim Bergwerk Osterfeld in Oberhausen wird eine Nebenförderschachtanlage außer Betrieb gesetzt. Im Bereich der Emscher-Mulde wird das Altfeld Zollverein aufgegeben.

All diese Maßnahmen werden weitgehende Auswirkungen auf diejenigen haben, die nicht vorzeitig ausscheiden können. Sie werden auf andere Förderstandorte der Ruhrkohle verlegt, mit weiten Anmarschwegen und möglicherweise sozialem Abstieg, weil dann beispielsweise für den Schießmeister an der neuen Arbeitsstelle kein seiner Qualifikation entsprechender Arbeitsplatz frei ist.

Bahn darf keine „Bonzen-Bahn“ für Geschäftsreisende sein

In knapp zehn Jahren – seit 1974 – wurden rund 100 000 Arbeitsplätze bei der Bundesbahn vernichtet. Über Tausenden von Kilometern Schwellen und Schienen wuchert das Unkraut. Von Fahrplanwechsel zu Fahrplanwechsel wurden und werden Fahrpläne rigoros ausgedünnt, und von 280 000 vorhandenen Güterwagen stehen zeitweise 100 000 ungenutzt auf Abstellgleisen.

Alle diese Maßnahmen, in Gang gesetzt, um die Schuldenlast der Bahn zu drosseln, haben sich in ihr Gegenteil verkehrt. Von Jahr zu Jahr werden größere rote Zahlen geschrieben. Die Schuldenlast liegt gegenwärtig bei 36 Mrd. DM. Jährlich müssen bei einem Defizit zwischen 4 und 5 Mrd. DM rund 3 Mrd. DM an Zinsen gezahlt werden.

Nun aber droht der Bahn weiterer Aderlaß, wenn die Pläne der Bundesregierung verwirklicht werden. Danach sollen die Personalkosten in den nächsten Jahren um 30 Prozent gesenkt werden, was nach Gewerkschaftsmeinung 90 000 bis 100 000 Eisenbahnern den Arbeitsplatz kosten würde.

Sicherlich hat die IGBE im Verlauf der 25jährigen Kohlenkrise ein beachtliches sozialpolitisches Instrumentarium durchgesetzt, von dem andere Gewerkschaften nur träumen können, wie die gesetzliche Knappschaftsausgleichsleistung von 1963 und die Anpassungsgeldregelung von Ende 1971, die jetzt bis 1989 verlängert wurde. Und dennoch werden auch diese Kollegen, die noch arbeiten könnten, monatlich viele hundert Mark weniger auf ihrem Konto haben.

Zweifellos ist es ein nicht zu unterschätzender Teilerfolg, daß die Unternehmer zusicherten, daß kein Bergmann in die Arbeitslosigkeit entlassen wird. Jedoch kann niemand vor den schwerwiegenden ökonomischen und sozial negativen Auswirkungen die Augen verschließen. Es erhebt sich die Frage, ob es von der IGBE richtig war, sich relativ widerstandstos den Kapitalinteressen unterzuordnen, von sich aus Stilllegungen, wenn auch in Teilen, und Anpassungsschichten vorzuschlagen und keinen ernsthaften Kampf zu führen, daß der Kohle – der einzige Energieträger in nennenswertem Umfang, über den unser Land verfügt – die Rolle zukommt, die ihr gebührt.

Wenn aber, wie Adolf Schmidt vor zwei Monaten schrieb, heute schon absehbar ist, „wann welche Primärenergieträger weltweit nicht mehr zur Verfügung stehen“, so kann es doch nicht einsichtig sein, daß in unserem Land Förderstandpunkte geschlossen werden.

Heinz Schäfer

Vor diesem Hintergrund hat die GdED eine erneute bundesweite Aktion gestartet. Unter dem Motto: „Rettet die Bahn – jetzt!“ werden Öffentlichkeit und Politiker auf die prekäre Situation aufmerksam gemacht.

In einer am 21. November in Frankfurt stattgefundenen Pressekonferenz erläuterte Vorsitzender Ernst Haar die Vorstellungen seiner Gewerkschaft. U. a. wird angeregt, die Bahn in einem Stufenplan bis 1990 von der Hälfte ihrer Schulden zu befreien. Die Finanzierung dieses Betrages von rund 18 Mrd. DM sei möglich, wenn jährlich 1,5 Mrd. DM durch Umschuldung durch den Bund und weitere 1,5 Mrd. DM aus dem Gewinn der Bundesbank getilgt würden.

Gefordert werden außerdem bessere Angebote auch im Berufs- und Schülerverkehr. Die Bahn „darf keine ‚Bonzen-Bahn‘ für Geschäftsreisende sein, sondern sie muß den vielen Millionen Menschen, die auf sie angewiesen sind und die sie täglich nutzen, bessere Möglichkeiten bieten“, betont die Gewerkschaft.

G. M.

Einbahnstraße Technik? 2. IGM-Ingenieurkonferenz

Mehr als 500 Techniker, Ingenieure, Naturwissenschaftler und Gewerkschafter folgten der Einladung zur 2. Ingenieurkonferenz der IG-Metall-Bezirksleitung Stuttgart Ende Oktober in Reutlingen. Mit dem kurz zuvor zum 2. IG-Metall-Vorsitzenden gewählten Franz Steinkühler und dem ehemaligen Chefkonstrukteur des britischen Luftfahrtkonzerns Lucas Aerospace, heute einem Star der alternativen Technikdiskussion, bot die IG Metall prominente Referenten. Franz Steinkühler wertete die Rationalisierungsbefragung in der Metallindustrie aus, deren Ergebnisse inzwischen als „Rote Broschüre“ unter dem Titel „Maschinen wollen sie – uns Menschen nicht“ Aufsehen erregt haben, und stellte das traditionelle gewerkschaftliche Technik- und Fortschrittsverständnis in Frage.

Die Aussage, „die Gewerkschaften sind keine Maschinenstürmer“, sei zu einer Ausrede geronnen, zu einer Art Verteidigungshaltung, mit der jede kritische Betrachtung der Technikentwicklung eingeleitet werde. Dieser „Beflissenhalt“ liege ein „völlig verkehrter politischer Ansatz“ zugrunde: „Unsere bisherige Position ‚neue Technik ja, aber sie darf nicht zu negativen Auswirkungen auf die Beschäftigten führen‘, greift zu kurz. Sie muß durch die politische Grundhaltung: ‚Es darf nur solche Technik entwickelt und eingesetzt werden, die gesellschaftliche und menschliche Existenz erleichtert‘, ersetzt werden.“

Steinkühler sprach sich für ein „Nein – wenn nicht“ an Stelle des traditionellen „Ja – aber“ aus und entwickelte Kriterien für die Ablehnung solcher Technik und Technologien, die allein der Kontrolle der Menschen dienen, sie der Technik nur anpaßten, kreativer Tätigkeit und selbständiger Arbeitsausführung beraubten.

Daneben konnte der IG-Metall-Funktionär eine erste Zwischenbilanz der gewerkschaftlichen Zusammenarbeit mit der technischen Intelligenz in Baden-Württemberg ziehen, die erst allmählich in anderen Verwaltungsstellen der IG Metall Nachahmung erfährt. Der erste Ingenieurarbeitskreis hatte sich 1980/81 in Nürnberg gebildet, in Baden-Württemberg existieren inzwischen sechs. Sie sind offen für Wissenschaftler aus freien Forschungsinstituten und den Hochschulen sowie für Unorganisierte. Ihr Themenbogen spannt sich von der Auseinandersetzung mit neuen Rationalisierungstechnologien bis zur Erarbeitung alternativer Produktionsmöglichkeiten in Betrieben, die potentiell von Betriebsschließungen bedroht sind. Gleichzeitig versteht die Gewerkschaft diese Arbeitskreise als ein Forum gegenseitiger Lernprozesse zwischen technischer Intelligenz und Gewerkschaft, um längerfristig die wechselseitigen Blockierungen aufzubrechen, die bislang noch die umfassendere ge-

das auch zu neuen Arbeitsformen geführt habe.

Die Zeit auf der eintägigen Konferenz reichte nicht für eine ausführliche Diskussion aller angesprochenen Probleme, die das neue Technikbewußtsein, das Steinkühler forderte, und die Ausarbeitung alternativer Produktionsmöglichkeiten, wie sie Cooley aufzeigte, in der betrieblichen Praxis aufwerfen. Wie können bestimmte Technologien verhindert werden? Wie kann ihre humane Umgestaltung erzwungen werden? Wie wird die unbezahlte Aneignung alternativer Produktionsmöglichkeiten verhindert, die Technikerarbeitskreise entwickeln, wie können Informationen überregional ausgetauscht werden, Doppelarbeiten und alternative Konkurrenz verhindert werden? Das waren nur einige der Fragen, die in der Diskussion auftauchten.

Mehrere Arbeitskreise berichteten von ihren Arbeitserfahrungen, der ehemalige Stuttgarter IGM-Bevollmächtigte Ernst Eisenmann, inzwischen neuer IGM-Bezirksleiter, hielt ein engagiertes Plädoyer für die Schaffung weiterer Arbeitskreise in den anderen Verwaltungsstellen, in denen häufig noch Skepsis überwiege. Auch der Gewerkschaftstag der IG Metall beschloß mit dem Antrag 775 den Aufbau solcher Arbeitskreise, um der „Technik und Wissenschaft als Herrschaftsinstrument für das alleinige Ziel der Gewinnmaximierung“ durch eine organisatorische Verbindung mit „Planern, Konstrukteuren und Anwendern neuer Technologien“ besser entgegensteuern zu können.

Witich Roßmann

werkschaftliche Organisierung dieser Gruppe verhindern.

Mick Cooley, der zweite Referent, war bei Lucas Aerospace führend an der Ausarbeitung alternativer Produkte und neuer Technik- und Arbeitsorganisationsformen beteiligt. Seit seinem Hinauswurf arbeitet er als Direktor für Technologie bei der linken Labour-Bezirksregierung Großlondon. Neben seiner Kritik an der tayloristischen Technikpolitik des Kapitals, die zunehmend auch die Kopfarbeit zu erfassen beginne, berichtete er vor allem von seinen konkreten Erfahrungen bei Aerospace. In der Zusammenarbeit mit den Technikern hätten die Arbeiter dort ein außerordentliches Potential an Intelligenz, Kreativität und Phantasie freigesetzt,

Schriftstellerverband ringt um Solidarität der Einzelgänger

Ende November trat der Vorstand des Verbandes deutscher Schriftsteller (VS) in der IG Druck und Papier zurück, nachdem vor allem gegen den Vorsitzenden Bernt Engelmann eine intensive öffentliche Kampagne geführt worden war. Aktueller Anlaß: ein gemeinsamer Brief des VS und des westdeutschen PEN-Zentrums an General Jaruzelski, in dem die Wiederzulassung eines polnischen Schriftstellerverbandes verlangt wird. Dem VS-Vorsitzenden wird vorgeworfen, er hätte unbedingt die Wiederzulassung des alten Verbandes fordern müssen.

Punkt zwei der Kampagne: Engelmann vermochte in der Rede des Schriftstellers Manès Sperber anläßlich seiner Entgegennahme des Friedenspreises des deutschen Buchhandels kein Engagement für den Frieden zu entdecken. Diese aktuelle Kontroverse sei nur kurz angeführt, denn sie stellt nicht den Kern der schon länger andauernden Kampagne vor allem gegen Engelmann dar.

Festzuhalten bleibt aber, daß es der normale gewerkschaftliche Weg wäre, Meinungsverschiedenheiten zuerst einmal innerhalb der Organisation auszu-

tragen. Ganz anders aber im Falle VS. Die Kritiker der VS-Politik bedienen sich kaum der gewerkschaftlichen Mittel. Sie benutzen die Medien, sie schreiben offene Briefe und betätigen sich vorwiegend außerhalb der Gewerkschaft. Das fällt auf. Die Frage nach den Hintergründen stellt sich.

In der Freude über den Rücktritt des VS-Vorstands werden etwa in der „Welt“ vom 24. November die Knackpunkte aufgeführt. Engelmann habe, wie schon sein Vorgänger Lattmann, „das komplizierte, sehr oft von Freundschaft und Vertrauen geprägte Verhält-

nis Autor—Verleger über den plumpen Klassenkampfleuten (geschlagen) und damit überflüssige Fronten" aufgerichtet. Die aktive gewerkschaftliche Interessenvertretung war also ein Dorn im Auge. Den Schriftstellern wird damit die dringend notwendige gewerkschaftliche Organisation verwehrt werden, obgleich sie immer wieder arbeitnehmerähnliche Abhängigkeiten auch in ihrer Arbeit feststellen müssen. Die „Welt“ hat aber bereits einen neuen VS-Vorsitzenden parat, Hans-Christoph Buch, dessen Qualitäten sie hauptsächlich als „Skeptiker der Gewerkschaftszugehörigkeit“ sieht.

Im weiteren laufen die Kritiker des VS aber gegen dessen friedenspolitisches Engagement, gegen die Diskussion zwischen Schriftstellern aus der Bundesrepublik und aus der DDR über Möglichkeiten der Friedenssicherung Sturm. Daß sich der VS uneingeschränkt als Teil der Friedensbewegung begreift, ist einer der größten Steine des Anstoßes. Mit solchen Vorwürfen hat sich mittlerweile auch Dieter Lattmann, der frühere VS-Vorsitzende, auseinandergesetzt. In einem Interview mit dem sozialdemokratischen „Vorwärts“ vom 1. Dezember stellt er hierzu fest: „Man will dem Schriftstellerverband das politische Mandat deswegen entziehen, weil es oppositionell ist. Es muß aber oppositionell sein, sonst wäre es nicht Bestandteil kultureller Auseinandersetzung.“ Lattmann verweist weiter darauf, daß es Ziel jeder Entspannungspolitik sei, mit den Vertretern ganz unterschiedlicher politischer Systeme zu reden. Und Voraussetzung hierfür seien eben Beziehungen auch zu den Schriftstellerverbänden der DDR, Polens oder der Sowjetunion. Was für jeden Politiker als Grundsatz gelte, könne für den VS nicht falsch sein.

Dieser Kurs wird offensichtlich auch von den Landesverbänden des VS getragen. In der ersten Dezemberausgabe der „Welt der Arbeit“ erklärte Engemann, daß am Tag nach der Rücktritts-erklärung alle Landesverbände — mit Ausnahme von Westberlin — die Friedenspolitik des Vorstandes unterstützt hätten. Nach Einschätzung von Engemann ist der VS durchaus intakt. Der Rücktritt des Vorstandes soll die Konsolidierung des Verbandes vorantreiben. Zugleich forderte er die Kritiker auf, persönliche Ressentiments durch konstruktive Mitarbeit in der gewerkschaftlichen Interessenvertretung zu ersetzen. Inwieweit dies gelingt, wird die außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz des VS anzeigen, die vom 30. März bis 1. April 1984 nach Saarbrücken einberufen wurde. Dort wird sich auch erweisen, ob man dem Ratsschlag von Dieter Lattmann folgt, das leidige Thema „kommunistische Unterwanderung“ aus dem Schriftstellerverband herauszuhalten und es den reaktionären Organen zu überlassen.

Renate Bastian

Widerstandsrecht bei Ausverkauf aller sozialen Rechte

Interview mit Erwin Kastleiner, geschäftsführendes Bundesvorstandsmitglied der IG BSE

Von der verschärften sozialen Demontage sollen die Bauarbeiter besonders getroffen werden. Neben dem bereits voll zu Buche schlagenden Abbau schwer erkämpfter sozialer Leistungen plant die Bundesregierung, die Schlechtwettergeldregelung zu verschlechtern. Bekanntlich führte die IG Bau — Steine — Erden (IG BSE) gegen dieses Vorhaben eine Unterschriftensammlung durch. Zu diesem Komplex und anderen Problemen beantwortete Erwin Kastleiner, Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes der IG BSE, unserem Redakteur Heinz Schäfer einige Fragen. Kastleiner zeichnet in seiner Gewerkschaft für die Sozialpolitik verantwortlich.

NACHRICHTEN: Nach Ihrer Meinung hat sich in den letzten beiden Jahren eine soziale Demontage ohnegleichen vollzogen. Können Sie dies erläutern?

Erwin Kastleiner: Es dürfte unzweifelhaft feststehen, daß mit Einsetzen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der Bundesrepublik Deutschland, d. h. seit Mitte der 70er Jahre, auch gleichzeitig ein Abbau von Sozialgesetzen erfolgte. Beginn dieser erkennbaren Sparpolitik im Sozialbereich war das 1. Haushaltsstrukturgesetz Ende 1975. Diese von der sozial-liberalen Koalition getragene Abbaupolitik wurde von uns immer mit einer Salamiaktik verglichen, d. h., es wurde hier Scheibchen für Scheibchen an sozialen Rechten weggeschnitten.



Diese Salamiaktik war deutlich erkennbar mit den Spargesetzen zum Haushalt 1982 beendet. Wurde vorher beim Abbau von sozialen Rechten gekleckert, so wurde nunmehr geklotzt. Erinnerung sei hier nur an das 2. Haushaltsstrukturgesetz und das Arbeitsförderungs-Konsolidierungsgesetz vom Dezember 1981, das in allen Bereichen der sozialen Absicherung für die Betroffenen sehr negative Auswirkungen hatte; z. B. die Erhöhung der Sperrzeiten von bisher vier auf acht Wochen,

die Ausdehnung der Anwartschaftszeit bei der Arbeitslosenversicherung von sechs auf 12 Monate und der Steuerprogressionsvorbehalt für die Empfänger von Arbeitslosengeld, Schlechtwettergeld usw. Auch die Beteiligung der Rentner an ihrer Krankenversicherung ist durch das Renten Anpassungsgesetz 1982 im Dezember 1981 gesetzlich verankert worden.

Die Ablösung der mehr liberalen als sozialen Koalition im Oktober 1982 durch die neue ultra-konservative Regierung hat den Grundsatz „spare beim Haushalt“ auf Kosten von Sozialleistungsempfängern zur offiziellen Politik erhoben. Die soziale Demontage erreichte mit dem Haushaltsbegleitgesetz 1983 ihren vorläufigen Höhepunkt und wird nur noch durch die zu erwartenden neuen Belastungen, wie sie im Haushaltsbegleitgesetz 1984 vorgesehen sind, übertroffen.

Es wird nun nicht einmal mehr der Versuch unternommen, die notwendigen Haushaltseinsparungen auf alle Bevölkerungsgruppen als gleichmäßig aufgeteilt hinzustellen, sondern es wird vom heutigen Finanzminister unmißverständlich dargelegt, daß man den Unternehmern finanzielle Anreize bieten muß und daß diese finanziellen Anreize nur gegeben werden können, wenn an Sozialleistungen eingespart wird, d. h., die Reichen werden noch reicher und die Armen noch ärmer.

So gesehen, beschreibt der Begriff „soziale Demontage“ nur eine Auswirkung der offiziellen Regierungspolitik. Richtiger müßte es heißen „kapitalistische Montage durch soziale Demontage“.

NACHRICHTEN: Welche Auswirkungen hat dies auf die Bauschaffenden?

Erwin Kastleiner: Die Auswirkungen dieser sozialen Demontage sind für die Bauschaffenden zunächst genauso negativ wie für alle anderen betroffenen Gruppen in der Gesellschaft. Soweit

sich diese Auswirkungen jedoch auf die speziellen bauspezifischen Bereiche ausdehnen, z. B. die geplanten Verschlechterungen bei der Schlechtwettergeldregelung, sind die Bauschaffenden gegenüber den anderen Arbeitnehmergruppen besonders negativ betroffen. Hier muß man erkennen, daß die Bauwirtschaft konjunkturell besonders anfällig und witterungsmäßig besonders abhängig ist, zwei Tatbestände, die die soziale Absicherung der Bauarbeiter dringend erforderlich machen und die jeden Eingriff in diese soziale Absicherung als besonders schädlich für die Bauarbeiter ausweisen.

NACHRICHTEN: Was unternimmt die IG Bau — Steine — Erden dagegen?

Erwin Kastleiner: Die IG Bau — Steine — Erden hat zunächst gemeinsam mit allen im DGB vertretenen Gewerkschaften sowohl gegen die Sparpolitik der Regierung der sozial-liberalen Koalition als auch gegen die Politik der Vermögensumverteilung zugunsten der Reichen durch die neue Regierung energisch protestiert. Was die dazu spezifischen Belange angeht, so haben wir hier den Versuch unternommen, z. B. durch Unterschriftenaktionen und in vielen Veranstaltungen der Öffentlichkeit gegenüber aufzuzeigen, daß die von der Regierung geplanten Einsparungen und Eingriffe ins soziale Netz verfehlt sind und damit letztlich einen Schildbürgerstreich darstellen, der entschieden bekämpft werden muß!

Bei allen unseren Aktionen war und ist uns klar, daß wir das Wahlergebnis vom 6. März 1983 ins Kalkül ziehen mußten.

NACHRICHTEN: Sie prägen den Begriff des „sozialpolitischen Widerstandsrechts“. Was verstehen Sie darunter?

Erwin Kastleiner: Unser Bekenntnis zum demokratischen Rechtsstaat und unsere Einsicht, die von einem verfassungsmäßig gewählten Organ verabschiedeten Gesetze zu respektieren, endet jedoch dort, wo wir zu dem Ergebnis kommen, daß die von der Regierung und von dem Gesetzgeber beschlossenen Maßnahmen für unsere Kollegen und deren Familien zu Not und Elend führen werden.

Im Hinblick auf die zu erwartende Not-situation habe ich den Begriff des sozialpolitischen Widerstandsrechts geprägt. Dies ist für mich kein sich aus unserer Verfassung ergebender Begriff, sondern ich verstehe darunter ein Notwehrrecht, das immer dann gegeben ist, wenn die Schritte der derzeitigen Inhaber der Macht und des Einflusses in Regierung und Parlament den Ausverkauf aller sozialen Rechte erwarten lassen. Es kann m. E. nicht angehen, daß eine Mehrheit Gesetze beschließt, nach der eine Minderheit immer ärmer wird und eine andere Minderheit immer reicher.

„Wende“ im Bildungsbereich visiert den Untertanen an

An der Bildungspolitischen Konferenz '83 des DGB vom 9. bis 11. November im Freiburger NOVOTEL nahmen 450 Delegierte der 17 Gewerkschaften und der 9 DGB-Landesbezirke teil. Ein Referat hielt der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gustav Fehrenbach: „Bildung für alle — fördern statt auslesen! — Bessere Bildung durch Mitbestimmung“. Dies war auch das Motto der Konferenz. Prof. Dr. H. G. Rolff, Leiter des Instituts für Schulentwicklungsforschung der Universität Dortmund, sprach über „Strukturen und Veränderungsnotwendigkeiten im Bildungssystem: Bildungspolitik nach der Wende“.

Fehrenbach ging davon aus, daß gerade in der Bildungspolitik die „Wende“ schon seit Jahren von den Gegnern gesellschaftlicher Reformen propagiert worden sei und jetzt exekutiert werde. Für den DGB sei aber der Zustand des Bildungswesens ein Gradmesser für die Bewertung der Gesamtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse. Bei seiner umfangreichen Darstellung war zu beobachten, daß die Kritik sehr verdeckt war und die Hintergründe der „Wende“ kaum angesprochen wurden. Handlungsanleitungen waren nicht zu erkennen. Fehrenbach wiederholte lediglich die Grundforderungen des Bildungspolitischen Programms des DGB von 1982. Die aktuellen Aufgaben der Gewerkschaften wie Friedenssicherung, Probleme der Arbeitszeitverkürzung oder der Sozialabbau, wurden von Fehrenbach mit keinem Wort erwähnt.

Im Gegensatz hierzu waren die Worte des DGB-Landesbezirksvorsitzenden von Baden-Württemberg, Siegfried Pommerenke, deutlich. Pommerenke prangerte den Gesinnungsterror an. Pädagogen sollten mit disziplinarrechtlichen Maßnahmen zum Schweigen gebracht werden. In Baden-Württemberg verlange die Regierung, daß das Thema Friedenssicherung im Unterricht nur behandelt werden dürfe, wenn das Thema Bundeswehr höherrangig gestellt sei. Pommerenke verwies darauf, daß nicht die Liebe zur Bundeswehr, sondern die Liebe zum Frieden von der Landesverfassung verlangt werde.

Die Herrschenden versuchten, über ihre Bildungspolitik nicht nur die sozialen Strukturen zu verfestigen, konservative Wertvorstellungen festzuschreiben, die Gesamtschulen zu demontieren,

Den deutlich erkennbaren Entsolidarisierungstendenzen, wie sie von der derzeitigen Bundesregierung bewußt betrieben werden, müssen wir als Gewerkschaften unseren solidarischen Grundbegriff entgegenhalten, und diese Solidarität darf sich nicht nur in Worten erschöpfen, sondern sie muß letztlich auch durch Aktionen unterstrichen werden.

sondern auch zu behaupten, daß für Reformen angeblich kein Geld da sei. „Hört endlich auf“, rief Pommerenke, an die Regierungen in Bonn und Stuttgart gewandt, aus, „mit den Steuergeschenken an die Millionäre, verfolgt endlich die Wirtschaftskriminellen, hört auf mit dem sinnlosen Rüstungswahnsinn, der Milliarden verschlingt. Ein paar Tornados und ein paar Kampfpflanzen weniger und das Beschäftigungsprogramm des DGB kann mehrmals herauf- und herunterfinanziert werden.“

Die Berichte aus den 10 Arbeitsgruppen zeigten, daß, wie schon im Referat Fehrenbachs, die Analyse und die Darstellung überwogen. Im Arbeitskreis 10, „Bildungsziele und Tendenzwende“, meinte dessen Leiter Hans Preiss, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, daß die Teilnehmer „ein bißchen unbefriedigt“ nach Hause gehen würden. Die Beschlußlage sei gut. Aber die Papiertonnen stünden im umgekehrten Verhältnis zur gewerkschaftlichen Überzeugungskraft. Preiss meinte, daß die größte gewerkschaftliche Bildungsveranstaltung der nächsten Zeit die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche werde. Wenn die gewerkschaftliche Bildungspolitik ihre Aufgabe erfüllen wolle, müsse die Bildung in Handlungskompetenzen umgesetzt werden.

Zu Beginn seines Referats hatte Fehrenbach Wilhelm Liebknecht zitiert: „Wissen ist Macht, Wissen gibt Macht, und weil es Macht gibt, haben die Wissenden und Mächtigen von jeher das Wissen als ihr Kasten-, ihr Ständes-, ihr Klassenmonopol zu bewahren und den Nichtwissenden, Ohnmächtigen — von jeher die Masse des Volkes — vorzuenthalten gesucht. So ist es zu allen Zeiten gewesen, so ist es noch heute.“ Im Gegensatz zu Fehrenbach blieb aber Liebknecht nicht dabei stehen. Er beendete seinen Vortrag vor dem Dresdner Arbeiterbildungsverein am 5. Februar 1872: „Nur wenn das Volk sich politische Macht erkämpft, öffnen sich ihm die Pforten des Wissens. Für die Feinde ist das Wissen Macht, für uns ist die Macht Wissen! Ohne Macht kein Wissen!“

Heinz Schäfer

14. Gewerkschaftstag der IG Metall wurde in Frankfurt fortgesetzt

Die Fortsetzung des 14. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall war notwendig geworden, weil die diskussionsfreudigen Delegierten bis zum 15. Oktober 14 der insgesamt 29 Entschlüssen und auch viele Einzelanträge nicht behandeln konnten. Ursprünglich waren dafür der 19. und 20. November vorgesehen, aber die Delegierten in der Frankfurter Kongreßhalle arbeiteten so konzentriert, daß sie die Arbeitsfülle in einem Tag bewältigten.

Mißbrauch der Existenzangst der Arbeiter und Angestellten sowie brutalste politische Epressung warf der 2. Vorsitzende der IG Metall, Franz Steinkühler, der Bundesregierung bei der Wiedereröffnung des Gewerkschaftstages vor. Ihr skandalöses Fehlverhalten bei der Sanierung der Arbed-Saarstahl GmbH reiche über den konkreten Fall hinaus und habe grundsätzliche Bedeutung. Wenn Fünfzigjährigen ihre Arbeit genommen werde, sei zu fragen, welchen Stellenwert Arbeit in dieser Gesellschaft überhaupt noch habe. Wenn Unternehmenssubventionierung von Eingriffen in bestehende Betriebsvereinbarungen und Tarifverträge abhängig gemacht werde, sei dies ein Vorgang, der auf die Substanz der politischen und sozialen Demokratie zielt.

Zu den noch zur Beratung anstehenden Entschlüssen waren zahlreiche Ergänzungsanträge gestellt worden. In der Entschließung (E) 16: „Arbeitsschutz“ wurde folgender weiterer Grundsatz aufgenommen, der nach Auffassung der Delegierten bei der Gestaltung des Arbeitsschutzrechts beachtet werden müsse: „Jeder Arbeitnehmer hat das Recht, seine Arbeitsleistung zu verweigern, ohne daß er den Anspruch auf das Arbeitsentgelt verliert, solange der Arbeitgeber nicht ordnungsgemäß seiner Unterrichtungspflicht nachkommt; oder wenn der Arbeitgeber im Arbeitsbereich des Arbeitnehmers gegen geltende Gesetze, Arbeitsschutz und Unfallverhütungsvorschriften verstößt, oder wenn er Gefahr für Leben und/oder Gesundheit vermutet.“

Der Gewerkschaftstag forderte eine Reform des Arbeitsrechts (E 17). Der Betriebsrat müsse jeder Kündigung widersprechen können, die er nicht für gerechtfertigt hält. In diesen Fällen soll das Arbeitsverhältnis nur durch ein Arbeitsgericht aufgelöst werden können. Eine Absage erteilte der Gewerkschaftstag allen Vorhaben, immer mehr Daten zu sammeln und immer perfektere Kontrollmöglichkeiten einzuführen. Ein angenommener Ergänzungsantrag stellt fest: „Eine Volkszählung, die ausufernde Fragestellungen enthält und private Schnüffeleien und behördliche Verfolgungsmaßnahmen ermöglicht, lehnen wir ab; ebenso die Einführung

eines elektronisch lesbaren Personal- ausweises.“

Von besonderer Bedeutung für die innergewerkschaftliche Willensbildung ist die Annahme des Initiativantrages 4, der Probleme des Widerstandes gegen Massenarbeitsplatzvernichtungen wie bei der AG Weser, der HDW und anderen Betrieben behandelt. Der Vorstand wird beauftragt, dem Beirat unverzüglich eine Konzeption zur Beratung und Beschlußfassung vorzulegen und bisherige rechtlich zulässige Widerstandsformen gegen die Arbeitsplatzvernichtung, aber auch zu weitergehenden Formen des gewerkschaftlichen Widerstandes. „Dabei sind alle gewerkschaftlichen Wirkungsfelder und Ebenen (Vorstand bis Mitgliedschaft) einzubeziehen, in denen die politischen und rechtlichen Voraussetzungen neu gestaltet, bzw. geschaffen werden müssen, damit der Kampf gegen die Massenarbeitsplatzvernichtung, auch über tarifliche Möglichkeiten hinaus, uneingeschränkt durch die IG Metall geführt werden kann.“

Der 1. Bevollmächtigte der Verwaltungsstelle Hamburg, Johannes Müller, verteidigte die Betriebsbesetzung bei HDW. Dies sei ein Signal gewesen, das die Gewerkschaft auffordere, nachzudenken und eine Überprüfung bisheriger gewerkschaftlicher Kampf- formen vorzunehmen.

Schon in der Debatte zum mündlichen und schriftlichen Geschäftsbericht hatte der Delegierte Rolf Knecht Wider- spruch gegen eine Formulierung in der E 18 „Politischer Extremismus; Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus“ angemeldet: „Die Fernhaltung politischer Extremisten ist auf der Grundlage der im öffentlichen Dienst geltenden Tarifverträge und der Beam- tengesetze zu regeln.“ Er meinte, daß der Ausdruck „politischer Extremismus“ heute von vielen strapaziert werde, die den Gewerkschaften nicht nahe stehen. Gesetzesfragen seien Machtfra- gen, sagte Knecht. Heute legten die „Zimmermänner“ und „Geißler“ die Gesetze aus. Für diese seien viele Ge- werkschafter schon Extremisten, die SPD sei die 5. Kolonne Moskaus, und die Pazifisten der dreißiger Jahre wä- ren die Schuldigen an Auschwitz. „Was

können wir“, rief er den Delegierten zu. „von solchen Leuten, die so etwas formulieren, bei der Auslegung von Ge- setzen schon erwarten? Die haben kein Schamgefühl; sie schrecken vor nichts zurück. An sie zu appellieren wäre das gleiche, wie an einen Fuchs zu appellie- ren, Vegetarier zu werden.“ 66 weitere Kollegen waren mit ihm der gleichen Meinung und unterschrieben einen ent- sprechenden Ergänzungsantrag. In der Begründung dieses Antrages heißt es: „Die Auslegung der Beamtengesetze durch die Minister Zimmermann und Schwarz-Schilling führt dazu, daß heute untadelige Gewerkschafter und Beamte allein wegen ihrer Gesinnung in ihrer materiellen Existenz bedroht sind. Wir sollten deshalb mit keiner Formulierung diesen Praktiken den Anschein einer Rechtfertigung geben.“ In der Antrags- beratung hatte Rolf Knecht darauf ver- wiesen, daß man über diese üblen Me- thoden nicht hinwegsehen dürfe, weil sonst die Gefahr bestehe, daß sich auch in der eigenen Organisation Intoleranz breitmake. Er glaubte, in der Verwei- gerung eines Interviews mit einer an- geblich kommunistischen Zeitung durch den Pressesprecher der IG Metall, Bar- czinski, schon Anfänge einer Kommuni- stenhatz in der IG Metall erkennen zu können.

Die Antragsberatungskommission hatte empfohlen, diesen Ergänzungsantrag abzulehnen. Mit 259 zu 250 Stimmen wurde aber deren Empfehlung nicht gefolgt und dann anschließend der Er- gänzungsantrag mit eindeutiger Mehr- heit angenommen.

Wie nicht anders zu erwarten, wurde das Problem der „Gemeinwirtschaftli- chen Unternehmen“ (E 19), besonders auch der Skandal um die Neue Heimat, heftig diskutiert. Die Delegierten beauf- tragen im Antrag (A) 90 den Vorstand, mit dem DGB eine Konferenz über Zweck und Nutzen der Gemeinwirt- schaft durchzuführen. Es wurde weiter- hin gefordert, daß die Geschäftspolitik der Neuen Heimat eindeutig gemeinwirt- schaftliche Ziele verfolgen müsse, die den Betroffenen und den Gewerkschaf- ten, aber auch den einzelnen Mitgliedern wirklichen Nutzen bringen. (Ergän- zungsantrag 46) Der Gewerkschaftstag forderte vom Vorstand, bis zum näch- sten ordentlichen Gewerkschaftstag in drei Jahren eine umfassende politische Überprüfung des gewerkschaftlichen Engagements in der Gemeinwirtschaft vorzunehmen und die Ergebnisse in ei- nem schriftlichen Bericht den Gliede- rungen der IG Metall zur Verfügung zu stellen. (Ergänzungsantrag 42)

Erwähnt soll noch sein, daß zur ge- werkschaftlichen Bildungsarbeit bestä- tigt wurde, daß sie die Voraussetzung für die Durchsetzung gewerkschaftli- cher Forderungen in Betrieb und Ge- sellschaft schaffen müsse. Um die wirt- schaftliche und soziale Wirklichkeit besser analysieren und kritisieren zu können, komme dem Lernen aus der Geschichte der Arbeiterbewegung gro- ße Bedeutung zu. Heinz Schäfer

NACHRICHTEN-DOKUMENTATION

13. Gewerkschaftstag der IG DruPa Reden und Beschlüsse

Vom 16. bis 22. Oktober 1983 fand in Nürnberg der 13. ordent- liche Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier statt (Bericht siehe NACHRICHTEN 11/83). Die Geschäftsberichte, Diskus- sionen und Beschlüsse orientieren sich an den Interessen der Mitgliedschaft. Nachfolgend veröffentlichen wir Auszüge aus dem mündlichen Geschäftsbericht des langjährigen Vorsitzen- den Leonhard Mahlein, aus Diskussionsbeiträgen sowie we- sentliche Beschlüsse im Wortlaut. Weitere Beschlüsse werden wir in unserer nachrichten-reihe 31 dokumentieren, die Anfang 1984 erscheint. In seinem mündlichen Geschäftsbericht stützte sich Leonhard Mahlein auf seine Broschüre „Gewerkschaften heute, Erfahrungen – Anregungen“, die als nachrichten- reihe 27 erschienen ist.

Leonhard Mahlein:

...Der derzeit praktizierte Sozialabbau liefert den Unterneh- merverbänden den willkommenen Flankenschutz bei ihren Be- mühungen, eine nachhaltige Korrektur der „verzerrten“ Ver- teilungsrelationen und den Abbau „überhöhter“ Besitzstände herbeizuführen. Angesichts dieser Zusammenhänge erschre- ken vor allem zwei Umstände: zum einen der verblüffende Erfolg, der der Rechtskoalition bei ihrem Versuch zuteil wird, ihre Politik als sachlich ohne Alternative und sozial ausgewo- gen und gerecht erscheinen zu lassen. Dies ist um so er- staunlicher, als der jahrelange Anschauungsunterricht in Großbritannien und den USA alle Illusionen über die wirt- schaftlichen und sozialen Auswirkungen einer solchen Politik hätte zerstören müssen.

Zum anderen ist es in diesem Zusammenhang beunruhigend, wie ruhig und gelassen die Gewerkschaften bislang den ver- schärften Abbau des in Jahren und Jahrzehnten mühsam erkämpften Fortschritts zur Kenntnis nehmen. Die eher ver-

haltenen Proteste, die sich vor allem in Presseverlautbarungen niederschlagen, erwecken nicht den Anschein, daß der DGB und die Gewerkschaften handfesten Widerstand gegen die Politik der Regierung zu organisieren gedenken. Presseerklä- rungen und Beschlüsse, Kolleginnen und Kollegen, und sind sie noch so gut, ersetzen keine praktische Politik, ersetzen nicht das aktive Handeln; letztlich zählt aber in der sozialen und politischen Auseinandersetzung nur dieses und sonst gar nichts. Aber auch von den Kolleginnen und Kollegen wird die veränderte Situation noch nicht erkannt; sie hoffen immer noch, daß alles noch einmal so werden könnte wie in den nachträglich vergoldeten fünfziger und sechziger Jahren. Die- ser beiderseitige Irrtum kann, wenn er nicht bald korrigiert wird, für die Gewerkschaftsbewegung meines Erachtens hier- zulande gefährliche Folgen haben.

Vor vielen Jahren, nämlich auf dem DGB-Bundeskongreß 1969, hatte der DGB-Landesbezirksvorsitzende von Rheinland-Pfalz, Julius Lehlbach, die Grundfrage der gewerkschaftlichen Orien- tierung auf folgenden Begriff gebracht: „Die deutsche Ge- werkschaftsbewegung steht wie Herakles am Scheideweg; sie kann den bequemeren Weg einer quasi öffentlich-rechtlichen Institution und sie kann den schweren und dornenvolleren Weg der autonomen Widerstandsorganisation der arbeitenden Menschen gehen.“

Abgesehen davon, ob die Begriffe „bequem“ beziehungsweise „schwer und dornenvoll“ noch als Alternative für die achtziger Jahre betrachtet werden können, geht es im Grunde genom- men immer noch um die gleiche Frage, nämlich: Welchen Weg gehen die Gewerkschaften? ... Was macht denn die Gewerkschaften stark? Wird der DGB allein dadurch stark, daß er über 7,5 Millionen Mitglieder hat? Dies ist meiner Meinung nach nur Größe, nicht Stärke. Stärke der Gewerk- schaftsbewegung ist es, immer und überall dafür zu sorgen, daß ein möglichst hoher Identifikationsgrad der Mitgliedschaft mit den Zielen der Organisation erreicht wird. Die Stärke der Gewerkschaften ist es, die Voraussetzungen zur Kampffähig- keit zu schaffen. Arbeiter und Angestellte haben nun einmal ein Hirn und ein Herz, und beide müssen aus Überzeugung bei der Sache sein ...

Manfred Balder:

...Heute stehen wir vor der Situation, daß die 35-Stunden- Woche zu einer unmittelbaren Kampfaufgabe der Gewerk- schaftsbewegung geworden ist. Daran hat unsere Organisa- tion keinen geringen Anteil. Die Gewerkschaftsbewegung, von einigen spalterischen Ausnahmen abgesehen, hat erkannt, daß die 35-Stunden-Woche der entscheidende Ansatz ist im Kampf gegen die zunehmende Massenarbeitslosigkeit und für die Erhaltung der eigenen Handlungsfähigkeit in den achtziger und neunziger Jahren. Wir stehen aber zugleich vor der Situation, daß die 35-Stunden-Woche bei den meisten Beleg- schaften noch kein zündender Gedanke ist. Die 35-Stunden- Woche wird aber zu einem zündenden Gedanken, wenn es gelingt, die ganze Grundsätzlichkeit, die ganze Tragweite, die ganze politische Dimension der bevorstehenden Auseinander- setzungen massenhaft und plakativ in die Belegschaften zu tragen. Sie wird es, wenn es uns gelingt, den Belegschaften ganz hautnah den eigenen Nutzen und die praktische Ver- wendbarkeit der 35-Stunden-Woche nachzuweisen. Und sie wird es, wenn es uns gelingt, dem weitverbreiteten Zweifel an unserer eigenen Kraft überzeugend zu begegnen, weil es uns gelingen muß und gelingen wird, auch eine neue Solida- rität, eine Solidarität von unten, von Betrieb zu Betrieb und von Vorstand zu Vorstand zu entwickeln. Diese Voraussetzungen müssen jetzt von uns überall systematisch geschaffen werden ...

Inhaltsverzeichnis:

13. Gewerkschaftstag der IG DruPa Reden und Beschlüsse	13
14. DPG-Kongreß: Aussagen und Beschlüsse	18
Arbeitslose melden sich zu Wort	22
Gewerkschaften und neue soziale Bewegungen (Beitrag des IMSF zum Kari-Marx-Jahr)	24

Wenn wir zielstrebig diesen Weg gehen, dann haben wir eine Chance, die schwierigen und knochenharten Auseinandersetzungen um die 35-Stunden-Woche erfolgreich durchzustehen. Dann werden die Belegschaften auch kämpfen. Sie werden kämpfen, weil sie dann wissen, daß sie für ihre eigenen unmittelbaren und langfristigen Interessen kämpfen müssen. Zu schaffen ist das. Aber wir müssen es wollen. Die Führungen der Gewerkschaften müssen es wollen. Hier darf es keine Halbherzigkeiten und Inkonsistenzen geben. Es darf keine Nebenkriegsschauplätze geben, spätestens dann nicht mehr, wenn sich die Auseinandersetzungen zuspitzen. Deshalb brauchen wir jetzt den entscheidenden Schritt, die richtige Einordnung des Kampfes um die 35-Stunden-Woche in unsere eigene Politik. Es geht um die Einschätzung, daß der Kampf um die 35-Stunden-Woche ein gewerkschaftspolitischer Machtkampf ist, der für lange Zeit über das grundsätzliche Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit in unserer Gesellschaft entscheidet...

Peter Bracker:

... Es geht bei dem Kampf um die Medien um einen Industriezweig, der zwar zu den kleineren Wirtschaftszweigen zu rechnen, der aber politisch für unser gesellschaftliches Leben und für die Demokratie von allergrößter Bedeutung ist. Letztlich geht es darum, wer die Herrschaft über die Köpfe der Menschen erlangt. Es stellt sich aber auch die Frage, warum gerade in dieser Zeit der Angriff auf die elektronischen Medien so scharf erfolgt. Ich meine, die Ursache dafür ist die tiefe Krise des kapitalistischen Systems. Ständige und weiter ansteigende Massenarbeitslosigkeit, chancenlose und berufslose Jugend, sozialer Kahlschlag, Demokratieabbau und atomare Hochrüstung kennzeichnen einen gesellschaftlichen Prozeß, der die Armen ärmer und die Reichen reicher werden läßt. Dieser Prozeß führt zu verschärften Klassenausscheidungen, zu immer tiefer greifenden Widersprüchen in der Gesellschaft. Er führt aber auch zu kraftvollen außerparlamentarischen Bewegungen, zu Umdenkungsprozessen und, besonders bei der jungen Generation, zur Infragestellung des Systems.

Angesichts dieser Situation ist es das Interesse – und so lautet auch der Auftrag der Herrschenden an die Medien –, die breiten Massen bei der Stange zu halten und alles zu tun, die Menschen zum Stillhalten zu bewegen. Dies aber kann nicht unser Interesse sein. Können wir es beispielsweise zulassen, daß mit Hilfe der Medien Lohnverzicht propagiert wird, indem gesagt wird, daß die arbeitenden Menschen, in Gegensatz zu den Arbeitslosen gebracht, doch den Unternehmern immerhin dankbar dafür zu sein hätten, überhaupt noch beschäftigt zu werden? Ich denke, nicht.

Auf die handfesten ökonomischen Gründe, die hinter der Durchsetzung von Privat- und Kommerzfernsehen stehen, kann ich nicht mehr eingehen, obwohl auch hier unsere Interessen sehr stark berührt sind. Nur soviel: Für die Verkabelung der Bundesrepublik wird der Steuerzahler, genauer gesagt wir oder der kleine Mann, 130 bis 180 Milliarden DM zu berappen haben. Alles läuft nach dem bekannten staatsmonopolistischen Rezept: zuerst gesellschaftlich finanzierte Investitionen, danach privatkapitalistische Aneignung und Ausbeutung. Angesichts der vor uns liegenden gewerkschaftlichen Aufgaben, der Sicherung des Friedens, der Sicherung der Arbeitsplätze und der Sicherung der Informations- und Meinungsfreiheit, darf es keinen Zweifel an der Notwendigkeit einer einheitlichen Mediengewerkschaft im DGB geben. Weil alle in den Medien Beschäftigten denselben Gegner haben, gehören sie in eine Gewerkschaft...

Ruth Gruber:

... Die Industriegewerkschaft Druck und Papier hat sehr früh – im Gegensatz zum Deutschen Gewerkschaftsbund – die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen Friedensbewegung und Gewerkschaftsbewegung erkannt und auch danach gehandelt, und sie hat im DGB mit Erfolg in Zusammenarbeit mit anderen für dieses Zusammengehen gekämpft. Aber wir

müssen schon ehrlich sein: Sind es nicht in weiten Teilen immer noch einzelne Kollegen, die sich aktiv an der Friedensbewegung beteiligen? Haben wir als Organisation alles getan, um die Friedensdiskussion dorthin zu tragen, wohin sie gehört, um die Masse der Arbeiter und Angestellten zu erreichen, nämlich in die Betriebe? Haben wir wirklich kontinuierliche Friedensarbeit im Betrieb entwickelt, und hat die Organisation dazu ausreichend Hilfestellung gegeben? Ich meine schon, hier können und hier müssen wir in den nächsten Wochen und Monaten noch einen ganz entscheidenden „Zahn zulegen“; denn der wesentliche Hebel – ich denke, darin sind wir uns einig – ist die Frage, ob es uns gelingt, den 5. Oktober fortzuführen, zu wiederholen, in vielen Betrieben breiter zu machen unter stärkerer Beteiligung von Kolleginnen und Kollegen. Wir müssen die Unruhe in die Betriebe hineintragen, dort den Widerstand entwickeln; denn das ist immer noch der Ort, wo wir den Nerv dieses Systems am schärfsten treffen. Und es ist sicher nicht von ungefähr, daß Herr Mack und Co. davor gewarnt haben, die Friedensdiskussion in die Betriebe hineinzutragen.

Deshalb meine ich, es genügt nicht, Anträge zu verabschieden, in denen wir unter Berufung auf das Widerstandsrecht den Einsatz aller gewerkschaftlichen Kampfmittel fordern. Wir müssen gleichzeitig auch die Voraussetzungen dafür schaffen, daß wir diese gewerkschaftlichen Kampfmittel überhaupt einsetzen können. Der 5. Oktober war ein großer Erfolg; aber er hat, glaube ich, auch deutlich gemacht, daß es eben doch noch viele weiße Flecken gibt. Deshalb meine ich, wir sollten uns darauf konzentrieren, wo immer möglich, betriebliche Friedensinitiativen zu gründen oder zumindest in der gewerkschaftlichen Vertrauensleutearbeit das Thema Frieden in den nächsten Wochen noch einmal zu einem Schwerpunkt zu machen...

Detlef Henschel:

... Auch wenn wir in die eigene Geschichte greifen, müssen wir feststellen: In den zwanziger Jahren haben Krise, Orientierungslosigkeit und Verwirrung der Kollegen dazu geführt, daß der ADGB und seine Gewerkschaften in drei Jahren die Hälfte der Mitglieder verloren haben. Trotzdem – und deswegen wende ich mich etwas gegen den resignativen Unterton bei manchen Diskussionsbeiträgen; ich jedenfalls habe das so aufgefaßt – haben wir heute, 1983, in wesentlichen Punkten bemerkenswerte Unterschiede, die uns positiv sowohl von den Verhältnissen in den zwanziger Jahren wie auch etwa von den Verhältnissen in den Vereinigten Staaten unterscheiden. Es hat drei beachtliche Warnstreikaktionen bei den letzten Gehalts- und Tarifrunden gegeben. Die Neue Beweglichkeit der Industriegewerkschaft Metall war doch nicht von Pappe. Da sind Kollegen ohne Streikgelder auf die Straße gegangen. Und sie haben zwar – wir alle infolge dieser Tarifabschlüsse auch nicht – das Realeinkommen nicht halten können, aber daß wir überhaupt so hoch gekommen sind, haben wir diesem ganz massiven Einsatz der Kollegen der Industriegewerkschaft Metall zu verdanken. Das ist für mich ein Stück Arbeitskampf in der Krise. Ein ganz anderes Beispiel: Wir selber haben vor drei Jahren, das erste Mal in der Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg, einen bundesweiten Warnstreik von Journalisten erlebt. Da sind Journalisten für ihre eigenen Interessen auf die Straße gegangen. Ich hätte mir vor vier Jahren niemals ausmalen können, daß so etwas möglich sein würde. Es war möglich. Wir erleben eine wachsende Bereitschaft von Belegschaften, sich gegen betriebliche Willkür, namentlich gegen Stilllegungen, zur Wehr zu setzen. Man wird die Ergebnisse und die Erfolge unterschiedlich beurteilen können, aber daß die Kollegen bereit sind, aufzubegehren und sich nicht alles bieten zu lassen, zeigen beispielsweise die Vorgänge bei der AG Weser und bei HDW. Ich darf in aller Bescheidenheit an unsere eigenen Arbeitskämpfe 1976 und 1978 erinnern, die doch nun auch nicht in der Hochkonjunktur geführt worden sind. Kollegen, wir haben am Vorabend des RTS-Konflikts in verdammt ungünstiger Ausgangslage gesteckt als heute am Beginn des Marsches zur 35-Stunden-Woche. Und wir haben es trotzdem geschafft. Wir haben damals zunächst einmal allein gestanden gegen einen ganzen Wall von

Vorurteilen und Ideologien – vom Heizer auf der E-Lok bis hin zur Zementierung eines angeblich überflüssigen Berufs.

Ein letztes Beispiel, das deutlich macht, daß wir heute eine andere Situation als in den zwanziger Jahren haben, sind die Erfolge der Friedensbewegung. Der 5. Oktober – das haben einige Diskussionsredner gesagt – war ein Erfolg, insbesondere, wenn man dagegenhält, wie kurz die Vorbereitungszeit war, wenn man sich vergegenwärtigt, wie gering bis dato der Friedensgedanke und die Ziele der Friedensbewegung in den Betrieben verankert waren – da gibt es immer noch erheblichen Nachholbedarf –, und wenn man berücksichtigt, unter welchen Androhungen Kollegen bereit waren, dem Aufruf des DGB zu folgen. Laßt mich das auch einmal sagen: Fünf Minuten Arbeitsruhe in den Betrieben oder fünf Mahnminuten in den Betrieben unter dem Druck arbeitsrechtlicher Konsequenzen bedeuten mehr Risiko als eine Blockadeaktion draußen vor der Kaserne, wenn die Gefahr arbeitsrechtlicher Sanktionen droht. Ich meine, das sollte man auch den Kollegen der Friedensbewegung sagen, die manchmal nicht voll übersehen, unter welchen Zwängen gewerkschaftliche Arbeit läuft. Der Polizeigriff ist heutzutage immer noch harmloser als die Kündigung und der Existenzverlust. Ich will jetzt nicht einer Alternative das Wort reden, aber ich will deutlich machen, daß unter dem Druck, der bestand, die Befolgung der Mahnminuten ein wirklicher Erfolg war. Allerdings, derartige Erfolge kommen nicht von selber...

Beschlüsse

Tarifpolitik (A 5)

Die Rahmenbedingungen für die gewerkschaftliche Politik haben sich in den letzten Jahren wesentlich verschlechtert. Das konzertierte Vorgehen der Unternehmerverbände ist noch massiver geworden. Der staatliche und betriebliche Sozialabbau wird fortgesetzt. Dahinter verbirgt sich der Tatbestand, die Umverteilung zu Lasten der abhängig Beschäftigten weiter zu verstärken und zugunsten der Unternehmer die Gewinne noch mehr zu erhöhen. Sowohl Bundesregierung als auch die Unternehmer sind nicht bereit, Maßnahmen zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zur Sicherung der Arbeitsplätze zu ergreifen.

Dieser Entwicklung gilt es aktiv entgegenzutreten. Dazu ist eine verstärkte Beteiligung der Mitgliedschaft am Tarifgeschehen und eine konsequente Koordinierung der Tarifpolitik innerhalb der Industriegewerkschaft Druck und Papier sowie Solidarität mit den anderen Gewerkschaften und Industriegewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund erforderlich. Dazu ist es notwendig, Grundsätze zu formulieren und Schwerpunkte zu setzen.

Tarifpolitische Grundsätze

• Es gilt, Arbeitsplätze zu erhalten und alle Maßnahmen selbst zu ergreifen oder zu unterstützen, die Arbeitsplätze zu sichern oder neue schaffen.

• Jede Möglichkeit zur Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit ist tarifvertraglich zu nutzen.

In der Zukunft ist die Arbeitszeit parallel zur weiteren technologischen Entwicklung zusätzlich zu reduzieren. Der Gesetzgeber ist aufgefordert, die Reduzierung der Lebensarbeitszeit baldmöglichst in Angriff zu nehmen.

• Trotz aller Mißerfolge der letzten Jahre muß die Einkommenssicherung und -verbesserung weiter Ziel der Tarifpolitik sein. Dies ist mit herkömmlichen einzelgewerkschaftlichen Strategien nicht mehr möglich, deshalb müssen solidarische, kooperative Strategien gemeinsam mit anderen Gewerkschaften entwickelt werden.

• Die Notwendigkeit eines umfassenden „Abkommens zum Schutz vor den negativen Folgen technischer und/oder arbeitsorganisatorischer Rationalisierung“ steht im unmittelbaren Zusammenhang mit der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung.

Dieses Abkommen muß Bestandteil der Manteltarifverträge werden und die bisherigen „Rationalisierungsschutzverträge“ ersetzen.

• Zum Schutz der Persönlichkeit des arbeitenden Menschen ist ein Verbot bzw. sind Schutzbestimmungen hinsichtlich technischer Verfahren zur Erfassung, Speicherung und Verwertung der Betriebs- und Arbeitnehmerdaten erforderlich.

• Alle Möglichkeiten zur Durchsetzung des Grundsatzes „gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“ sind auszuschöpfen.

• Der Verlagerung der Arbeit in externe Arbeitsplätze mit Hilfe neuer Medien ist entgegenzutreten; keinesfalls dürfen Fernarbeit und Teilzeitarbeit zur Aushöhlung von Tarifverträgen führen.

• Die Industriegewerkschaft Druck und Papier hält fest an der Schaffung von gemeinsamen und einheitlichen Tarifverträgen für Arbeiter, Angestellte und Auszubildende.

• Die gewerkschaftliche Betriebsarbeit ist einer der wesentlichsten Stützpunkte der Tarifpolitik. Ohne sie ist die Erreichung gewerkschaftlicher Ziele nicht möglich. Die Grundsätze gewerkschaftlicher Tarifpolitik müssen in der Betriebsarbeit verankert werden.

• Die Industriegewerkschaft Druck und Papier tritt für die Verwirklichung des Aktionsprogramms der Internationalen Grafischen Föderation ein und unterstützt aktiv die dort festgelegten Maßnahmen zur Durchsetzung der Grundsätze gewerkschaftlicher Tarifpolitik.

B Schwerpunkte der tarifpolitischen Arbeit

• Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich ist in allen Tarifbereichen vorrangig durchzusetzen.

Die Verkürzung der Arbeitszeit ist in der wirksamsten Form hinsichtlich der Sicherung der Arbeitsplätze und der Arbeitsentlastung durchzusetzen. Gleichzeitig sind Beschränkungen der Mehrarbeit mit dem Vorrang für Freizeitenausgleich und mit bestimmungspflichtige Stellenpläne durchzusetzen.

• Ein Urlaub von sechs Wochen für alle Arbeitnehmer in allen Bereichen muß zur tarifvertraglichen Selbstverständlichkeit werden.

• Tarifliche Ansprüche sind für Arbeiter und Angestellte und für die unterschiedlichen Tarifbereiche zu harmonisieren.

• Noch vorhandene überholte Lohn- und Gehaltsstrukturen sind den veränderten Bedingungen anzupassen und mit der Zielsetzung gemeinsamer Tarifverträge unter Einfluß der Ausbildungsvergütungen fortzuentwickeln.

• Der Schutz vor den negativen Folgen technischer und/oder arbeitsorganisatorischer Rationalisierung ist tarifvertraglich durchzusetzen. Dies bedeutet hinsichtlich

Arbeitsplatzsicherung:

– Mitbestimmung bzw. Mitwirkung beim Einsatz von Maschinen und Anlagen und bei der Gestaltung der Arbeitsabläufe, Arbeitsorganisation und Arbeitsinhalte;

– Recht auf Ablehnung neuer Technologien, sofern die Auswirkungen auf den Besitzstand und die sozialen Folgen nicht gelöst sind;

– Unterlassungsanspruch des Betriebsrates hinsichtlich personeller und/oder wirtschaftlicher Maßnahmen bei Betriebsänderungen, bevor nicht das Verfahren nach §§ 111/112 BetrVG abgeschlossen ist;

– Schutz vor beruflicher Dequalifikation und Anspruch auf qualifizierte Berufsausbildungsmaßnahmen.

Gesundheitsschutz:

Ausgleich von Leistungsintensivierung durch bezahlte Erholungspausen; Recht auf Ablehnung der Arbeit mit allen Stoffen und Geräten, deren Unschädlichkeit für den Menschen nicht einwandfrei nachgewiesen ist.

Einkommenssicherung und Abgruppierungsschutz.

• Der Kündigungsschutz ist zu verbessern durch ein generelles Widerspruchsrecht des Betriebsrates durch tarifliche Verwirklichung des § 102 Abs. 6 BetrVG,

eine Weiterbeschäftigungspflicht bis zur rechtskräftigen Entscheidung der Arbeitsgerichte.

• Ein tariflicher Schutz der Persönlichkeit muß erreicht werden durch Verbot bzw. Schutzbestimmungen hinsichtlich technischer Verfahren zur Erfassung, Speicherung und Verwertung von auf Einzelpersonen bezogenen oder beziehbaren Daten einschließlich eines Mitbestimmungsrechts über die Einführung und Anwendung von Arbeitserfassungsbögen.

• Das Recht auf Aus-, Fort- und Weiterbildung muß Grundvoraussetzung aller Rationalisierungsbestimmungen sein.

Mediengewerkschaft (A 89)

Der 13. ordentliche Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Druck und Papier begrüßt die Fortschritte auf dem Weg zu einer Mediengewerkschaft, insbesondere die Beschlüsse der Gewerkschaftstage der RFFU sowie der Gewerkschaft Kunst. Er bekräftigt die Entschlossenheit der Industriegewerkschaft Druck und Papier, sich mit anderen Gewerkschaften im DGB und DJV zu einer einheitlichen, starken und geschlossenen Gewerkschaft zusammenzuschließen, der alle Beschäftigten in den Betrieben der Papierverarbeitung und Druckindustrie, der Medien sowie die Kulturschaffenden angehören.

Für den Aufbau der Mediengewerkschaft müssen folgende Grundsätze gelten:

• Kern der Mediengewerkschaft im DGB sind die Industriegewerkschaft Druck und Papier und die Gewerkschaft Kunst.

• Die Mediengewerkschaft muß als Mitgliedergewerkschaft nach dem Industrieverbandsprinzip gegründet werden. Alle im gleichen Betrieb und Wirtschaftszweig beschäftigten Arbeitnehmer gehören in dieselbe Gewerkschaft, und zwar unabhängig von ihrem politischen Bekenntnis und unabhängig vom ausgeübten Beruf.

• Die Beschlüsse der Mediengewerkschaft haben unmittelbare Wirkung. Dies schließt eine lockere Form des Zusammenschlusses, etwa in Gestalt eines Kartellverbandes in einer ersten, zeitlich befristeten Stufe, nicht aus.

• Die Delegierten beauftragen den Hauptvorstand nicht nur organisationspolitische Inhalte, sondern mit den betroffenen Gewerkschaften auch gewerkschaftspolitische Ziele und Inhalte der geplanten Mediengewerkschaft zu diskutieren und zu vereinbaren.

• Die Organe der Mediengewerkschaft haben in allen wesentlichen Fragen die entscheidende Kompetenz, von der Tarifhoheit bis zur Finanzhoheit.

• Fachbereiche und Fachgruppen sollen dazu beitragen, daß die berufs- und tarifpolitischen Besonderheiten möglichst mitgliedernah wahrgenommen werden können.

• Soweit erforderlich, sollen Fachbereiche und Fachgruppen für die unterschiedlichen Gruppen Minderheitenrechte ermöglichen.

• Die publizistische Freiheit von Journalisten und Schriftstellern wird durch die Beschlüsse der Mediengewerkschaft nicht eingeschränkt.

Der Gewerkschaftstag beauftragt den Hauptvorstand, die Verhandlungen mit den beteiligten und kooperationswilligen Verbänden zügig fortzusetzen und so abzuschließen, daß die Mediengewerkschaft in ihrer ersten Stufe bis spätestens Anfang 1985 verwirklicht werden kann. Vor diesem Schritt sind das Modell der Gewerkschaft in ihrer endgültigen Gestalt sowie die einzelnen Stufen auf dem Wege dorthin einem außerordentlichen Gewerkschaftstag zur Beratung und Beschlußfassung vorzulegen.

Alle Maßnahmen zur Gründung einer Mediengewerkschaft müssen – solange sie nicht durch den Gewerkschaftstag der

Industriegewerkschaft Druck und Papier legitimiert sind – in ihren Ergebnissen widerrufbar sein. Es darf im Vorfeld keine irreparablen Sachzwänge geben, die eine freie Entscheidung des Gewerkschaftstages unmöglich machen würden. Dies setzt aber eine kontinuierliche Unterrichtung der Mitgliedschaft auf allen Ebenen voraus. Der Gewerkschaftstag fordert deshalb die Ortsvereinsvorstände auf, sich regelmäßig über den jeweiligen Stand der Verhandlungen im Bezirk und im Landesbezirk unterrichten zu lassen und diese Informationen an die Mitglieder weiterzugeben. Er geht davon aus, daß der Hauptvorstand die Mitgliedschaft noch intensiver, als dies bisher geschah, in die Willensbildung einbezieht.

Der Gewerkschaftstag erwartet von allen Mitgliedern und Organen der Industriegewerkschaft Druck und Papier, daß sie die Vorbereitung der Mediengewerkschaft durch Zusammenarbeit mit den beteiligten Verbänden auf allen Ebenen unterstützen. Gemeinsame Anstrengungen zur Verwirklichung tarifpolitischer Ziele, zur Verteidigung der Rundfunk-, Presse- und Kunstfreiheit, gemeinsame Bildungsmaßnahmen und Veranstaltungen, schaffen die Voraussetzung dafür, daß der gewerkschaftliche Zusammenschluß von den Mitgliedern getragen wird.

Die Mediengewerkschaft, von der wir erwarten,

• daß weiterhin die Interessen der Mitglieder der Industriegewerkschaft Druck und Papier auf der bisherigen politischen Linie vertreten werden;

• daß die vielfältigen Angriffe auf unsere Arbeit, unseren Kopf und unser Konto abgewehrt werden, die sich insbesondere beim Einsatz neuer Kommunikationstechniken abzeichnen;

• daß sich eine Mediengewerkschaft bewußt und offensiv einschaltet in die Auseinandersetzungen über die neuen Medien und deren Organisation wie Kabelfunk und Satellitenfunk, Bildschirm- und Videotext, gegen Verlegerfernsehen und kommerziellen Rundfunk, für Presse- und Rundfunkfreiheit und gegen die Kürzung der Kulturretats;

• daß sie ganz und gar nicht „ausgewogen“ reagiert, wenn Parteien dies verlangen, sondern Partei ergreift; für die Meinungs- und Informationsfreiheit, für die Mitbestimmung der Medien- und Kulturschaffenden in allen inhaltlichen und tarifpolitischen Fragen;

• daß sie sich einsetzt für eine Änderung der Eigentumsverhältnisse bei privatwirtschaftlichen, kommerziellen Medien.

Frieden und Abrüstung (A 96)

I. Grundsatz

Das Wettrüsten in Ost und West gefährdet unmittelbar den Frieden. In den sechziger und Anfang der siebziger Jahre bestand die Aussicht, den kalten Krieg zugunsten einer Politik der Verständigung und Entspannung zu überwinden. Inzwischen haben die Konflikte und Spannungen zugenommen. Das Streben nach militärischer Überlegenheit, die unverantwortliche Steigerung der Rüstungshaushalte, die gigantische Anhäufung und die Entwicklung immer neuer Massenvernichtungsmittel, insbesondere die geplante Aufstellung von Erstschlagwaffen, sind zur Bedrohung der ganzen Menschheit angewachsen. Die seit einiger Zeit vor allem von der US-Regierung betriebene und von der Bundesregierung unterstützte Politik der Stärke bedeutet einen Rückfall in den kalten Krieg und bedroht unser aller Sicherheit.

Darüber hinaus gilt:

• Rüstung gefährdet Arbeitsplätze;

• Rüstung blockiert soziale Reformen und eine wirksame Beschäftigungspolitik;

• Rüstung verschlingt die Milliarden, die zur Entwicklung der dritten Welt, zur Bekämpfung von Hunger und Krankheiten dringend gebraucht werden;

• Wettrüsten begünstigt ein Klima der gegenseitigen Verdächtigungen, in dem Bedrohungsängste und Feindbilder die demokratische Entwicklung im Inneren ersticken.

II. Ziele

Die Delegierten des 13. ordentlichen Gewerkschaftstages erwarten von den Regierungen in Ost und West, daß sie Entspannung ermöglichen und alles tun, um die Abrüstung in Gang zu setzen.

Dazu fordern sie:

1. Sofortiger Verzicht auf alle neuen Rüstungsprojekte in Ost und West sowie die Beseitigung der vorhandenen atomaren, bakteriologischen und chemischen Massenvernichtungsmittel.

2. Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und Weitergabe atomarer, bakteriologischer und chemischer Waffen sowie anderer Massenvernichtungsmittel, einschließlich der Neutronenbombe, deren völkerrechtliche Ächtung gefordert wird. Insbesondere muß die Militarisierung des Weltraums gestoppt und rückgängig gemacht werden.

3. Solange Atomwaffen nicht beseitigt sind, sollen die Länder, die im Besitz solcher Waffen sind, völkerrechtlich bindend auf deren Ersteinsatz verzichten; zugleich sollen sich die Großmächte auf atomwaffenfreie Zonen, insbesondere in Europa, verständigen.

4. An die Regierung der NATO-Staaten richtet sich die Forderung, den sogenannten Nachrüstungsbeschuß vom 12. Dezember 1979 rückgängig zu machen und auf die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen zu verzichten.

5. Die Rüstungshaushalte aller Länder sind in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der UNO um jährlich 10 Prozent zu senken. Die eingesparten Mittel sind vornehmlich zum Abbau der Arbeitslosigkeit, für soziale Reformen, zur Entwicklung der Länder der dritten Welt und zur Überwindung des Hungers auf der Welt einzusetzen. Internationale Kontrollen sollen dazu beitragen, Vertrauen zwischen den Völkern und Bündnissen zu schaffen.

6. Beendigung des Rüstungsexports.

7. Verurteilung jeglicher militärischer und wirtschaftlicher Intervention zur Unterdrückung der Selbstbestimmungsrechte der Völker.

III. Maßnahmen

Der 13. ordentliche Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Druck und Papier tritt für die Zusammenarbeit mit der Friedensbewegung ein. Die Delegierten begrüßen die Aktion des DGB-Bundesvorstandes: Es ist „5 Minuten vor 12“. Millionen Arbeitnehmer folgten dem Aufruf und legten für 5 Minuten die Arbeit nieder. Damit unterstrichen die Arbeitnehmer eindrucksvoll und nachhaltig ihren Willen nach Frieden und Abrüstung. Umfragen haben ergeben, daß über 75 Prozent der Bevölkerung eine Aufstellung neuer Atomwaffen in der Bundesrepublik ablehnen.

Friedenssicherung und Abrüstung sowie Wiederherstellung der Vollbeschäftigung und soziale Reformen sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Der Einsatz für den Frieden und die Verhinderung neuer Rüstungsprojekte sind eine gewerkschaftliche Aufgabe.

Der Gewerkschaftstag erwartet gleichermaßen von den Mitgliedern, von den anderen Gewerkschaften und vom DGB:

1. Unterstützung und Zusammenarbeit mit der Friedensbewegung.

2. Die Ursachen und Auswirkungen von Aufrüstung und Kriegen müssen zu einem kontinuierlichen Schwerpunkt der gewerkschaftlichen Betriebs- und Bildungsarbeit sowie der Gewerkschaftspresse werden.

3. Eine allgemeine Militarisierung der Gesellschaft muß verhindert werden. Widerstand ist notwendig gegen den Dienst von Frauen in der Bundeswehr, gegen die Werbung der Bundeswehr in Schulen und Medien sowie gegen die Verbreitung von Kriegsspielzeug und Kriegsspielautomaten.

4. Der DGB und die Einzelgewerkschaften veranstalten aus aktuellen Anlässen (Nachrüstung) oder besonderen historisch dafür geeigneten Tagen (z. B. 1. September) Demonstrationen, die durch gewerkschaftliche Forderungen und Parolen bestimmt werden.

5. Initiativen für die Schaffung atomwaffenfreier Zonen und Gemeinden sollen unterstützt werden.

6. Gewerkschaftliche Initiativen zur Umstellung von Rüstungs- in Friedensproduktionen sind zu unterstützen.

7. Gegen die Stationierung neuer Atomwaffen ist mit geeigneten Mitteln im Sinne des Grundgesetzes gewaltfrei Widerstand zu leisten; von den Mitgliedern erwartet der Gewerkschaftstag, daß sie sich an gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen wie demonstrativen Arbeitsniederlegungen beteiligen. Aufgrund der Gefahren, die sich mit der weiteren atomaren Rüstung für das Fortbestehen der Menschheit ergeben, ist gewaltfreier Widerstand eine legitime Kampfform und stimmt sowohl mit dem internationalen Völkerrecht als auch mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik überein.

8. Internationale, vor allem blockübergreifende Kontakte, Begegnungen und gewerkschaftliche Friedenskonferenzen sind zu fördern und zu stärken, um Feindbildern entgegenzuwirken. Dabei sollen auch die internationalen Spannungsfelder in Ost und West sowie in der dritten Welt (von Afghanistan bis Nicaragua) angesprochen werden.

Berufsverbote (IA 6)

Der 13. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier appelliert an den Hauptvorstand unserer Organisation, alle Möglichkeiten zu nutzen, um gemeinsam mit dem DGB und seinen Einzelgewerkschaften den Kampf gegen die seit der Bonner „Wende“ verschärften und zunehmenden Berufsverbote und die weiteren Einschränkungen demokratischer Rechte zu forcieren. Mit den von Berufsverboten Betroffenen und Bedrohten erklärt sich die IG Druck und Papier solidarisch. Gemeinsam mit ihnen wird sie den Kampf gegen diese grundgesetzwidrige Praxis fortführen.

Einheitsgewerkschaft (A 259)

Der 13. ordentliche Gewerkschaftstag solidarisiert sich mit dem Kollegen Loni Mahlein und den anderen Kollegen des Hauptvorstandes, die den Aufruf „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!“ aus Anlaß des fünfzigsten Jahrestages der Machtergreifung der Nationalsozialisten unterzeichnet haben. Die Angriffe der Kritiker weisen wir zurück.

Die Gewerkschaften waren immer Bestandteil der antifaschistischen Friedensbewegung und müssen dies bleiben. Sie haben kein Interesse, irgend jemanden aus diesen Bewegungen auszugenzen.

Die Einheitsgewerkschaft aufrechtzuerhalten muß unser oberstes Ziel sein. Die entscheidende Frage ist, ob wir zu gemeinsamem Handeln zusammenfinden, um Gefahren, die uns gemeinsam bedrohen, gemeinsam abzuwehren oder ob wir uns selbst zerfleischen und Zwierrat in den eigenen Reihen säen. Daher können wir das gemeinsame Handeln nicht von der Haltung der einzelnen Mitglieder zu aktuellen weltpolitischen Vorgängen abhängig machen, um daraus die „richtige“ Mitgliedschaft abzuleiten. Einheitsgewerkschaft heißt immer auch Heimat für Mitglieder verschiedener politischer Herkunft.

Wir stellen fest: Wer den Gegner aus dem Auge verloren hat und statt dessen meint, im politisch andersdenkenden Kollegen den Feind bekämpfen zu müssen, der hat immer noch nicht verstanden, was Einheitsgewerkschaft ist. Mißtrauen, Verlust an Geschlossenheit und Solidarität, Gesinnungsschnüffelei in den eigenen Reihen können wir uns heute weniger denn je leisten. Die Glaubwürdigkeit der Gewerkschaften und der Gedanke der Einheitsgewerkschaft würden so in Frage gestellt. Wir bekräftigen: Es muß alles Trennende zurückgestellt werden, um zu einer gemeinsamen Interessenvertretung zu gelangen.

Wenn wir zielstrebig diesen Weg gehen, dann haben wir eine Chance, die schwierigen und knochenharten Auseinandersetzungen um die 35-Stunden-Woche erfolgreich durchzuführen. Dann werden die Belegschaften auch kämpfen. Sie werden kämpfen, weil sie dann wissen, daß sie für ihre eigenen unmittelbaren und langfristigen Interessen kämpfen müssen. Zu schaffen ist das. Aber wir müssen es wollen. Die Führungen der Gewerkschaften müssen es wollen. Hier darf es keine Halbherzigkeiten und Inkonsistenzen geben. Es darf keine Nebenkriegsschauplätze geben, spätestens dann nicht mehr, wenn sich die Auseinandersetzungen zuspitzen. Deshalb brauchen wir jetzt den entscheidenden Schritt, die richtige Einordnung des Kampfes um die 35-Stunden-Woche in unsere eigene Politik. Es geht um die Einschätzung, daß der Kampf um die 35-Stunden-Woche ein gewerkschaftspolitischer Machtkampf ist, der für lange Zeit über das grundsätzliche Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit in unserer Gesellschaft entscheidet...

Peter Bracker:

... Es geht bei dem Kampf um die Medien um einen Industriezweig, der zwar zu den kleineren Wirtschaftszweigen zu rechnen, der aber politisch für unser gesellschaftliches Leben und für die Demokratie von allergrößter Bedeutung ist. Letztlich geht es darum, wer die Herrschaft über die Köpfe der Menschen erlangt. Es stellt sich aber auch die Frage, warum gerade in dieser Zeit der Angriff auf die elektronischen Medien so scharf erfolgt. Ich meine, die Ursache dafür ist die tiefe Krise des kapitalistischen Systems. Ständige und weiter ansteigende Massenarbeitslosigkeit, chancenlose und berufslose Jugend, sozialer Kahlschlag, Demokratieabbau und atomare Hochrüstung kennzeichnen einen gesellschaftlichen Prozeß, der die Armen ärmer und die Reichen reicher werden läßt. Dieser Prozeß führt zu verschärften Klassenausainandersetzungen, zu immer tiefer greifenden Widersprüchen in der Gesellschaft. Er führt aber auch zu kraftvollen außerparlamentarischen Bewegungen, zu Umdenkungsprozessen und, besonders bei der jungen Generation, zur Infragestellung des Systems.

Angeichts dieser Situation ist es das Interesse — und so lautet auch der Auftrag der Herrschenden an die Medien —, die breiten Massen bei der Stange zu halten und alles zu tun, die Menschen zum Stillhalten zu bewegen. Dies aber kann nicht unser Interesse sein. Können wir es beispielsweise zulassen, daß mit Hilfe der Medien Lohnverzicht propagiert wird, indem gesagt wird, daß die arbeitenden Menschen, in Gegensatz zu den Arbeitslosen gebracht, doch den Unternehmern immerhin dankbar dafür zu sein hätten, überhaupt noch beschäftigt zu werden? Ich denke, nicht.

Auf die handfesten ökonomischen Gründe, die hinter der Durchsetzung von Privat- und Kommerzfernsehen stehen, kann ich nicht mehr eingehen, obwohl auch hier unsere Interessen sehr stark berührt sind. Nur soviel: Für die Verkabelung der Bundesrepublik wird der Steuerzahler, genauer gesagt wir oder der kleine Mann, 130 bis 180 Milliarden DM zu berappen haben. Alles läuft nach dem bekannten staatsmonopolistischen Rezept: zuerst gesellschaftlich finanzierte Investitionen, danach privatkapitalistische Aneignung und Ausbeutung. Angesichts der vor uns liegenden gewerkschaftlichen Aufgaben, der Sicherung des Friedens, der Sicherung der Arbeitsplätze und der Sicherung der Informations- und Meinungsfreiheit, darf es keinen Zweifel an der Notwendigkeit einer einheitlichen Mediengewerkschaft im DGB geben. Weil alle in den Medien Beschäftigten denselben Gegner haben, gehören sie in eine Gewerkschaft...

Ruth Gruber:

... Die Industriegewerkschaft Druck und Papier hat sehr früh — im Gegensatz zum Deutschen Gewerkschaftsbund — die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen Friedensbewegung und Gewerkschaftsbewegung erkannt und auch danach gehandelt, und sie hat im DGB mit Erfolg in Zusammenarbeit mit anderen für dieses Zusammengehen gekämpft. Aber wir

müssen schon ehrlich sein: Sind es nicht in weiten Teilen immer noch einzelne Kollegen, die sich aktiv an der Friedensbewegung beteiligen? Haben wir als Organisation alles getan, um die Friedensdiskussion dorthin zu tragen, wohin sie gehört, um die Masse der Arbeiter und Angestellten zu erreichen, nämlich in die Betriebe? Haben wir wirklich kontinuierliche Friedensarbeit im Betrieb entwickelt, und hat die Organisation dazu ausreichend Hilfestellung gegeben? Ich meine schon, hier können und hier müssen wir in den nächsten Wochen und Monaten noch einen ganz entscheidenden „Zahn zulegen“; denn der wesentliche Hebel — ich denke, darin sind wir uns einig — ist die Frage, ob es uns gelingt, den 5. Oktober fortzuführen, zu wiederholen, in vielen Betrieben breiter zu machen unter stärkerer Beteiligung von Kolleginnen und Kollegen. Wir müssen die Unruhe in die Betriebe hineintragen, dort den Widerstand entwickeln; denn das ist immer noch der Ort, wo wir den Nerv dieses Systems am schärfsten treffen. Und es ist sicher nicht von ungefähr, daß Herr Mack und Co. davor gewarnt haben, die Friedensdiskussion in die Betriebe hineinzutragen.

Deshalb meine ich, es genügt nicht, Anträge zu verabschieden, in denen wir unter Berufung auf das Widerstandsrecht den Einsatz aller gewerkschaftlichen Kampfmittel fordern. Wir müssen gleichzeitig auch die Voraussetzungen dafür schaffen, daß wir diese gewerkschaftlichen Kampfmittel überhaupt einsetzen können. Der 5. Oktober war ein großer Erfolg; aber er hat, glaube ich, auch deutlich gemacht, daß es eben doch noch viele weiße Flecken gibt. Deshalb meine ich, wir sollten uns darauf konzentrieren, wo immer möglich, betriebliche Friedensinitiativen zu gründen oder zumindest in der gewerkschaftlichen Vertrauensleutearbeit das Thema Frieden in den nächsten Wochen noch einmal zu einem Schwerpunkt zu machen...

Detlef Hensche:

... Auch wenn wir in die eigene Geschichte greifen, müssen wir feststellen: In den zwanziger Jahren haben Krise, Orientierungslosigkeit und Verwirrung der Kollegen dazu geführt, daß der ADGB und seine Gewerkschaften in drei Jahren die Hälfte der Mitglieder verloren haben. Trotzdem — und deswegen wende ich mich etwas gegen den resignativen Unterton bei manchen Diskussionsbeiträgen; ich jedenfalls habe das so aufgefaßt — haben wir heute, 1983, in wesentlichen Punkten bemerkenswerte Unterschiede, die uns positiv sowohl von den Verhältnissen in den zwanziger Jahren wie auch etwa von den Verhältnissen in den Vereinigten Staaten unterscheiden. Es hat drei beachtliche Warnstreikaktionen bei den letzten Gehalts- und Tarifrunden gegeben. Die Neue Beweglichkeit der Industriegewerkschaft Metall war doch nicht von Pappe. Da sind Kollegen ohne Streikgelder auf die Straße gegangen. Und sie haben zwar — wir alle infolge dieser Tarifabschlüsse auch nicht — das Realeinkommen nicht halten können, aber daß wir überhaupt so hoch gekommen sind, haben wir diesem ganz massiven Einsatz der Kollegen der Industriegewerkschaft Metall zu verdanken. Das ist für mich ein Stück Arbeitskampf in der Krise. Ein ganz anderes Beispiel: Wir selber haben vor drei Jahren, das erste Mal in der Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg, einen bundesweiten Warnstreik von Journalisten erlebt. Da sind Journalisten für ihre eigenen Interessen auf die Straße gegangen. Ich hätte mir vor vier Jahren niemals ausmalen können, daß so etwas möglich sein würde. Es war möglich. Wir erleben eine wachsende Bereitschaft von Belegschaften, sich gegen betriebliche Willkür, namentlich gegen Stilllegungen, zur Wehr zu setzen. Man wird die Ergebnisse und die Erfolge unterschiedlich beurteilen können, aber daß die Kollegen bereit sind, aufzubegehren und sich nicht alles bieten zu lassen, zeigen beispielsweise die Vorgänge bei der AG Weser und bei HDW. Ich darf in aller Bescheidenheit an unsere eigenen Arbeitskämpfe 1976 und 1978 erinnern, die doch nun auch nicht in der Hochkonjunktur geführt worden sind. Kollegen, wir haben am Vorabend des RTS-Konflikts in verdammt ungünstiger Ausgangslage gesteckt als heute am Beginn des Marsches zur 35-Stunden-Woche. Und wir haben es trotzdem geschafft. Wir haben damals zunächst einmal allein gestanden gegen einen ganzen Wall von

Vorurteilen und Ideologien — vom Heizer auf der E-Lok bis hin zur Zementierung eines angeblich überflüssigen Berufs.

Ein letztes Beispiel, das deutlich macht, daß wir heute eine andere Situation als in den zwanziger Jahren haben, sind die Erfolge der Friedensbewegung. Der 5. Oktober — das haben einige Diskussionsredner gesagt — war ein Erfolg, insbesondere, wenn man dagegenhält, wie kurz die Vorbereitungszeit war, wenn man sich vergegenwärtigt, wie gering bis dato der Friedensgedanke und die Ziele der Friedensbewegung in den Betrieben verankert waren — da gibt es immer noch erheblichen Nachholbedarf —, und wenn man berücksichtigt, unter welchen Androhungen Kollegen bereit waren, dem Aufruf des DGB zu folgen. Laßt mich das auch einmal sagen: Fünf Minuten Arbeitsruhe in den Betrieben oder fünf Mahnminuten in den Betrieben unter dem Druck arbeitsrechtlicher Konsequenzen bedeuten mehr Risiko als eine Blockadeaktion draußen vor der Kaserne, wenn die Gefahr arbeitsrechtlicher Sanktionen droht. Ich meine, das sollte man auch den Kollegen der Friedensbewegung sagen, die manchmal nicht voll übersehen, unter welchen Zwängen gewerkschaftliche Arbeit läuft. Der Polizeigriff ist heutzutage immer noch harmloser als die Kündigung und der Existenzverlust. Ich will jetzt nicht einer Alternative das Wort reden, aber ich will deutlich machen, daß unter dem Druck, der bestand, die Befolgung der Mahnminuten ein wirklicher Erfolg war. Allerdings, derartige Erfolge kommen nicht von selber...

Beschlüsse

Tarifpolitik (A 5)

Die Rahmenbedingungen für die gewerkschaftliche Politik haben sich in den letzten Jahren wesentlich verschlechtert. Das konzentrierte Vorgehen der Unternehmerverbände ist noch massiver geworden. Der staatliche und betriebliche Sozialabbau wird fortgesetzt. Dahinter verbirgt sich der Tatbestand, die Umverteilung zu Lasten der abhängig Beschäftigten weiter zu verstärken und zugunsten der Unternehmer die Gewinne noch mehr zu erhöhen. Sowohl Bundesregierung als auch die Unternehmer sind nicht bereit, Maßnahmen zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zur Sicherung der Arbeitsplätze zu ergreifen.

Dieser Entwicklung gilt es aktiv entgegenzutreten. Dazu ist eine verstärkte Beteiligung der Mitgliedschaft am Tarifgeschehen und eine konsequente Koordinierung der Tarifpolitik innerhalb der Industriegewerkschaft Druck und Papier sowie Solidarität mit den anderen Gewerkschaften und Industriegewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund erforderlich. Dazu ist es notwendig, Grundsätze zu formulieren und Schwerpunkte zu setzen.

Tarifpolitische Grundsätze

• Es gilt, Arbeitsplätze zu erhalten und alle Maßnahmen selbst zu ergreifen oder zu unterstützen, die Arbeitsplätze zu sichern oder neue schaffen.

• Jede Möglichkeit zur Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit ist tarifvertraglich zu nutzen.

In der Zukunft ist die Arbeitszeit parallel zur weiteren technologischen Entwicklung zusätzlich zu reduzieren. Der Gesetzgeber ist aufgefordert, die Reduzierung der Lebensarbeitszeit baldmöglichst in Angriff zu nehmen.

• Trotz aller Mißerfolge der letzten Jahre muß die Einkommenssicherung und -verbesserung weiter Ziel der Tarifpolitik sein. Dies ist mit herkömmlichen einzelgewerkschaftlichen Strategien nicht mehr möglich, deshalb müssen solidarische, kooperative Strategien gemeinsam mit anderen Gewerkschaften entwickelt werden.

• Die Notwendigkeit eines umfassenden „Abkommens zum Schutz vor den negativen Folgen technischer und/oder arbeitsorganisatorischer Rationalisierung“ steht im unmittelbaren Zusammenhang mit der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung.

Dieses Abkommen muß Bestandteil der Manteltarifverträge werden und die bisherigen „Rationalisierungsschutzverträge“ ersetzen.

• Zum Schutz der Persönlichkeit des arbeitenden Menschen ist ein Verbot bzw. sind Schutzbestimmungen hinsichtlich technischer Verfahren zur Erfassung, Speicherung und Verwertung der Betriebs- und Arbeitnehmerdaten erforderlich.

• Alle Möglichkeiten zur Durchsetzung des Grundsatzes „gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“ sind auszuschöpfen.

• Der Verlagerung der Arbeit in externe Arbeitsplätze mit Hilfe neuer Medien ist entgegenzutreten; keinesfalls dürfen Fernarbeit und Teilzeitarbeit zur Aushöhlung von Tarifverträgen führen.

• Die Industriegewerkschaft Druck und Papier hält fest an der Schaffung von gemeinsamen und einheitlichen Tarifverträgen für Arbeiter, Angestellte und Auszubildende.

• Die gewerkschaftliche Betriebsarbeit ist einer der wesentlichsten Stützpunkte der Tarifpolitik. Ohne sie ist die Erreichung gewerkschaftlicher Ziele nicht möglich. Die Grundsätze gewerkschaftlicher Tarifpolitik müssen in der Betriebsarbeit verankert werden.

• Die Industriegewerkschaft Druck und Papier tritt für die Verwirklichung des Aktionsprogramms der Internationalen Grafischen Föderation ein und unterstützt aktiv die dort festgelegten Maßnahmen zur Durchsetzung der Grundsätze gewerkschaftlicher Tarifpolitik.

B Schwerpunkte der tarifpolitischen Arbeit

• Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich ist in allen Tarifbereichen vorrangig durchzusetzen.

Die Verkürzung der Arbeitszeit ist in der wirksamsten Form hinsichtlich der Sicherung der Arbeitsplätze und der Arbeitsentlastung durchzusetzen. Gleichzeitig sind Beschränkungen der Mehrarbeit mit dem Vorrang für Freizeitenausgleich und mitbestimmungspflichtige Stellenpläne durchzusetzen.

• Ein Urlaub von sechs Wochen für alle Arbeitnehmer in allen Bereichen muß zur tarifvertraglichen Selbstverständlichkeit werden.

• Tarifliche Ansprüche sind für Arbeiter und Angestellte und für die unterschiedlichen Tarifbereiche zu harmonisieren.

• Noch vorhandene überholte Lohn- und Gehaltsstrukturen sind den veränderten Bedingungen anzupassen und mit der Zielsetzung gemeinsamer Tarifverträge unter Einschuß der Ausbildungsvergütungen fortzuentwickeln.

• Der Schutz vor den negativen Folgen technischer und/oder arbeitsorganisatorischer Rationalisierung ist tarifvertraglich durchzusetzen. Dies bedeutet hinsichtlich

Arbeitsplatzsicherung:

— Mitbestimmung bzw. Mitwirkung beim Einsatz von Maschinen und Anlagen und bei der Gestaltung der Arbeitsabläufe, Arbeitsorganisation und Arbeitsinhalte;

— Recht auf Ablehnung neuer Technologien, sofern die Auswirkungen auf den Besitzstand und die sozialen Folgen nicht gelöst sind;

— Unterlassungsanspruch des Betriebsrates hinsichtlich personeller und/oder wirtschaftlicher Maßnahmen bei Betriebsänderungen, bevor nicht das Verfahren nach §§ 111/112 BetrVG abgeschlossen ist;

— Schutz vor beruflicher Dequalifikation und Anspruch auf qualifizierte Berufsausbildungsmaßnahmen.

Gesundheitsschutz:

Ausgleich von Leistungsintensivierung durch bezahlte Erholungspausen; Recht auf Ablehnung der Arbeit mit allen Stoffen und Geräten, deren Unschädlichkeit für den Menschen nicht einwandfrei nachgewiesen ist.

Einkommenssicherung und Abgruppierungsschutz.

• Der Kündigungsschutz ist zu verbessern durch ein generelles Widerspruchsrecht des Betriebsrates durch tarifliche Verwirklichung des § 102 Abs. 6 BetrVG.

eine Weiterbeschäftigungspflicht bis zur rechtskräftigen Entscheidung der Arbeitsgerichte.

• Ein tariflicher Schutz der Persönlichkeit muß erreicht werden durch Verbot bzw. Schutzbestimmungen hinsichtlich technischer Verfahren zur Erfassung, Speicherung und Verwertung von auf Einzelpersonen bezogenen oder beziehbaren Daten einschließlich eines Mitbestimmungsrechts über die Einführung und Anwendung von Arbeitserfassungsbögen.

• Das Recht auf Aus-, Fort- und Weiterbildung muß Grundvoraussetzung aller Rationalisierungsbestimmungen sein.

Mediengewerkschaft (A 89)

Der 13. ordentliche Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Druck und Papier begrüßt die Fortschritte auf dem Weg zu einer Mediengewerkschaft, insbesondere die Beschlüsse der Gewerkschaftstage der RFFU sowie der Gewerkschaft Kunst. Er bekräftigt die Entschlossenheit der Industriegewerkschaft Druck und Papier, sich mit anderen Gewerkschaften im DGB und DJV zu einer einheitlichen, starken und geschlossenen Gewerkschaft zusammenzuschließen, der alle Beschäftigten in den Betrieben der Papierverarbeitung und Druckindustrie, der Medien sowie die Kulturschaffenden angehören.

Für den Aufbau der Mediengewerkschaft müssen folgende Grundsätze gelten:

• Kern der Mediengewerkschaft im DGB sind die Industriegewerkschaft Druck und Papier und die Gewerkschaft Kunst.

• Die Mediengewerkschaft muß als Mitgliedergewerkschaft nach dem Industrieverbandsprinzip gegründet werden. Alle im gleichen Betrieb und Wirtschaftszweig beschäftigten Arbeitnehmer gehören in dieselbe Gewerkschaft, und zwar unabhängig von ihrem politischen Bekenntnis und unabhängig vom ausgeübten Beruf.

• Die Beschlüsse der Mediengewerkschaft haben unmittelbare Wirkung. Dies schließt eine lockere Form des Zusammenschlusses, etwa in Gestalt eines Kartellverbandes in einer ersten, zeitlich befristeten Stufe, nicht aus.

• Die Delegierten beauftragen den Hauptvorstand nicht nur organisationspolitische Inhalte, sondern mit den betroffenen Gewerkschaften auch gewerkschaftspolitische Ziele und Inhalte der geplanten Mediengewerkschaft zu diskutieren und zu vereinbaren.

• Die Organe der Mediengewerkschaft haben in allen wesentlichen Fragen die entscheidende Kompetenz, von der Tarifhoheit bis zur Finanzhoheit.

• Fachbereiche und Fachgruppen sollen dazu beitragen, daß die berufs- und tarifpolitischen Besonderheiten möglichst mitgliedernah wahrgenommen werden können.

• Soweit erforderlich, sollen Fachbereiche und Fachgruppen für die unterschiedlichen Gruppen Minderheitenrechte ermöglichen.

• Die publizistische Freiheit von Journalisten und Schriftstellern wird durch die Beschlüsse der Mediengewerkschaft nicht eingeschränkt.

Der Gewerkschaftstag beauftragt den Hauptvorstand, die Verhandlungen mit den beteiligten und kooperationswilligen Verbänden zügig fortzusetzen und so abzuschließen, daß die Mediengewerkschaft in ihrer ersten Stufe bis spätestens Anfang 1985 verwirklicht werden kann. Vor diesem Schritt sind das Modell der Gewerkschaft in ihrer endgültigen Gestalt sowie die einzelnen Stufen auf dem Wege dorthin einem außerordentlichen Gewerkschaftstag zur Beratung und Beschlußfassung vorzulegen.

Alle Maßnahmen zur Gründung einer Mediengewerkschaft müssen – solange sie nicht durch den Gewerkschaftstag der

Industriegewerkschaft Druck und Papier legitimiert sind – in ihren Ergebnissen widerutbar sein. Es darf im Vorfeld keine irreparablen Sachzwänge geben, die eine freie Entscheidung des Gewerkschaftstages unmöglich machen würden. Dies setzt aber eine kontinuierliche Unterrichtung der Mitgliedschaft auf allen Ebenen voraus. Der Gewerkschaftstag fordert deshalb die Ortsvereinsvorstände auf, sich regelmäßig über den jeweiligen Stand der Verhandlungen im Bezirk und im Landesbezirk unterrichten zu lassen und diese Informationen an die Mitglieder weiterzugeben. Er geht davon aus, daß der Hauptvorstand die Mitgliedschaft noch intensiver, als dies bisher geschah, in die Willensbildung einbezieht.

Der Gewerkschaftstag erwartet von allen Mitgliedern und Organen der Industriegewerkschaft Druck und Papier, daß sie die Vorbereitung der Mediengewerkschaft durch Zusammenarbeit mit den beteiligten Verbänden auf allen Ebenen unterstützen. Gemeinsame Anstrengungen zur Verwirklichung tarifpolitischer Ziele, zur Verteidigung der Rundfunk-, Presse- und Kunstfreiheit, gemeinsame Bildungsmaßnahmen und Veranstaltungen, schaffen die Voraussetzung dafür, daß der gewerkschaftliche Zusammenschluß von den Mitgliedern getragen wird.

Die Mediengewerkschaft, von der wir erwarten,

• daß weiterhin die Interessen der Mitglieder der Industriegewerkschaft Druck und Papier auf der bisherigen politischen Linie vertreten werden;

• daß die vielfältigen Angriffe auf unsere Arbeit, unseren Kopf und unser Konto abgewehrt werden, die sich insbesondere beim Einsatz neuer Kommunikationstechniken abzeichnen;

• daß sich eine Mediengewerkschaft bewußt und offensiv einschaltet in die Auseinandersetzungen über die neuen Medien und deren Organisation wie Kabelfunk und Satellitenfunk, Bildschirm- und Videotext, gegen Verlegerfernsehen und kommerziellen Rundfunk, für Presse- und Rundfunkfreiheit und gegen die Kürzung der Kulturetats;

• daß sie ganz und gar nicht „ausgewogen“ reagiert, wenn Parteien dies verlangen, sondern Partei ergreift; für die Meinungs- und Informationsfreiheit, für die Mitbestimmung der Medien- und Kulturschaffenden in allen inhaltlichen und tarifpolitischen Fragen;

• daß sie sich einsetzt für eine Änderung der Eigentumsverhältnisse bei privatwirtschaftlichen, kommerziellen Medien.

Frieden und Abrüstung (A 96)

I. Grundsatz

Das Wettrüsten in Ost und West gefährdet unmittelbar den Frieden. In den sechziger und Anfang der siebziger Jahre bestand die Aussicht, den kalten Krieg zugunsten einer Politik der Verständigung und Entspannung zu überwinden. Inzwischen haben die Konflikte und Spannungen zugenommen. Das Streben nach militärischer Überlegenheit, die unverantwortliche Steigerung der Rüstungshaushalte, die gigantische Anhäufung und die Entwicklung immer neuer Massenvernichtungsmittel, insbesondere die geplante Aufstellung von Erstschlagwaffen, sind zur Bedrohung der ganzen Menschheit angewachsen. Die seit einiger Zeit vor allem von der US-Regierung betriebene und von der Bundesregierung unterstützte Politik der Stärke bedeutet einen Rückfall in den kalten Krieg und bedroht unser aller Sicherheit.

Darüber hinaus gilt:

• Rüstung gefährdet Arbeitsplätze;

• Rüstung blockiert soziale Reformen und eine wirksame Beschäftigungspolitik;

• Rüstung verschlingt die Milliarden, die zur Entwicklung der dritten Welt, zur Bekämpfung von Hunger und Krankheiten dringend gebraucht werden;

• Wettrüsten begünstigt ein Klima der gegenseitigen Verdächtigungen, in dem Bedrohungsängste und Feindbilder die demokratische Entwicklung im Inneren ersticken.

II. Ziele

Die Delegierten des 13. ordentlichen Gewerkschaftstages erwarten von den Regierungen in Ost und West, daß sie Entspannung ermöglichen und alles tun, um die Abrüstung in Gang zu setzen.

Dazu fordern sie:

1. Sofortiger Verzicht auf alle neuen Rüstungsprojekte in Ost und West sowie die Beseitigung der vorhandenen atomaren, bakteriologischen und chemischen Massenvernichtungsmittel.

2. Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und Weitergabe atomarer, bakteriologischer und chemischer Waffen sowie anderer Massenvernichtungsmittel, einschließlich der Neutronenbombe, deren völkerrechtliche Ächtung gefordert wird. Insbesondere muß die Militarisierung des Weltraums gestoppt und rückgängig gemacht werden.

3. Solange Atomwaffen nicht beseitigt sind, sollen die Länder, die im Besitz solcher Waffen sind, völkerrechtlich bindend auf deren Ersteinsatz verzichten; zugleich sollen sich die Großmächte auf atomwaffenfreie Zonen, insbesondere in Europa, verständigen.

4. An die Regierung der NATO-Staaten richtet sich die Forderung, den sogenannten Nachrüstungsbeschluß vom 12. Dezember 1979 rückgängig zu machen und auf die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen zu verzichten.

5. Die Rüstungshaushalte aller Länder sind in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der UNO um jährlich 10 Prozent zu senken. Die eingesparten Mittel sind vornehmlich zum Abbau der Arbeitslosigkeit, für soziale Reformen, zur Entwicklung der Länder der dritten Welt und zur Überwindung des Hungers auf der Welt einzusetzen. Internationale Kontrollen sollen dazu beitragen, Vertrauen zwischen den Völkern und Bündnissen zu schaffen.

6. Beendigung des Rüstungsexports.

7. Verurteilung jeglicher militärischer und wirtschaftlicher Intervention zur Unterdrückung der Selbstbestimmungsrechte der Völker.

III. Maßnahmen

Der 13. ordentliche Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Druck und Papier tritt für die Zusammenarbeit mit der Friedensbewegung ein. Die Delegierten begrüßen die Aktion des DGB-Bundesvorstandes: Es ist „5 Minuten vor 12“. Millionen Arbeitnehmer folgten dem Aufruf und legten für 5 Minuten die Arbeit nieder. Damit unterstrichen die Arbeitnehmer eindrucksvoll und nachhaltig ihren Willen nach Frieden und Abrüstung. Umfragen haben ergeben, daß über 75 Prozent der Bevölkerung eine Aufstellung neuer Atomwaffen in der Bundesrepublik ablehnen.

Friedenssicherung und Abrüstung sowie Wiederherstellung der Vollbeschäftigung und soziale Reformen sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Der Einsatz für den Frieden und die Verhinderung neuer Rüstungsprojekte sind eine gewerkschaftliche Aufgabe.

Der Gewerkschaftstag erwartet gleichermaßen von den Mitgliedern, von den anderen Gewerkschaften und vom DGB:

1. Unterstützung und Zusammenarbeit mit der Friedensbewegung.

2. Die Ursachen und Auswirkungen von Aufrüstung und Kriegen müssen zu einem kontinuierlichen Schwerpunkt der gewerkschaftlichen Betriebs- und Bildungsarbeit sowie der Gewerkschaftspresse werden.

3. Eine allgemeine Militarisierung der Gesellschaft muß verhindert werden. Widerstand ist notwendig gegen den Dienst von Frauen in der Bundeswehr, gegen die Werbung der Bundeswehr in Schulen und Medien sowie gegen die Verbreitung von Kriegsspielzeug und Kriegsspielautomaten.

4. Der DGB und die Einzelgewerkschaften veranstalten aus aktuellen Anlässen (Nachrüstung) oder besonderen historisch dafür geeigneten Tagen (z. B. 1. September) Demonstrationen, die durch gewerkschaftliche Forderungen und Parolen bestimmt werden.

5. Initiativen für die Schaffung atomwaffenfreier Zonen und Gemeinden sollen unterstützt werden.

6. Gewerkschaftliche Initiativen zur Umstellung von Rüstungs- in Friedensproduktionen sind zu unterstützen.

7. Gegen die Stationierung neuer Atomwaffen ist mit geeigneten Mitteln im Sinne des Grundgesetzes gewaltfrei Widerstand zu leisten; von den Mitgliedern erwartet der Gewerkschaftstag, daß sie sich an gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen wie demonstrativen Arbeitsniederlegungen beteiligen. Aufgrund der Gefahren, die sich mit der weiteren atomaren Rüstung für das Fortbestehen der Menschheit ergeben, ist gewaltfreier Widerstand eine legitime Kampfform und stimmt sowohl mit dem internationalen Völkerrecht als auch mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik überein.

8. Internationale, vor allem blockübergreifende Kontakte, Begegnungen und gewerkschaftliche Friedenskonferenzen sind zu fördern und zu stärken, um Feindbildern entgegenzuwirken. Dabei sollen auch die internationalen Spannungsfelder in Ost und West sowie in der dritten Welt (von Afghanistan bis Nicaragua) angesprochen werden.

Berufsverbote (IA 6)

Der 13. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier appelliert an den Hauptvorstand unserer Organisation, alle Möglichkeiten zu nutzen, um gemeinsam mit dem DGB und seinen Einzelgewerkschaften den Kampf gegen die seit der Bonner „Wende“ verschärften und zunehmenden Berufsverbote und die weiteren Einschränkungen demokratischer Rechte zu forcieren. Mit den von Berufsverboten Betroffenen und Bedrohten erklärt sich die IG Druck und Papier solidarisch. Gemeinsam mit ihnen wird sie den Kampf gegen diese grundgesetzwidrige Praxis fortführen.

Einheitsgewerkschaft (A 259)

Der 13. ordentliche Gewerkschaftstag solidarisiert sich mit dem Kollegen Loni Mahlein und den anderen Kollegen des Hauptvorstandes, die den Aufruf „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!“ aus Anlaß des fünfzigsten Jahrestages der Machtergreifung der Nationalsozialisten unterzeichnet haben. Die Angriffe der Kritiker weisen wir zurück.

Die Gewerkschaften waren immer Bestandteil der antifaschistischen Friedensbewegung und müssen dies bleiben. Sie haben kein Interesse, irgend jemanden aus diesen Bewegungen auszugenzen.

Die Einheitsgewerkschaft aufrechtzuerhalten muß unser oberstes Ziel sein. Die entscheidende Frage ist, ob wir zu gemeinsamem Handeln zusammenfinden, um Gefahren, die uns gemeinsam bedrohen, gemeinsam abzuwehren oder ob wir uns selbst zerfleischen und Zwietracht in den eigenen Reihen säen. Daher können wir das gemeinsame Handeln nicht von der Haltung der einzelnen Mitglieder zu aktuellen weltpolitischen Vorgängen abhängig machen, um daraus die „richtige“ Mitgliedschaft abzuleiten. Einheitsgewerkschaft heißt immer auch Heimat für Mitglieder verschiedener politischer Herkunft.

Wir stellen fest: Wer den Gegner aus dem Auge verloren hat und statt dessen meint, im politisch andersdenkenden Kollegen den Feind bekämpfen zu müssen, der hat immer noch nicht verstanden, was Einheitsgewerkschaft ist. Mißtrauen, Verlust an Geschlossenheit und Solidarität, Gesinnungsschnüffelei in den eigenen Reihen können wir uns heute weniger denn je leisten. Die Glaubwürdigkeit der Gewerkschaften und der Gedanke der Einheitsgewerkschaft würden so in Frage gestellt. Wir bekräftigen: Es muß alles Trennende zurückgestellt werden, um zu einer gemeinsamen Interessenvertretung zu gelangen.

14. DPG-Kongreß: Aussagen und Beschlüsse

Neben der Beschlußfassung des 14. DPG-Kongresses vom 23. bis 29. Oktober in Hannover (siehe auch NACHRICHTEN 11/83 und Seite ...) stand die Grundsatzrede des mit überwältigender Stimmenzahl wiedergewählten Vorsitzenden der Deutschen Postgewerkschaft, Kurt van Haaren, unter starker Beachtung der Medien. Thema war: „Anforderungen an die Politik der Deutschen Postgewerkschaft in der Krise“. Insgesamt war das Referat in zehn Thesen zusammengefaßt. Die ersten zwei und die Aussagen van Haarens dazu dokumentieren wir zur Information unserer Leser nachfolgend. Darüber hinaus veröffentlichen wir einige der angenommenen Anträge, Initiativanträge und Entschließungen im Wortlaut:

Kurt van Haaren:

... Meine erste These lautet: Der ganz normale Kapitalismus hat uns eingeholt. Laßt mich zur ersten dieser meiner zehn Thesen folgendes sagen: Wer sich heute die Mitteilung über seine Bezüge ansieht, wer als Postschaffender die Kürzungen seit dem ersten Haushaltsstrukturgesetz im Jahre 1975 zusammenzählt, der weiß, daß sein Einkommen faktisch um mehr als 200 DM monatlich gekürzt wurde. Wer als Arbeitnehmer an die Lohnrunden der letzten Jahre zurückdenkt, der weiß: Ein Reallohnverlust konnte nicht verhindert werden – trotz harter gewerkschaftlicher Gegenwehr.

Wer als Arbeitsloser in unserem Lande stempeln gehen muß, erlebt in Mark und Pfennig seinen sozialen Abstieg. Wer sich als Schulabgänger erfolglos um eine Lehrstelle bemüht, erlebt auf schlimme Weise, wie ihm Zukunftschancen vorenthalten werden. Und schließlich, wer als Rentner für das Jahr 1984 eine reale Rentensteigerung von 1,4 Prozent erwarten kann, weiß gewiß nicht, wie er mit Preissteigerungen, Mieterhöhung, Mehrwertsteueranhebung usw. finanziell fertig werden soll.

„Der ganz normale Kapitalismus hat uns eingeholt“

Ich habe fünf Beispiele gewählt, die – wie ich finde – für sich sprechen. Allen Beispielen ist gemeinsam, daß unter der Krise gerade die kleinen Leute leiden; es sind nicht die Hoch- und Höchstverdiener, nicht die Freiberufler und erst recht nicht die Unternehmer. Die soziale Wirklichkeit wird nicht durch Schlagworte wie „Überflußgesellschaft“ und „Wirtschaftswunder“ charakterisiert, sondern durch Krise, Sozialabbau, Konkurse und Arbeitslosigkeit. Jeder spürt: Das uns jahrelang eingeredete Wirtschaftswunder ist vorbei. Wir müssen nüchtern erkennen, daß der ganz normale, ganz gewöhnliche Kapitalismus uns eingeholt hat. Ich sage dies nicht, um Stimmung zu erzeugen. Ich sage dies, um Konjunkturkrise, Strukturkrise, Finanzkrise der öffentlichen Haushalte und weltweite Überproduktionskrisen als das zu bezeichnen, was sie sind, nämlich kapitalistische Krisen. Vollbeschäftigung gibt es nur so lange, wie dies für die Verwertungsbedingungen des Kapitals erforderlich ist. Und selbst dann, wenn mit Steuergeldern Arbeitsplätze gesichert werden müssen, lehnen die Unternehmer jedwede Auflagen, jedwede Kontrolle und Mitbestimmung aller Subventionen und Steuergeschenke ab.

Als wir 1974 unser Programm formulierten, haben wir dies aus einer theoretischen Analyse unseres Gesellschaftssystems heraus und in Auswertung unserer historischen Erfahrungen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung getan. Nicht wenige hielten diese Analyse für Spinnererei, weit weg von der gesellschaftlichen Wirklichkeit oder weit übertrieben. Sie verwiesen darauf, daß unsere Gewerkschaft einen hohen Lebensstandard für unsere Mitglieder erkämpft hatte, insoweit natür-

lich völlig zu Recht; denn wer wollte ernsthaft unsere großen gewerkschaftlichen Erfolge seit Gründung der Deutschen Postgewerkschaft leugnen: Die Reallöhne stiegen, die Arbeitszeit wurde gekürzt, der Urlaub verlängert, umfassendere und bessere soziale Sicherheit wurde durchgesetzt. Allzu verständlich war der Glaube, es gelte, nur weiter Zuwächse zu verteilen, Reformen durchzusetzen und so dem Kapitalismus die Zähne zu ziehen.

Bei Würdigung aller unbestreitbaren Erfolge müssen wir heute selbstkritisch feststellen, daß wir die ökonomischen Machtstrukturen, die tatsächlichen wirtschaftlichen Machtverhältnisse, nicht wesentlich verändert haben. Die tatsächliche Macht der Unternehmer wurde durch die Propaganda vom Gewerkschaftsstaat übertüncht. Es heißt wohl Abschied nehmen von so manchem Traum.

In der Krise zeigt sich wieder mit zunehmender Schärfe der Herr-im-Hause-Standpunkt, es zeigen sich der Interessengegensatz von Kapital und Arbeit und die Tatsache, daß wirtschaftliche Macht unstreitig politische Macht bedeutet. Die Unternehmer entscheiden über Entlassungen, über Einstellung, Rationalisierung und Maschineneinsatz, sie erpressen auch Lohnverzicht und betreiben Rentenabbau. Aus ihrer sozialen Verantwortung haben sie sich weitgehend verabschiedet. Die Deutsche Bundespost ist gewiß kein privatwirtschaftliches Unternehmen; wem sage ich das. Doch wir müssen feststellen, im Prinzip verhält sich der Arbeitgeber Bundespost kaum anders als private Arbeitgeber.

Rein privatwirtschaftliches Denken ist die Handlungsmaxime, Sozial- und Lohnabbau wird betrieben. Es wird ohne Rücksicht auf den Arbeitsmarkt rationalisiert, Arbeitsplätze werden abgebaut und die Leistung verdichtet. Sicherlich, es gibt einen wichtigen Unterschied zwischen unserer Situation bei der Bundespost und zum Beispiel der des Schlossers auf einer Werft, nämlich: Unsere Arbeitsplätze sind relativ sicher. Dies ist, wenn man so will, ein Stück Verwirklichung des Rechts auf Arbeit. Doch statt das Recht auf Arbeit für jedermann zu garantieren, wie es eigentlich Pflicht und Aufgabe wäre, wird der tatsächlich oder vermeintlich sichere Arbeitsplatz bei der Bundespost zum Privileg erklärt. Und für dieses Privileg sollen wir kräftig zahlen. Wir lassen uns mit derartigen Argumenten nicht die Tatsache vernebeln, daß die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer auch der Bundespost gekennzeichnet ist durch einen Interessengegensatz. Nicht der Arbeitsplatz ist ein Privileg, Privilegien sind etwas anderes, nämlich die Verfügungsgewalt über Produktionsmittel und über Menschen.

Als zweite These will ich feststellen: Die Krise ist die Stunde der Restauration. Restauration, das heißt, man will das Rad der wirtschafts-, sozial- und gesellschaftspolitischen Entwicklung anhalten. Die Krise wird genutzt, um allein die Interessen der Unternehmer zum Dreh- und Angelpunkt staatlicher Politik zu machen und die Krisenlasten den Arbeitnehmern und sozial Schwachen aufzubürden. Restauration, so will ich dies nennen, ist also eine Politik gegen Reformen, gegen gerechte Verteilung der Krisenlasten und gegen die Gewerkschaften.

Wirtschaftspolitisch setzt man ausschließlich auf Verbesserung der Rahmenbedingungen der Unternehmer und auf steuerliche Anreize in Milliardenhöhe. Man setzt auf Wachstum, und man überläßt der Gesellschaft die ökologischen Probleme und den Arbeitnehmern die sozialen Folgen. Die Sozialpolitik hingegen wird zum bloßen Anhängsel der von mir aufgezeigten wirtschaftspolitischen Zielsetzungen. Zugegeben, krisenbedingte Beitragsausfälle der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung führen zu ersten Sorgen. Doch darum geht es allein nicht. Der Rotstift wütet, um Umverteilung von unten nach oben, um Unternehmervergünstigung finanzieren zu können.

Und Restauration bedeutet ordnungspolitisch, daß auch der öffentliche Dienst, die Stellenpläne, die Personalhaushalte, die Höhe unserer Einkommen ebenso einseitig der Unternehmerbegünstigung und der sogenannten Stärkung des marktwirtschaftlichen Systems untergeordnet werden. Vor diesem Hintergrund erklärt sich auch die Ablehnung, für Beamte, Arbeiter und Angestellte ein einheitliches Dienstrecht zu schaffen. Man will einen Beamtenstatus erhalten, der es ermöglicht, die Be-

amten leichter als eine fiskalische Dispositionsmasse mißbrauchen zu können. Man spricht von weniger Staat und mehr Freiheit, und man meint wohl eher die Ausräuberung des öffentlichen Dienstes, also Privatisierung und Rosinenpickerei.

Und schließlich wird ideologisch mit Begriffen von Geist und Moral, Erneuerung und Aufschwung operiert, um den Arbeitnehmern und ihren Familien zu suggerieren: Eure Opfer lohnen sich! Doch auch hinter diesen Worthülsen steckt nur eines, nämlich die Verschleierung der Tatsache, daß Regierung, Unternehmer und deren Verbände wirtschafts-, ordnungs- und sozialpolitisch, ja, auch in der Mitbestimmungspolitik auf einer Wellenlänge liegen. Auch ein noch so verführerisches Vokabular kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß Stärkung der Unternehmermacht, daß Glaube und Hoffnung an die Selbstthei-

„Der Frieden ist die Stunde der Restauration“

lungskräfte des Marktes an die Stelle von Beschäftigungspolitik treten: Nicht die Krise wird bekämpft, allenfalls wird Arbeitslosigkeit verwaltet. Und hinter diesem geistig-moralischen Nebel sollen Jugendarbeitsschutz, Mutterschutz, Frauenarbeitsschutz und das Schwerbehindertenrecht zurechtgestutzt werden. Man spricht von beschäftigungshemmenden Vorschriften und will von uns in Jahrzehnten erkämpfte Schutzrechte für Jugendliche, Frauen und Schwerbehinderte wieder einkassieren. Man spricht von der Schaffung eines investitionsfreundlichen Klimas und versucht in Wahrheit, den Einfluß der Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte zurückzudrängen. Man greift zum Mittel der Lohnleitlinie und zu Besoldungsdiktaten, um die Tarifautonomie an die Kette zu legen.

Wohl auf der gleichen Linie liegt das Lippenbekenntnis zur Notwendigkeit starker Gewerkschaften, während man gleichzeitig Splitter- und auch Spaltergruppen hofiert und versucht, die Arbeitnehmer gegeneinander auszuspielen. Nicht nur die Frauen gegen die Männer, nicht nur die Jungen gegen die Alten, sondern auch die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes gegen die Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft. Kolleginnen und Kollegen, neuerdings wird sogar von führenden Repräsentanten unseres Staates versucht, uns einzureden, es drohe ein Klassenkampf zwischen Arbeitsplatzbesitzern und Arbeitslosen, und wir, als Gewerkschaften, trügen dazu bei. Ich halte dies für ungeheuerlich und infam. Wir haben mit Millionen von Arbeitnehmern seit Herbst letzten Jahres gegen Arbeitslosigkeit und für Vollbeschäftigung demonstriert, und wir lassen uns von Kräften der Restauration nicht spalten.

Beschlüsse

Friedenspolitik (A 2a)

1. Das DGB-Grundsatzprogramm aus dem Jahre 1981 beschreibt die Friedenspolitik der deutschen Gewerkschaften: „Der Frieden ist elementare Voraussetzung für gewerkschaftliches Wirken und Grundlage für den sozialen und kulturellen Fortschritt und soziale Sicherheit in allen Teilen der Welt. Deshalb ist die umfassende Sicherung des Friedens in der Welt ein zentrales Anliegen der Gewerkschaften.“

2. Die Hoffnungen der Menschheit, durch Entspannung und Abrüstung den Frieden in der Welt sicherer zu machen, bleiben noch immer unerfüllt. Im Gegenteil: Mit großer Sorge stellen die Delegierten des 14. Gewerkschaftskongresses zunehmende Spannungen in der Welt und eine Intensivierung des atomaren und konventionellen Rüstungswettlaufs fest. Zunehmend tritt der Wille zur friedlichen Konfliktlösung hinter dem Streben nach militärischer Überlegenheit zurück.

3. Darüber hinaus erhöhen sich die Spannungen durch rasch zunehmende Waffenpotentiale, besonders in den Ländern der dritten Welt. Die politische Unterdrückung in vielen Ländern, der fortdauernde Ost-West-Konflikt, die zahlreichen ungelösten Konflikte im Nahen Osten, in Asien, Afrika, Mittel- und Süd-

amerika und die zunehmende Armut in der dritten Welt schaffen Spannungen, die weltweite kriegerische Auseinandersetzungen auslösen können.

4. Des weiteren wird die Gefahr kriegerischer Auseinandersetzungen zwischen den großen Militärblöcken dadurch vergrößert, daß neue Waffentechnologien und darauf aufbauende Militärstrategien begrenzte atomare Kriege gewinnbar erscheinen lassen.

5. Die Delegierten des 14. Gewerkschaftskongresses verurteilen auch eine Politik, die die Gefahr der Massenvernichtung durch begrenzte Atomkriege heraufbeschwört, auf das entschiedenste.

6. Die Aufstellung neuer Mittelstreckenraketen auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland ist geeignet, den Rüstungswettlauf zu verstärken und den Frieden unsicherer zu machen. Die Bundesrepublik Deutschland wäre im Falle einer atomaren Auseinandersetzung Mittelpunkt des „Schlachtfeldes Europa“.

7. Die Delegierten des 14. Gewerkschaftskongresses fordern die Rücknahme des Beschlusses des NATO-Rates zur Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Westeuropa und wenden sich gegen eine Stationierung von Pershing II und Cruise-Missiles auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland. Gleichzeitig fordern die Delegierten des 14. Gewerkschaftskongresses die Sowjetunion auf, die Stationierung von Mittelstreckenraketen einzustellen und bereits stationierte Waffen dieser Art abzubauen. In Abrüstungsverhandlungen ist eine Abschaffung des Atomwaffenpotentials der Sowjetunion, der USA, Frankreichs und Großbritanniens zu vereinbaren. Ziel muß sein, Europa zu einer von Massenvernichtungswaffen (A-, B- und C-Waffen) freien Zone zu erklären. Die Bundesregierung ist aufgefordert, entsprechende Initiativen zu Abrüstungsverhandlungen gegenüber allen Beteiligten zu ergreifen.

8. Die Erfahrungen unserer eigenen Geschichte und die geographische Lage unseres Landes an der Nahtstelle zweier Bündnissysteme weisen der Bundesrepublik Deutschland auch künftig die Aufgabe zu, einen besonderen Beitrag zur Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität zu leisten. Die Entspannungspolitik mit ihren tragenden Säulen des gegenseitigen Gewaltverzichts und des Verzichts auf militärische Überlegenheit einer Seite ist fortzusetzen. Zu einer Politik der Entspannung, Verständigung und Abrüstung gibt es keine Alternative.

Daher fordert der 14. Gewerkschaftskongreß:

– Keine Erhöhung der Rüstungshaushalte in allen Ländern und schrittweise Senkung der Rüstungshaushalte um zunächst 10 Prozent gemäß den Beschlüssen der UN.

– Die hierdurch frei werdenden Mittel sind für soziale Zwecke und zum Abbau des wirtschaftlichen Ungleichgewichts zwischen Industrienationen und den Ländern der dritten Welt zu verwenden.

– Sofortiger Verzicht auf alle neuen Rüstungsprojekte in West und Ost einschließlich der Neutronenbombe, deren völkerrechtliche Ächtung angestrebt werden muß.

– Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und Weitergabe atomarer Waffen und anderer Vernichtungsmittel sowie neuer Waffentechnologien.

– Die Verhandlungen über die Begrenzung und Reduzierung des strategischen Atomwaffenpotentials (SALT) müssen wieder aufgenommen und zu einem baldigen Abschluß geführt werden. Der SALT-II-Vertrag ist unverzüglich zu ratifizieren.

– Die internationalen Verhandlungen über eine beiderseitige ausgewogene Truppenverminderung (MBFR) sind zügig voranzutreiben und müssen zu baldigen Ergebnissen führen.

9. Die Bundesregierung ist aufgefordert, alles in ihren Möglichkeiten Stehende zu tun, um zu einem erfolgreichen Abschluß aller derzeit aktuellen Abrüstungsverhandlungen beizutragen. Die speziellen bundesdeutschen Interessen sind dabei verstärkt ins NATO-Bündnis einzubringen. Der vertraglich vorgegebene ausschließlich defensive Charakter der NATO ist dabei deutlich hervorzuheben.

10. Der 14. Gewerkschaftskongreß bekräftigt darüber hinaus folgende Forderungen:

- Keine Lockerung von Exportbeschränkungen für Rüstungsgüter.
- Schaffung eines Abrüstungsamtes, das eine planvolle Umstellung von Rüstungsproduktion auf zivile Fertigung ermöglichen soll.
- Statt Abbau Aufbau einer systematischen, unabhängigen Konfliktforschung und Friedensplanung.
- Keine Verlängerung des Grundwehrdienstes für Wehrpflichtige.
- Friedenserziehung als Thema gesellschaftspolitischen Unterrichts.
- Keine Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr.
- Verhandlungen mit dem Vertragspartner USA zum Abtransport oder zur Vernichtung des von den USA in der Bundesrepublik gelagerten Giftgases.

11. Angesichts der im Bereich beider Paktsysteme vorhandenen Vernichtungskapazitäten werden Bundesregierung und Bundestag sowie die zuständigen Organe aller Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes und der NATO aufgefordert, alternative Sicherheitskonzepte zu diskutieren. Ziel muß sein, mit praktischen Schritten — auch durch einseitige Abrüstungsmaßnahmen — zur Vertrauensbildung beizutragen und die verhängnisvolle Kette von Vor- und Nachrüstung der Bündnissysteme in West und Ost zu durchbrechen. Die mehrfachen Overkillkapazitäten beider Paktsysteme ermöglichen solche einseitigen Schritte.

12. Da sich der Rüstungswettlauf gegen die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer richtet, zu einer Vergeudung öffentlicher Mittel führt, die Inflation beschleunigt, den Abbau von Arbeitslosigkeit verhindert und dringend notwendige soziale Reformen erschwert, muß in der gewerkschaftlichen Diskussion und Argumentation — insbesondere in den Betrieben — verstärkt der Zusammenhang zwischen Sozialabbau, Arbeitslosigkeit und Rüstung deutlich gemacht werden. Das entschlossene gewerkschaftliche Eintreten für eine umfassende Sicherung des Friedens ist notwendiger denn je.

Anknüpfend an die gewerkschaftliche Tradition, für Frieden und Abrüstung einzutreten, werden der DGB und seine Einzelgewerkschaften auch zukünftig als eigenständiger Teil der Friedensbewegung ihre Positionen zum Thema Frieden und Abrüstung gegenüber den politisch Verantwortlichen einbringen und öffentlichkeitswirksame Aktionen durchführen. Sämtliche gewerkschaftlichen Aktionsmöglichkeiten müssen genutzt werden. Die Deutsche Postgewerkschaft wird dabei an die Tradition des DGB-Antikriegstages, der Beteiligung an den Ostermärschen und der DGB-Friedenswochen anknüpfen.

13. Angesichts der menschenbedrohenden Massenvernichtungswaffen kommt es darauf an, auf die politische Verantwortlichen in West und Ost Einfluß zu nehmen, um eine neue Aufrüstungsrunde zu verhindern, die Abrüstung einzuleiten und einen Frieden ohne Waffen zu verwirklichen.

Generalstreik (A 6)

Ein Tabuthema ist in den letzten Wochen in der politischen Auseinandersetzung um die Stationierung von amerikanischen Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik berührt worden — das Mittel des Generalstreiks. Darauf gab es heftige Reaktionen. Wir erklären deshalb folgendes:

- Der Generalstreik ist das Mittel zur Durchsetzung zentraler Forderungen aller Arbeitnehmer. Die Forderung nach einem Leben in Frieden ist eine zentrale Forderung sowohl der DPG wie auch des DGB.
- In diesem Jahrhundert war in Deutschland 10 Jahre Krieg, aber nur einige Wochen Generalstreik. Zweimal hat die Arbeit-

erbewegung einen Krieg nicht verhindert — heute muß sie alle Anstrengungen unternehmen, einen Krieg zu verhindern.

— Der Generalstreik von 1920 ließ den rechtsgerichteten Kapp-Lüttwitz-Putsch binnen weniger Tage scheitern. Mit dem Mittel des Generalstreiks wurde in Deutschland eine demokratische Verfassung erfolgreich verteidigt.

Deshalb müssen der DGB und die Einzelgewerkschaften den Generalstreik als letztes Mittel zur Durchsetzung zentraler Forderungen offen diskutieren.

Grenada (Initiativentschl. 1)

Die Delegierten des 14. ordentlichen Kongresses verurteilen die am Dienstag, den 25. 10. von den Vereinigten Staaten von Amerika eingeleitete Invasion auf der Antilleninsel Grenada. Diese Invasion verstößt gegen das internationale Selbstbestimmungsrecht der Völker, da die USA nach Aussagen des Präsidenten Reagan die Invasion auf Bitten 6 karibischer Nachbarstaaten eingeleitet haben. Gerade in der Endphase der Verhandlungen über die Reduzierung der Mittelstreckenraketen wird durch die Invasion der USA die weltpolitische Situation empfindlich zugespitzt und kann somit auch zu Auswirkungen auf die Bundesrepublik Deutschland führen. Die Delegierten des 14. Kongresses fordern die USA auf, das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu achten und ihre Invasionstruppen sofort aus Grenada abzuziehen.

Arbeitslose (A 75)

Der Hauptvorstand der DPG wird aufgefordert, auf den DGB einzuwirken, die Arbeit mit Arbeitslosen zu verstärken und die Gründung von gewerkschaftlichen Arbeitsloseninitiativen zu unterstützen.

Einsatz von Beamten (E 103a)

Der im November 1980 vom Bundespostminister verfügte Einsatz von Beamten auf Arbeitsplätzen streikender Arbeiter und Angestellter hat über den Kreis der Betroffenen hinaus Empörung, Ablehnung und weitergehende Diskussionen verursacht. Namhafte kompetente Persönlichkeiten, darunter der ehemalige Präsident des Bundesarbeitsgerichtes, Professor Müller, haben den Einsatz von Beamten bei der Durchführung eines rechtmäßigen Streiks als rechts- und verfassungswidrig beurteilt. Die im politischen Raum ergriffenen Initiativen und die gewerkschaftlichen Bemühungen haben zwar zu einem größeren Problembewußtsein, nicht jedoch zu Ergebnissen geführt, die eine Wiederholung des Mißbrauchs von Beamten als „Streikbrecher“ ausschließen.

Unter Berufung auf abweichende Rechtsauffassungen hat der Bundespostminister noch im Jahre 1983 seine Absicht bekräftigt, im Falle eines Streiks der Arbeiter und Angestellten der Deutschen Bundespost die Beamten mit dem Ziel einzusetzen, den Betrieb in vollem Umfang aufrechtzuerhalten und damit den Streik zu unterlaufen. Der 14. Kongreß der Deutschen Postgewerkschaft hält dieses Verhalten des Bundespostministers für einen bewußt geführten Angriff auf das Prinzip der Einheitsgewerkschaft und für einen Versuch, die Streikfähigkeit der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes zu zerstören. Er fordert den Bundespostminister auf, sich von derartigen Verhaltensweisen zu distanzieren, und erwartet vom Hauptvorstand, daß er wie bisher alle gewerkschaftlichen Mittel einsetzt, um einen „Streikbrechereinsatz“ der Beamten in Zukunft zu verhindern.

Rechtsprechung (A 104)

Vor dem Hintergrund der sich verschärfenden wirtschaftlichen Krise und steigender Arbeitslosenzahlen werden in zunehmendem Maße demokratische Rechte und Freiheiten eingeschränkt. Wie im Gesellschafts- und Berufspolitischen Programm der DPG in der Textziffer 12 festgestellt, wird immer deutlicher, daß die Rechtsprechung Ausdruck der gesellschaftlichen Machtverhältnisse ist. Dieser Herausforderung

müssen wir uns stellen! Die DPG wendet sich entschieden gegen alle Versuche, die Grundrechte der Bürger anzutasten bzw. einzuschränken. Die Versuche machen nicht vor den Gewerkschaften halt.

Beispielhaft wird genannt:

- die Aussperrung,
- der verfassungswidrige Einsatz von Beamten als Streikbrecher,
- die Disziplinierung von beamteten Gewerkschaftsfunktionären wegen Aufruf zum Streik.

Der Hauptvorstand der DPG wird beauftragt, gemeinsam mit allen DGB-Gewerkschaften eine Strategie zu entwickeln, damit die Grundrechte des Bürgers unangetastet bleiben.

Streikfähigkeit sichern (A 105)

Es ist alles zu tun, um die gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten zu erhalten und zu erweitern. Dabei sind Maßnahmen vorzubereiten und unverzüglich durchzuführen, die geeignet sind,

1. die Streikfähigkeit der Beschäftigten im Bereich der Deutschen Bundespost zu sichern,
2. an Arbeitskämpfmaßnahmen alle Beschäftigtengruppen zu beteiligen,
3. die Bereitschaft der Beamten zur Teilnahme an gewerkschaftliche Aktionen zur Durchsetzung gleichberechtigter Verhandlungsrechte zu fördern.

Berufsverbote (Initiativentschl. 3)

Die Delegierten des 14. Ordentlichen Kongresses protestieren gegen die fortgesetzte Praxis der Berufsverbote und Gesinnungsschnüffelei. Die Verschärfung der Berufsverbotspraxis wird dokumentiert durch den am 24. und 25. 1. 1984 stattfindenden Prozeß vor dem Bundesverwaltungsgericht in Berlin gegen unseren Postkollegen Hans Meister aus Stuttgart. Die Delegierten des 14. Kongresses stellen eine verschärfte verfassungswidrige, politische Disziplinierung bei der DBP fest. Vom Postminister und vom Bundesdisziplinaranwalt wird eine weitere Prozeßwelle gegen Lebenszeitbeamte angestrengt. Die Disziplinierungspraxis im Postbereich wird weiter verschärft. Alte Tatbestände werden erneut gegen den Willen und ohne Beteiligung der Personalvertretung aufgenommen. In dem Prozeß gegen den Kollegen Hans Meister wird allein wegen Mitgliedschaft und Betätigung für eine zugelassene Partei ein Angriff auf demokratische Rechte und Freiheiten, wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind, gestartet. Die jüngsten Äußerungen der Regierungsmitglieder Geißler und Zimmermann machen deutlich, daß die Gewerkschaften noch mehr als in der Vergangenheit herausgefordert sind, ihren Beitrag zur Verteidigung der demokratischen Rechte zu leisten.

Die Delegierten des 14. Ordentlichen Kongresses bekräftigen erneut die Beschlußlage der Deutschen Postgewerkschaft und fordern den Bundesdisziplinaranwalt Clausen auf, die Berufung im Fall Hans Meister zurückzunehmen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, alle diesbezüglichen Disziplinarverfahren und andere Berufsverbotsmaßnahmen sofort einzustellen.

35-Stunden-Woche (A 228)

Die gesellschaftspolitische Situation in der Bundesrepublik hat sich in den letzten Jahren grundlegend verändert. Vor dem wirtschaftlichen Kriseneinbruch stieg das Bruttosozialprodukt stetig an und sicherte die Vollbeschäftigung und den Reallohnanstieg für die Arbeitnehmer. Seit Beginn der wirtschaftlichen Krise herrscht in der Bundesrepublik Massenarbeitslosigkeit, die bis April 1983 auf 2,4 Millionen Arbeitslose anstieg. Auch die Zahl der Kurzarbeiter ist größer geworden.

Durch die hohen Arbeitslosenzahlen haben sich die ökonomischen, sozialen und politischen Rahmenbedingungen erheblich verschlechtert.

Durch vielfältige staatliche Maßnahmen, die mit der scheinbar notwendigen Haushaltssanierung begründet werden, hat sich der soziale Besitzstand der Arbeitnehmer verringert. Konservative Kräfte versuchen die öffentlichen Haushalte zu Lasten der Arbeitnehmer zu sanieren und die so gewonnenen Mittel als direkte Hilfen an die Unternehmer weiterzugeben.

Hinter diesem Verhalten steckt die irrige Annahme, daß bei einer entsprechenden Erhöhung der Gewinne auch mehr Arbeitsplätze geschaffen werden. Wie wenig diese Rezepte auch wirken, zeigt sich an den wirtschaftspolitischen Mißerfolgen in Großbritannien und den USA. Wenn noch Investitionen vorgenommen werden, so sind dies ausschließlich Rationalisierungsinvestitionen, die den Verlust von weiteren Arbeitsplätzen nach sich ziehen.

Die Gewerkschaften haben seit langem entscheidende Schritte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gefordert und Vorschläge zu ihrer Beseitigung erarbeitet. Unternehmen und Politiker haben die Forderungen und Vorschläge ignoriert und nach wie vor von den Selbstheilungskräften des Marktes geträumt. Die erfolgreiche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist die zentrale Voraussetzung für die weiterhin erfolgreiche Interessenvertretung der Arbeitnehmer und den Bestand des sozialen Friedens in der Bundesrepublik. Entscheidende Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang einer umfassenden Arbeitszeitverkürzung zu.

Die Delegierten des 14. Gewerkschaftskongresses fordern den Hauptvorstand auf:

1. die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zum vorrangigen Gegenstand der Tarif- und Beamtenpolitik zu machen,
2. für die Verkürzung der Lebens- und Jahresarbeitszeit einzutreten,
3. eine rechtzeitige Abstimmung mit den Industriegewerkschaften und den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im DGB über das gemeinsame Vorgehen für die Tarifrunden sicherzustellen,
4. Mitgliedern und Funktionsträgern in verständlicher Form die gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Zusammenhänge und Hintergründe darzustellen und die Notwendigkeit unserer Forderungen zu begründen,
5. die Betriebs- und Personalräte durch eine offensive Betriebspolitik in die Lage zu versetzen, die Maßnahmen der Gewerkschaften in den Betrieben und Ämtern erfolgreich zu unterstützen,
6. die Öffentlichkeitsarbeit über die verschiedensten Ebenen der Gewerkschaften so zu verstärken, daß alle gesellschaftlichen Gruppen die Bedeutung unserer Forderung für den Abbau der Arbeitslosigkeit erkennen, damit den einseitigen, am Gewinn orientierten Argumenten der Arbeitgeber der Boden entzogen wird,
7. alle Regierungen in Bund und Ländern, alle Abgeordneten in den Parlamenten und die politischen Parteien in die Verantwortung zu nehmen, damit sie sich in ihrem Regelungs- und Einflußbereich dafür einsetzen, daß das Ziel, durch die Verkürzung der Arbeitszeit zum Abbau der Arbeitslosigkeit beizutragen, erreicht wird,
8. die Mitbestimmung für Betriebs- und Personalräte auszubauen, da nur dadurch verhindert wird, daß durch Arbeitszeitverkürzungen erreichte Beschäftigungsmöglichkeiten durch verstärkte Rationalisierung und Technisierung wieder aufgehoben werden,
9. der Rationalisierungsschutz ist auszubauen.

Arbeitslose melden sich zu Wort

In einem nach dem Ort seiner Entstehung benannten „Villigster Papier“ haben Vertreter westfälischer Arbeitsloseninitiativen in Zusammenarbeit mit dem Sozialamt der Evangelischen Kirche von Westfalen im Frühjahr 1983 ihre Vorstellungen und Forderungen formuliert. Dieses Papier ist als Denkanstoß gedacht und inzwischen von Vertretern zahlreicher Arbeitsloseninitiativen unterschrieben worden. „Wir dürfen nicht resignieren oder auf das Wunder eines Aufschwungs warten! Die Arbeitslosen sind über die Ratlosigkeit vieler Politiker bestürzt. Inzwischen wird die Arbeitslosigkeit dazu benutzt, den Ausländerhaß zu schüren, die Frauen zurück an den Herd zu schicken und die Arbeitnehmer stärker unter Druck zu setzen“, heißt es in der Erklärung.

Zur Information unserer Leser dokumentieren wir nachfolgend die Vorstellungen der westfälischen Arbeitsloseninitiativen wie sie im Villigster Papier enthalten sind. Zu erwähnen ist, daß zahlreiche Arbeitsloseninitiativen insbesondere aus dem bayerischen Raum Änderungsvorschläge gemacht haben, die jedoch in unserer Dokumentation noch nicht berücksichtigt sind. U. a. wurde von den bayerischen Arbeitsloseninitiativen die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als ersten Schritt zur Schaffung neuer Arbeitsplätze gefordert, wogegen im „Villigster Papier“ ein stufenweiser Lohnausgleich (je nach Verdienst) angeregt wird. G. M.

1. Kein weiterer Abbau von Leistungen der Arbeitsförderung und der Sozialhilfe

In den letzten Monaten und Jahren gibt es eine offene und eine schleichende Aushöhlung der Leistungen, die oft nur für Experten durchschaubar ist, aber beim Arbeitslosen zu Buche schlägt.

2. Reform der Arbeitslosenhilfe

Wer Arbeitslosenhilfe beziehen will, muß sein Einkommen und sein Vermögen offenlegen, auch das seiner Eltern und seiner Kinder, welches auf die Arbeitslosenhilfe angerechnet wird. An diesen Regelungen zerbrechen Familien und gehen Menschen zugrunde. Schluß damit!

3. Abschaffung der „gemeinnützigen Arbeit“ bei Sozialhilfe

Die Arbeitslosenunterstützung liegt oft unter dem Sozialhilfegesetz. Wer daher Sozialhilfe erhält, kann zur „gemeinnützigen Arbeit“ für einen Stundenlohn von 1,50 DM herangezogen werden. Arbeitslose sind nicht faul, sie wollen arbeiten, aber nicht zu diesen Bedingungen!

4. Fahrpreismäßigungen im öffentlichen Nahverkehr

Die Versorgungsstruktur (z. B. auch durch die kommunale Neugliederung) zwingt dazu, Ämter, Behörden und Einrichtungen aufzusuchen, die zu Fuß oder mit dem Fahrrad nicht erreichbar sind. Daher Sondertarife für Arbeitslose!

5. Ermäßigung bei Veranstaltungen im sportlich-kulturellen Bereich

Arbeitslose haben Recht und Interesse, etwas für ihre Gesundheit und Bildung zu tun. Eintrittspreise und Beiträge sind aber so hoch, daß dies oft unbezahlbar für Arbeitslose ist. Daher Sondertarife für Arbeitslose!

6. Arbeitslose brauchen einen Arbeitslosenausweis

Auf Anforderung sollen die Arbeitsämter Ausweise für Arbeitslose ausstellen. Denn auf Bewilligungsbescheiden steht,

wie hoch die Arbeitslosenunterstützung ist. Dies sind persönliche Daten, die nicht weitergegeben werden sollten. Daher aus Gründen des Datenschutzes Arbeitslosenausweis!

7. Volle Mitgliedschaft in den Gewerkschaften

Nur wenige Gewerkschaften nehmen Arbeitslose als Mitglieder auf. Dann meist auch nur mit eingeschränkten Rechten. In anderen Gewerkschaften verlieren Arbeitslose das Recht, gewählt zu werden. Jeder, der in seiner Arbeitslosigkeit gelernt hat, wie wichtig Gewerkschaften sind, sollte von den Gewerkschaften aufgenommen werden.

8. Durchführung eines Arbeitslosenhearings im Parlament

Der Deutsche Bundestag sollte sich ausführlich mit der Situation der Arbeitslosen befassen. Arbeitslose sollen direkt von ihren Erfahrungen berichten können und Vorschläge einbringen. Redet nicht über uns, sondern mit uns!

9. Arbeitsloseninitiativen unterstützen

Solange die Massenarbeitslosigkeit anhält und die Arbeitslosen verwaltet werden, müssen sie sich selbst gegenseitig unterstützen. Nur von wenigen Institutionen wie z. B. der evangelischen Kirche, wenigen Gewerkschaften und wenigen Städten werden die Initiativen unterstützt. Hier ist breitere Hilfe, aber nicht Bevormundung nötig!

10. In allen Kreisen und Städten ein Arbeitslosenzentrum errichten

Für Arbeitslose gibt es eine Menge persönlicher, sachlicher und finanzieller Probleme. Hier reichen die üblichen Beratungs- und Informationsangebote nicht aus. Arbeitslose brauchen Gesprächspartner und Treffpunkte, in denen sie sich gegenseitig helfen können, um die Öffentlichkeit auf ihre Lage aufmerksam zu machen.

11. Öffentliche Trägerschaft der Arbeitslosenzentren

Bei der Einrichtung von Arbeitslosenzentren müssen alle direkt oder indirekt Betroffenen mitwirken. Dies soll nicht allein den Arbeitslosen- oder den Wohlfahrtsverbänden überlassen sein. Daher müssen auch Städte und Gewerkschaften mit in die Trägerschaft von Arbeitslosenzentren. Betriebe sollten diese Zentren in Patenschaften unterstützen.

12. Arbeitsmöglichkeiten entdecken

Solange nicht absehbar ist, daß Vollbeschäftigung wieder erreichbar wird, muß man auch andere Lösungen zulassen. Wenn z. B. in Arbeitslosenzentren Ideen für neue menschen- und umweltorientierte Tätigkeiten entwickelt werden, sollte man neue Formen der Unterstützung anbieten. Das setzt z. B. voraus, daß die Zuverdienstgrenzen für Arbeitslose anders festgelegt werden.

13. Angepaßte 35-Stunden-Woche mit solidarischer Lohnpolitik

Je nach Art der Arbeitsplätze muß die Arbeitszeit allgemein tariflich gekürzt werden. Ob dabei jeweils eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit erreichbar ist, sollte offenbleiben.

Der Lohnausgleich könnte z. B. in Stufen durchgeführt werden (netto):

- voller Lohnausgleich für alle, die unter 2000 DM monatlich verdienen,
- teilweiser Lohnausgleich für die, die zwischen 2000 DM und 3000 DM monatlich erhalten,
- kein Lohnausgleich für die, die zwischen 3000 DM und 4000 DM monatlich verdienen,
- keine Lohnerhöhungen für die, die über 4000 DM monatlich erhalten.

14. Flexible Altersgrenze auf 58 Jahre vorziehen

Wenn ein Arbeitnehmer sich entschließen soll, mit 58 Jahren vorzeitig auszuscheiden, dann muß er sofort Klarheit über die Höhe seiner Rente bekommen. Mit Vorruhestandsregelungen wird das nicht erreicht, sondern nur der Verwaltungsaufwand erhöht. Da die vorgezogene Rente ohne Abschläge gezahlt werden soll, muß das notwendige Geld durch eine Maschinensteuer aufgebracht werden.

15. Freiwillige Arbeitszeitverkürzung auf Wunsch des Arbeitnehmers möglich machen und rechtlich absichern

Einige Arbeitnehmer haben Interesse daran, weniger zu arbeiten, auch wenn sie dafür weniger Einkommen erhalten. Damit sind alle Formen der Teilzeitarbeit, von Elternurlaub, von gleitendem Übergang in die Rente u. ä. gemeint. Die Verwirklichung dieser Wünsche ist dadurch erschwert, daß weder durch Tarifverträge noch durch das Betriebsverfassungsgesetz oder durch die Sozialversicherung für den Arbeitgeber und Arbeitnehmer Regeln vorgegeben sind, die einseitige Entwicklungen verhindern. Steuerliche Regelungen könnten die Beteiligung auch unterer Einkommensgruppen erleichtern.

16. Arbeitsmarktabgabe für Beamte, Richter, Pfarrer und Abgeordnete einführen

Diese Personen haben arbeitsrechtlich eine volle Sicherung gegen Arbeitslosigkeit, zahlen aber keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung. Da Arbeitslosigkeit auch die Solidarität aller Arbeitnehmer erfordert, müssen diese Personengruppen ebenfalls die gesellschaftliche Aufgabe mitfinanzieren.

17. Ausbildungsstellen für Jugendliche schaffen

Durch eine Ausbildungspflicht oder durch überbetriebliche Ausbildungsstätten muß für alle Jugendlichen eine praktische Grundausbildung erfolgen. Die zusätzlichen Kosten könnten über die Arbeitsmarktabgabe der Beamten u. a. aufgebracht werden.

18. Reform der Arbeitsämter unter Beteiligung der Betroffenen durchführen

Die Mitarbeiter der Arbeitsämter stehen unter großen Belastungen, sie können die steigende Zahl der Arbeitslosen kaum bewältigen. Darum muß die Bürokratie abgebaut werden. Desgleichen müßten auch das Arbeitsförderungsgesetz und die Statistik der Arbeitslosenzahlen grundlegend reformiert werden.

19. Zusammenhänge zwischen Arbeitslosigkeit und Gesundheitsgefährdung untersuchen

Die Zahl der Fälle, in denen die Menschen durch Arbeitslosigkeit seelisch und körperlich krank werden, liegt im dunkeln. Diese Zusammenhänge müssen bis hin zu den volkswirtschaftlichen Kosten aufgedeckt werden.

20. Zusammenhänge zwischen Arbeitslosigkeit, Drogensucht, Obdachlosigkeit und Straffälligkeit aufdecken

Arbeitslosigkeit setzt bei den Menschen immer wieder eine Spirale nach unten in Gang, in der sie sich nicht mehr zu helfen wissen. Diese Zusammenhänge aufzudecken und wirksame Wege der Hilfe zu finden, wird immer dringlicher.

21. Überprüfung des Ordnungsrahmens der „sozialen“ Marktwirtschaft

Viele Gesetze, Verordnungen und Durchführungsbestimmungen stammen aus der Zeit der Vollbeschäftigung. Sie bieten für eine Zeit, in der auf die Dauer die bezahlbare Arbeit knapper sein wird, nicht genügend flexible Regelungen. Das gilt für Steuergesetze, für das Arbeits- und Sozialrecht und andere Rechtsgebiete. Auch hier ist es notwendig, unter Auswertung der Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit neue Vorschläge zu erarbeiten, die eine gerechtere Verteilung von Arbeit und Einkommen leichter durchsetzbar machen.

22. Konzentrierte Aktion „Zukunft der Arbeit“

Alle Reformen müssen davon ausgehen, daß mit der fortschreitenden Technik (Roboter, Mikroelektronik) eine neue Epoche der Industrienationen beginnt, in der Leben und Arbeit sich nicht mehr nach den alten Mustern vollziehen werden. Der Stellenwert der Erwerbsarbeit für den Sinn des Lebens ändert sich grundlegend, neue Fragen eröffnen sich. Was bedeutet es für die Berufsausbildung und das Recht auf Arbeit? Gibt es ein grundlegendes Recht auf Auskommen, und wie kann es finanziert werden? Wie können neue Tätigkeitsfelder erschlossen werden? Wie kann die Technik gesteuert werden, daß sie sich humaner und umweltschonender und sozial gerechter entwickelt? Diese Fragen müssen aufgenommen werden. Wenn nichts geschieht, werden wir in eine Gesellschaft zerfallen, in der immer weniger Arbeit haben und immer mehr an den Rand des Existenzminimums gedrängt werden. Die Zeit läuft!

Diese Erklärung ist auf einem Treffen von Arbeitsloseninitiativen aus Westfalen in Villigst entstanden. Sie soll dazu dienen, in Gesprächen mit Parlamentariern, Parteien, Regierungen, Gewerkschaften, Arbeitgebern, der Bundesanstalt für Arbeit, kommunalen Vereinigungen, Kirchen und Wohlfahrtsverbänden die gesellschaftliche Entwicklung voranzutreiben. Insbesondere soll diese Erklärung auch dem Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung und dem Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages zugeleitet werden.

Haus Villigst, im Mai 1983

Für den Redaktionskreis

Petra Goldfuß aus Hagen, arbeitslos
Elfriede Michels aus Bottrop, arbeitssuchend
Hugo Tröller aus Bielefeld, arbeitslos

Für das Sozialamt der EKVW

Pfarrer Eduard Wörmann
(Aus: „Stimme der Arbeit“, September/Oktober 1983)

Subskriptionsangebot

Bernd Klees

Arbeitslosigkeit

und Recht

Ein Handbuch zur

Gegenwehr

Mit Kommentar des
Arbeitsförderungsgesetzes,
Mustern und Beispielen

N

Nachrichten Verlags-Gesellschaft

Etwa 450 Seiten, Subskriptionspreis bis 30. Juni 1984: 20 DM (späterer Preis: 28 DM), Bestell-Nr. 051. Dieser günstige Preis gilt nur bei Vorauszahlung (Verrechnungsscheck oder Überweisung auf unser Postscheckkonto 3050 40-606). Bei Bestellungen unter 30 DM plus 2 DM für Porto und Verpackung.

Dieses Buch bietet eine zusammenhängende Darstellung des Rechts und aller Rechtsfragen zum Problem Arbeitslosigkeit. Einer der führenden Experten dieses Bereiches leistet dabei im wesentlichen zweierlei: Er deckt die Motivation der Herrschenden bei der Rechtsetzung zur Arbeitslosigkeit und ihre „Verwaltung“ auf, und er gibt den von ihr Betroffenen und Bedrohten praktische Hilfestellung bei der individuellen Bewältigung der Realität Arbeitslosigkeit und für die kollektive Gegenwehr. Darin enthalten sind genaue Anleitungen für das Verhalten bei Arbeitslosigkeit (u. a. mit Formularmustern, Fallbeispielen), die Wiedergabe einschlägiger Gesetzestexte, die Kommentierung des AFG sowie Aussagen zu den Aufgaben und Möglichkeiten der Gewerkschaften. Ein wichtiges Handbuch auch für Helfende, Lehrende und Lernende.

Gewerkschaften und neue soziale Bewegungen



Mit diesem Beitrag von Kaspar Maase, Mitarbeiter des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), setzen wir unsere Artikelserie zum Karl-Marx-Jahr fort.

In der Friedensbewegung gewinnen die Gewerkschaften an Profil. Zurückgedrängt wurden die Bremser in den eigenen Reihen; betriebliche Aktionen haben angedeutet, welche Kraft die Arbeiterklasse entfalten kann. Das fördert die Erkenntnis, daß ohne gewerkschaftlichen Kampf von der betrieblichen Basis her der imperialistische Rüstungskurs nicht zu stoppen sein wird. Die Gewerkschaften haben auch ihre Erfahrungen und Interessen in die Friedensbewegung eingebracht: Die andere Seite der Rüstungsmedaille ist der Sozialabbau; Hochrüstung gründet im kapitalistischen Drang nach Profit und Expansion; um Massen zu gewinnen, gilt es auch Sorgen um den Arbeitsplatz ernst zu nehmen und beispielsweise Programme zur Umstellung der Militärindustrie auf Friedensproduktion vorzulegen.

Braucht man nun diese Entwicklung nur weiterzudenken, um ein gültiges Modell für das Verhältnis von Gewerkschaften und neuen sozialen Bewegungen zu haben? Können sich die Gewerkschaften auf vergleichbare Weise an die Spitze etwa der Frauen- oder Umweltschutzbewegung vorarbeiten, aus deren Forderungen aufnehmen, was im Interesse der Arbeiterklasse liegt und damit in der Perspektive die neuen sozialen Bewegungen überflüssig machen oder zumindest gewerkschaftlichen Zielen unterordnen? Gab es nur ein kurzes Zurückbleiben der Gewerkschaften, nach dem jetzt wieder die „richtigen Verhältnisse“ hergestellt werden?

Um diese Frage zu beantworten, müssen wir die Marxsche Methode der Einschätzung sozialer Bewegungen anwenden, indem wir uns zunächst ein Bild von sozialer Basis und Interessenlage der Kräfte machen, die die neuen sozialen Bewegungen dominieren. Dabei handelt es sich um Gruppen vor allem der lohnabhängigen Mittelschichten und der lohnabhängigen Intelligenz; deren Interessen gehen nicht einfach in den gewerkschaftlich formulierten Klasseninteressen des Proletariats auf. Ihre Proteste und Forderungen gegen Zerstörung natürlicher und humaner Lebensbedingungen und gegen Demokratieabbau haben eine antimonopolistische Stoßrichtung; doch damit verbindet sich stets und notwendig das Interesse an Verteidigung bisher noch bestehender Privilegien gegenüber der Arbeiterklasse, an Erhaltung von Freiräumen und an einer Perspektive jenseits der Hauptklassen, an Unterordnung der Arbeiterbewegung unter kleinbürgerliche Modelle eines dritten Weges statt der Eindrdnung in den organisierten Kampf des Proletariats.

Zu diesem Widerspruch gehört durchaus die steigende gewerkschaftliche Organisierung solcher Gruppen im Bildungs- und Angestelltenbereich — die aber nicht gleich völlige Übernahme von Positionen der Arbeiterklasse bedeutet und oft mit gleichzeitigem Engagement in neuen sozialen Bewegungen verbunden ist. Daß Interessen und tiefverwurzelte Traditionen dieser Schichten nach einer eigenständigen Vertretung drängen, wird nicht zuletzt in der zunächst einmal gelungenen Etablierung der Grünen als politischer Ausdruck dieser Kräfte deutlich.

Sie konnten mit den von ihnen zunächst getragenen Bewegungen weit in die Arbeiterklasse, vor allem in jüngere Gruppen, hineinwirken, praktisch und ideologisch Anhang finden, weil die Gewerkschaften neue Konfliktfelder und Interessen der Arbeiterklasse nicht aufgriffen, den neuen sozialen Bewegungen hier ein Monopol ließen. Insofern macht gewerkschaftliches

Profilieren z. B. in der Friedensfrage es überhaupt erst möglich, in der Arbeiterklasse mehr Einfluß für Klassenpositionen zu gewinnen.

Aber im Kern handelt es sich nicht um die Integration von Sonderbewegungen in gemeinsame Klassenpolitik, sondern um eine Frage der Bündnispolitik der Arbeiterbewegung. Sie braucht gerade gegen die angelaufene „Wende“ jeden Partner, um den Raum für soziale und demokratische Bewegungen zu verteidigen und auszuweiten. Die neuen sozialen Bewegungen und ihre politischen Organisationen vertreten Interessen von Gruppen, deren Zahl und Anteil an den Lohnabhängigen gegenwärtig wächst, deren Angehörige durch Bildung und Berufsqualifikation hohe Aktionsfähigkeit und ideologische Durchsetzungskraft aufweisen; sie werden in der absehbaren Zukunft weiter als eigenständige und bedeutsame Faktoren in Erscheinung treten.

Daher gilt es, auf sie seitens der klassenbewußten Gewerkschaften die Marxschen Prinzipien der Bündnispolitik anzuwenden. In seiner Kritik am Gothaer Programm hat Marx betont, wie schädlich es sei, alle Gruppen und Schichten außer der Arbeiterklasse als „eine reaktionäre Masse“ zu behandeln. Es gelte, stets möglichst viele Kräfte gegen den gemeinsamen Gegner zusammenzufassen — das war eine Lehre schon aus den Kämpfen um die demokratische Revolution 1948/49. Das

KARL MARX UND DIE GEWERKSCHAFTEN HEUTE

bedeutet jedoch kein Verwischen und Vertuschen der Interessenunterschiede; vielmehr müsse man den nichtproletarischen Kräften entgegentreten „in allem, wodurch sie sich für sich selbst festsetzen wollen“ (MEW 7, S. 247).

Diese Marxsche Position darf man allerdings nicht verwechseln mit dem demagogischen Auftreten rechter Flügelmäner in den Gewerkschaften, die den grünen Sack schlagen und den Esel einer selbständigen, kämpferischen kapitalismuskritischen Politik der Arbeiterbewegung meinen.

Bündnispolitik gegenüber den neuen sozialen Bewegungen ist Sache aller, gerade auch der politischen Formationen der Arbeiterbewegung. Den Gewerkschaften kommt hier eine besondere Aufgabe zu, weil sie „als Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals“ (MEW 16, S. 152) die Kraft der Klasse entwickeln und demonstrieren können. Dies ist die elementare Voraussetzung, um auch Kräfte der neuen sozialen Bewegungen von der gesellschaftsverändernden Potenz der Arbeiterklasse zu überzeugen.

Für die Gewerkschaften kommt es darauf an, der Erweiterung von Bedürfnissen und Interessen der Lohnarbeiter im Reproduktionsbereich Rechnung zu tragen, Forderungen und Aktionsformen (weiter) zu entwickeln, die die Klasseninteressen an Frieden, gesunder Umwelt, Entfaltung in Selbsttätigkeit, Solidarität mit den Völkern der unterentwickelten Länder aufgreifen und vertreten. So wird die Behauptung widerlegt, die Arbeiterklasse sei heute nur noch fähig, Lohn- und Arbeitsplatzinteressen zu vertreten. Hier ist ohne Zweifel Rückstand aufzuholen, sind viele Hinweise, Überlegungen und auch Alternativvorschläge aus den neuen sozialen Bewegungen mit Gewinn zur Kenntnis zu nehmen, gibt es Berührungspunkte und Gemeinsamkeiten zu entdecken.

Zugleich ist Auseinandersetzung vermengt mit allen nichtproletarischen Ideologien, die abstrakt das Wachstum, die Großtechnik, die Industriegesellschaft für die vom Imperialismus heraufbeschworbenen globalen Probleme verantwortlich machen. Noch immer gilt für die klassenbewußten Gewerkschaftler die im „Manifest der Kommunistischen Partei“ formulierte Grundlinie: „In allen diesen Bewegungen heben sie die Eigentumsfrage, welche mehr oder minder entwickelte Form sie auch angenommen haben möge, als die Grundfrage der Bewegung hervor“ (MEW 4, S. 498).

Junge Eisenbahner auf Kurs gegen Pershing II und Berufsverbote

Unter dem Motto „Vorwärts für Frieden, soziale Sicherheit und Vollbeschäftigung“ fand vom 16. bis 18. November in Duisburg die 11. Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) statt. 200 Delegierte vertraten rund 35 000 junge Eisenbahnerinnen und Eisenbahner. Die Konferenz diente der Vorbereitung des 12. ordentlichen GdED-Gewerkschaftstages vom 14. bis 19. Mai 1984 in Hamburg.

In seiner Eröffnungsansprache ging Vorsitzender Ernst Haar auf Jugendarbeitslosigkeit, fehlende Ausbildungsplätze, Arbeitsplatzvernichtung und eine drohende Zerschlagung der Bahn ein. Alles das erfordere ebenso wie die Erhaltung des Friedens und die Abwehr des Sozialabbaus den ganzen Einsatz der Gewerkschaften. Diese müßten auch wachsam sein, „damit nicht politische Rattenfänger sich abermals Hoffnungslosigkeit und Brutalität für ihre faschistischen Zwecke politisch nutzbar machen“. In diesem Zusammenhang wies er auf das Vermächtnis hin, „die Einheitsgewerkschaft zu stärken“.

Im Mittelpunkt der Diskussion zu den Geschäftsberichten standen die sogenannten 32-Stunden-Verträge. In diesem Fall kann man ruhig von Erpressung der Gewerkschaft seitens des Bahnvorstands sprechen. Bekanntlich sollte im vergangenen Jahr überhaupt kein Ausgebildeter übernommen werden. Schließlich einigten sich beide Seiten auf die Einstellung von 1000 nach Beendigung der Lehre. Grundbedingung war jedoch die 32-Stunden-Woche mit einem entsprechenden Abschlag. In Duisburg wurde mit Recht von einem „faulen Kompromiß“ und von „Unverschämtheit“ gesprochen. Solche Verträge dürften nur eine „einmalige Entgleisung“ gewesen sein. Von Betroffenen wurde aufgezeigt, daß sie sich am Rande der Existenz befänden, und die Frage gestellt, wie man mit 1050 DM im Monat auskommen könne.

Den Delegierten lagen 206 Anträge, 13 Entschließungen sowie mehrere Initiativanträge vor. Erster Beschluß war eine an die Bundestagsabgeordneten per Telex gerichtete Aufforderung: „Keine Stationierung von Pershing II und Cruise-Missiles! Weiterverhandeln statt aufrüsten!“ Einstimmig rief die Konferenz den GdED-Hauptvorstand auf, „den Generalstreik als gewerkschaftliches Kampfmittel gegen lebensbedrohende Maßnahmen — wie z.B. die bevorstehende Stationierung von Pershing II und Cruise-Missiles — anzuerkennen“. Da um das Kampfmittel „Generalstreik“ eine breite Debatte innerhalb der GdED geführt werden soll,

wird dieser Beschluß dem Hamburger Gewerkschaftstag erneut vorliegen.

Zu den Komplexen Abrüstung, Frieden und 35-Stunden-Woche gab es weitere Anträge. Entgegen der Empfehlung der Antragskommission wird der Hauptvorstand der GdED aufgefordert, „sich voll hinter den ‚Krefelder Appell‘ zu stellen und in diesem Sinne tätig zu werden“. Außerdem erging eine weitere Aufforderung, „der weitverbreiteten falschen These, Rüstung würde Arbeitsplätze sichern, aufklärend entgegenzuwirken“. Die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich müsse als vorrangiges Ziel verfolgt werden.

Für die jungen Eisenbahner ist Solidarität kein leeres Wort. Das bewies auch die 11. Bundesjugendkonferenz. Von

ihrem Tagegeld überwiesen die Delegierten 3149 DM nach Nikaragua und verurteilten in einer Entschließung in scharfer Form die Einmischung der USA-Regierung in die inneren Angelegenheiten des lateinamerikanischen Volkes. Wörtlich heißt es: „Ebenso verurteilen wir die US-Hilfen für faschistische Militärjuntas in den anderen Ländern, wie z.B. El Salvador oder Chile. Wir solidarisieren uns mit den dortigen demokratischen Freiheitsbewegungen.“ Von der Bundesregierung wird u.a. verlangt, „sich gegen die Einmischung der USA zu wenden“ und „in der EG eine Initiative mit der gleichen Intention zu ergreifen“.

In einem weiteren Beschluß brachten die Delegierten ihre Solidarität mit dem vom Berufsverbot bedrohten Bundesbahnspektor Hans-Dietrich Springhorn zum Ausdruck. Einstimmig wurde der Gewerkschaftsvorstand aufgefordert, sich mit allen Mitteln für die Einstellung des Berufsverboteverfahrens einzusetzen.

Die Konferenz, deren Ergebnisse sicherlich Auswirkungen auf dem Gewerkschaftstag haben werden, diskutierte auch Satzungsfragen. Ihrer Meinung nach sollen „Arbeitslose, die vergeblich versucht haben, bei der DB eingestellt zu werden“, Mitglied der Gewerkschaft werden können. Um die Kampfkraft zu erhöhen, sprach sie sich auch für eine Beitragserhöhung aus, wozu der Gewerkschaftstag sein letztes Wort sprechen wird. Gisela Mayer

GdED-Frauen entsetzt und enttäuscht

Die 10. Bundesfrauenkonferenz der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) am 23./24. November in Wiesbaden stand gleich in zweifacher Hinsicht unter einem schlechten Stern. Tags zuvor hatte die CDU/CSU/FDP-Koalition den Willen der überwiegenden Mehrheit des Volkes mit Füßen getreten und der Stationierung der auch von den GdED-Frauen abgelehnten Pershing II und Cruise-Missiles zugestimmt. Einen Tag später folgte der Beschluß des Bundeskabinetts zu Streckenstilllegungen und Arbeitsplatzvernichtung bei der Bahn in der Größenordnung von 15 000 Arbeitsplätzen jährlich.

So war es nur verständlich, daß diese beiden Ereignisse den Verlauf der GdED-Bundesfrauenkonferenz wesentlich bestimmten. Um es vorwegzunehmen: Gegen die Pershing II und Cruise-Missiles wollen die Eisenbahnerinnen weiterkämpfen. Das bekräftigten sie mit einer Aktion vor dem Tagungsgebäude, als sie hundert blaue Luftballons mit der weißen Friedenstaube in den Himmel steigen ließen und Mahnminuten eingelegt wurden. Einstimmig wurde ein Initiativantrag beschlossen, der die „Enttäuschung“ und das „Entsetzen“ über die Zustimmung zum drohenden

atomaren Holocaust zum Ausdruck bringt. Anknüpfend an die Arbeitslosigkeit und den Sozialabbau wurden „Arbeitsplätze statt Raketen“ und „Kürzung des Rüstungsetats zugunsten des Sozialtats“ verlangt.

Insgesamt hatten die Delegierten, die knapp 20 000 vorwiegend in den unteren Etagen der Bundesbahn beschäftigte Frauen vertraten, über 139 Anträge, Initiativanträge und Entschließungen abzustimmen. Neben der Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich wurde die Herabsetzung der Lebensarbeitszeit auf 58 Jahre ohne „versicherungsmathematische Abschläge“ verlangt. Der Grundsatz „Anwesenheit gleich Arbeitszeit“ müsse realisiert, der Erholungsurlaub auf mindestens 6 Wochen ausgedehnt und zusätzlicher Urlaub für ältere Beschäftigte durchgesetzt werden. Unumgängliche Überstunden sollen durch Freizeit ausgeglichen werden.

Gegen die drohende Zerstückelung der Bahn will die GdED Widerstand leisten. Das kündigte Vorsitzender Ernst Haar in seinem Grundsatzreferat an. Die Situation dränge zu Aktionen. Notwendig sei das aktive Mitmachen und die Solidarität der Gewerkschafterinnen. G. M.

GEW: Beim Kampf um 35 Stunden nicht nur aus dem Fenster winken

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) will „nicht nur aus dem Fenster winken“ — so ein häufig gebrauchter Satz —, wenn im kommenden Jahr andere Gewerkschaften des DGB in den Kampf für die 35-Stunden-Woche eintreten. Die 397 Delegierten des 19. Gewerkschaftstages der GEW vom 30. Oktober bis 2. November in Mannheim, die knapp 200 000 Mitglieder vertraten, sehen „keinen Grund, Arbeitsniederlegungen auch von Beamten als Kampfmittel auszuschließen“, heißt es in einem fast einstimmig angenommenen Antrag „Gemeinsam die 35-Stunden-Woche schaffen!“.

Die GEW setzt in ihm auf die Solidarität aller DGB-Gewerkschaften bei der Verkürzung der Wochenarbeitszeit „als effektivste Form von Umverteilung der Arbeit zur Verringerung der Arbeitslosigkeit“. Für die GEW gehe es nun darum, eine breite Mitgliederdiskussion zur Verankerung dieser Forderung zu initiieren, um dann im Frühjahr eine GEW-spezifische Forderung zu entwickeln, die im Volumen der 35-Stunden-Woche entspricht.

Eindeutig abgelehnt wurden Strategien zur Flexibilisierung der Arbeitszeit und Teilzeitschäftigung als Ersatz für die generelle Wochenarbeitszeitverkürzung. Teilzeitarbeit, wie sie von der GEW in der Vergangenheit als Umverteilung der Arbeit auf freiwilliger Basis angeboten wurde, sei von den Kultusministerien zum Stellenabbau mißbraucht worden, so Dieter Wunder, wiedergewählter GEW-Vorsitzender, in seiner mündlichen Ergänzung zum Geschäftsbericht.

Die GEW fordere wie die anderen Gewerkschaften den vollen Lohnausgleich. Dazu Wunder weiter: „Angesichts der tatsächlichen Machtverhältnisse und der finanziellen Engpässe der öffentlichen Arbeitgeber sollten wir uns allerdings dessen bewußt sein, daß dabei auch die Frage der vorhandenen Einkommensdifferenzen zwischen unteren und höheren Gehaltsgruppen neu überdacht werden wird. Die Arbeitszeitverkürzung kostet Geld, und jeder, der dies nicht sieht, macht sich etwas vor.“

DGB-Vorsitzender Ernst Breit hatte in seinem Grußwort zuvor betont, daß es keine guten und schlechten Formen von Arbeitszeitverkürzung gebe. „Es gibt nur eines überdeutlich: das Tabu der Arbeitgeber, und das gilt es zu brechen!“ Nach Ansicht von Breit werde es in den kommenden Monaten möglicherweise die schwerste Tarifauseinandersetzung seit Kriegsende geben. „Um so notwendiger ist die volle Solidarität aller Gewerkschaften.“

Breits Stellvertreter Gustav Fehrenbach unterstrich die Notwendigkeit eines einheitlichen Personalrechts für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Er

fügte allerdings hinzu, daß die Verwirklichungschance dafür so lange gering bleibe, wie „die obrigkeitstaatliche Interpretation der sogenannten hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums von der Mehrheit der davon Betroffenen hingenommen wird“. Fehrenbach unterstützte die GEW in ihrem Beharren auf bildungspolitischen Reformen. Die Gesamtschule als Regel- und Ganztagschule bleibe das gemeinsame Ziel, auch wenn „rückschrittliche

Wahlergebnisse

zum geschäftsführenden Vorstand
(397 stimmberechtigte Delegierte)
Ja-Stimmen

Dr. Dieter Wunder, 47	313
Vorsitzender	
Joachim Albrecht, 37	317
1. Stellvertreter	
Brigitta Naumann, 47	223
2. Stellvertreterin	
Heinz Putzhammer, 42	328
Jochen Schweitzer, 40	329
Michael Rux, 42	260
Till Liberz-Groß, 35	298
Gerd Köhler, 39	289
Armin Müller, 57	308
Schatzmeister	
Dietrich Brauer, 33	249
AJLE-Vorsitzender	

Bildungs- und Gesellschaftspolitiker versuchen, unter Zuhilfenahme pädagogischer Vorwände und pseudowissenschaftlicher Begabungstheorien die hierarchische Gliederung des Schulwesens als Instrument zur Erhaltung und Weiterführung von Privilegien und sozialer Auslese aufrechtzuerhalten.“

Die GEW sieht ihre größte Chance derzeit in der „inneren“ Schulreform, wie sie mit der Nutzung von pädagogischen Freiräumen, vor allem in der Frage der Friedenserziehung, in den letzten Wochen und Monaten anschaulich verdeutlicht wurde. Die disziplinarischen Maßnahmen, mit denen Kultusminister wie Meyer-Vorfelder darauf

reagierten, bestätigt ihre Wirkung. „Dennoch“, so Dieter Wunder, „hätten wir in unseren spezifischen Arbeitsbereichen, der Arbeitsmarktpolitik und der Bildungspolitik, ähnliche Wirkungen, wäre uns allen wohler.“

Die Delegierten, die nach langwierigen „haushaltsrelevanten Satzungsänderungen“, der Beratung des Haushalts selbst und zum Teil schwierigen Vorstandswahlen nur noch wenig Zeit zur Antragsberatung hatten, erneuerten die Ablehnung der Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik. Sie forderten den DGB-Bundesausschuß auf, im Falle der Stationierung „den Beschluß des 12. DGB-Kongresses der neuen Lage entsprechend weiterzuentwickeln. Die GEW tritt dafür ein, daß die Gewerkschaften und der DGB die Bedingungen genau beschreiben, unter denen sie das Widerstandsrecht entsprechend dem Grundgesetz wahrnehmen. Dabei muß auch das Mittel des politischen Streiks breit diskutiert und als Handlungsmöglichkeit offengehalten werden.“

In einer Resolution wandte sich der Gewerkschaftstag gegen die Praktiken der baden-württembergischen Landesregierung, Lehrern mit Hilfe des Beamtenrechts ihr Grundrecht auf freie Meinungsäußerung zu nehmen, wenn sie sich dagegen wehren, Schüler regierungsamtlich zu indoktrinieren.

Ein Höhepunkt des Gewerkschaftstages war der Auftritt des Vorsitzenden der verbotenen türkischen Lehrgewerkschaft TÖB-DEK, Gültekin Gazioglu, der u. a. vor der Gefahr faschistischer Indoktrination an deutschen Schulen durch juntatreue türkische Lehrer warnte, die auch noch von einigen Landesregierungen unterstützt werde, indem sie Abberufungen demokratisch gesinnter Lehrer zuließen. Mit großer Mehrheit bekräftigte der Gewerkschaftstag eine Resolution des letzten IBFG-Kongresses von Oslo zur Polenfrage und verurteilte in einem Antrag die US-Invasion in Grenada.

Schwierig gestaltete sich die Wahl des 1. stellvertretenden Vorsitzenden. Auch nach drei Wahlgängen fand keiner der beiden Kandidaten, der vom Vorstand favorisierte Norbert Lemke (NRW) und Brigitta Naumann (Hessen), eine Mehrheit. Beide traten daraufhin von ihrer Kandidatur zurück und machten den Weg frei für einen neuen Kandidaten für diese Position, Joachim Albrecht (Hessen), der gleich im ersten Wahlgang gewählt wurde.

Durch eine Satzungsänderung sind Pädagogikstudenten jetzt ordentliche Mitglieder der GEW. Sie haben allerdings kein Stimmrecht in Arbeits- und Beamtenrechts- sowie Satzungsfragen. Mit großer Mehrheit auf den nächsten Gewerkschaftstag verschoben wurde die Frage der Beitragserhöhung. Mit nur knapper Mehrheit hatte der Vorstand eine geringfügige Anpassung empfohlen. Bernhard Keßeler

Über Verkürzung der Arbeitszeit ist die Diskussion in vollem Gang

Zur Vorbereitung des 10. ordentlichen Gewerkschaftstages der ÖTV — im Juni nächsten Jahres in München — fanden in den vergangenen Wochen in allen Bezirken die Kreisdelegiertenkonferenzen statt. Anfang 1984 — im Januar und Februar — folgten die Bezirksdelegiertenkonferenzen und die Bundesjugendkonferenz, die einzige Personen-gruppenkonferenz, die auch auf Bundesebene durchgeführt wird. Schon jetzt steht fest, daß die Frage der Arbeitszeitverkürzung eines der Schwerpunktthemen des Gewerkschaftstages sein wird.

Dies kristallisierte sich bereits in den Beratungen auf der Ebene der Kreisverwaltungen heraus. Stellung zu diesem Kernpunkt der gewerkschaftlichen Forderungen nimmt auch ein Beschluß des Hauptvorstandes vom Anfang Oktober. Hier fällt zunächst auf, daß der Hauptvorstand der ÖTV noch kein eindeutiges Schwergewicht auf eine der diskutierten Formen der Arbeitszeitverkürzung legt. Angesichts der vielschichtigen Probleme im gesamten Organisationsbereich der ÖTV mit sehr unterschiedlichen tariflichen und betrieblichen Arbeitszeitregelungen sei zu prüfen, welche Form mit welchen Auswirkungen denkbar und zweckmäßig sei. Für die Tarifpolitik wird an erster Stelle die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden oder eine entsprechende Verminderung der Jahresarbeitszeit gestellt. Mit dieser Formulierung soll die Möglichkeit offengehalten werden, die Lage der verkürzten Arbeitszeiten den speziellen Bedingungen im öffentlichen Dienst anzupassen, etwa durch eine Bündelung.

Zugleich erwartet der Hauptvorstand der ÖTV von der Bundesregierung ein Konzept der Arbeitszeitverkürzung, das die „tariflichen Bemühungen... ergänzt“ und zugleich wirksam der Massenarbeitslosigkeit entgegenwirkt. Die Verkürzung der Lebensarbeitszeit erhält in diesem Zusammenhang die Dringlichkeitsstufe eins. In diesen parallelen Schritten von Gesetzgebung und Tarifpolitik sieht die ÖTV nicht nur einen Beitrag zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit, sondern auch zur Humanisierung der Arbeit. Der Beschluß des Hauptvorstands legt aber noch nicht eindeutig die Marschrichtung der ÖTV für die Verkürzung der Arbeitszeit fest.

Insofern spiegelt er den gegenwärtigen Diskussionsstand in der Organisation wider. Für den Bezirk Hessen forderte allerdings die Bezirksfrauenkonferenz den Hauptvorstand auf, „alles zu tun, um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich bzw. gleichem Gehalt für alle abhängig Beschäftigten durchzusetzen“. Dieser eindeutige Antrag soll auch dem Gewerkschaftstag zuge-

leitet werden. Nach dem Zeitplan des Hauptvorstands wird im Frühjahr 1984 dem Gewerkschaftstag eine Arbeitszeitkonferenz vorgeschaltet, um in dieser Frage die Linie der ÖTV zu finden.

Als ein weiterer „Dauerbrenner“ der gewerkschaftlichen Arbeit im Organisationsbereich der ÖTV wurde auf den Kreisdelegiertenkonferenzen über die Rationalisierungsstrategien der öffentlichen Unternehmer diskutiert, die auf verschiedenen Ebenen laufen, nämlich mittels Privatisierung, über Leistungsverdichtung — vor allem auch gegenwärtig als Folge des staatlichen Sozialabbaus und der Einschränkung von Dienstleistungen — sowie durch die Einführung von Computertechnologie auch im Verwaltungsbereich. Nachdem bereits die „alte“ Koalition den Stellenabbau betrieben hatte, setzt nun die CDU/CSU/FDP-Regierung zu einer großangelegten Strategie an. Die kw-Vermerke, Rationalisierungshinweise für einzelne Stellen, greifen durch Umsetzungen nun wesentlich schneller als früher, so daß auch das Tempo des Stellenabbaus zugenommen hat. Ein Tarifvertrag zum Rationalisierungsschutz und zur Einkommenssicherung steht daher auch ganz oben auf der Liste der tarifpolitischen Vorhaben der ÖTV. Die ersten Verhandlungen, die Ende Oktober in Westberlin stattfanden, wurden jedoch ergebnislos abgebrochen, da die Arbeitgeber kein Angebot vorlegten.

Nicht zuletzt wurde natürlich auch das Thema Frieden und Abrüstung auf nahezu allen Kreisdelegiertenkonferenzen ausführlich diskutiert. Generell wurde bilanziert, daß die 5 Mahnminuten für den Frieden, zu denen der DGB-Bundesvorstand aufgerufen hatte, im öffentlichen Dienst eine starke Resonanz fanden, allerdings mit unterschiedlichen örtlichen Ausprägungen. Trotz zum Teil massiver Einschüchterungsversuche besteht aber auch weiterhin die Absicht, für die Sicherung des Friedens einzutreten und dies vor allem auch zu einem betrieblichen Thema zu machen.

Renate Bastian

PERSONALIEN

Ernst Eisenmann, 55, bisheriger 1. Bevollmächtigter der IGM-Verwaltungsstelle Stuttgart, ist Mitte November vom Vorstand der IG Metall zum Nachfolger von **Franz Steinkühler, 45**, in der Funktion des Stuttgarter Bezirksleiters berufen worden. Der gelernte Mechaniker, seit 1962 hauptamtlich bei der IG Metall, war in der Zeit von 1968 bis 1981 Sekretär für Tarifpolitik bei der Bezirksleitung Stuttgart.

Bruno Fritz, 52, wurde Anfang November auf einer außerordentlichen Landesdelegiertenkonferenz der IG Bau — Steine — Erden Baden-Württemberg in Balingen zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Der bisherige Geschäftsführer der IG BSE in Karlsruhe hatte dieses Amt bereits kommissarisch inne, nachdem sein Vorgänger, **Erich Emmrich**, im Sommer plötzlich verstorben war.

Karl-Heinz Köpke, Vorsitzender des DGB-Kreises Kiel, wurde auf einer außerordentlichen Landesbezirksdelegiertenkonferenz des DGB Nordmark in Hamburg Anfang November zum neuen stellvertretenden DGB-Landesbezirksvorsitzenden gewählt. In einer Kampf-abstimmung setzte er sich gegen den vom Vorstand nominierten **Jürgen Hauschild, ÖTV**, durch. Ebenfalls neu in den geschäftsführenden DGB-Landesbezirksvorstand wurde **Peter Deutschland, HBV**, gewählt.

Fred Link, Leiter der Abteilung Vorsitzender beim DGB-Bundesvorstand, bezeichnete als seine Hauptaufgabe zu verhindern, daß Kriminelle und Kommunisten hauptamtliche Funktionen im DGB erlangen.

Hans Mayr, 62, Vorsitzender der IG Metall, ist am 18. November in Genf auch zum Nachfolger von **Eugen Loderer, 63**, im Vorsitz des Internationalen Metall-Gewerkschaftsbundes (IMB) gewählt worden.

Hinrich Oetjen wurde Nachfolger des im August verstorbenen **Heinrich Arenhoevel**, Leiter der DGB-Bundesschule Hattingen. Oetjen leitete seit 1969 die DGB-Jugendbildungsstätte Oberursel.

Detlef Prinz, 33, übernimmt ab Anfang 1984 die Ressorts Presse und Organisation der IG-Metall-Verwaltungsstelle Westberlin.

Heinz Spieß, 48, Vorsitzender des Bezirks Koblenz-Trier der Deutschen Postgewerkschaft (DPG), der, vom Hauptvorstand nominiert, bei den Wahlen auf dem Kongreß der DPG im Oktober zum stellvertretenden Vorsitzenden seinem Gegenkandidaten mit 169:274 Stimmen unterlag, ist nun im Gespräch für die Nachfolge von **Julius Lehlbach**, DGB-Landesbezirksvorsitzender in Rheinland-Pfalz.

Die Unterwanderungslüge und was dahintersteckt

Interview mit Werner Cieslak,
Mitglied des Präsidiums der DKP

Wenn die Friedensbewegung die Nichtstationierung neuer amerikanischer Atomraketen verlangte, wenn Stahl- und Werftarbeiter die Verstaatlichung der krisengeschüttelten Unternehmen fordern, „so stehen Kommunisten dahinter“. Kritisieren Gewerkschaften die Millionenarbeitslosigkeit und das System, das sie hervorbringt, dann sind sie „kommunistisch unterwandert“. Nach diesem Strickmuster wird von Kapitalvertretern in Medien und Politik seit Monaten wieder verstärkt die Kampagne von der „kommunistischen Unterwanderung der Gewerkschaften“ geführt. — Gerd Siebert stellte dazu dem Mitglied des Präsidiums im Parteivorstand der DKP, Werner Cieslak, einige Fragen.

NACHRICHTEN: Das Gespenst der „kommunistischen Unterwanderung“ geht wieder um. Unterwanderung der Friedensbewegung, der Bürgerinitiativen, von Teilen der SPD, von Studenten-Organisationen und vor allem der Gewerkschaften durch die DKP. Wie schafft sie bloß all diese Herkulesarbeit, wo sie doch so klein ist?

Werner Cieslak: Darüber sind wir immer wieder selbst erstaunt. Und was das Bemerkenswerte ist: Diese „Unterwanderung“ klappt, ohne daß wir als Partei die Unterwandererstiefel anzuziehen brauchen. Die vielen genannten Organisationen und Leute „unterwandern“ sich nämlich selber, indem sie sich die krisengebeutelte Wirtschaft und Gesellschaft ansehen — und darüber nachdenken.

Aber im Ernst: Solche Denkprozesse haben in den sozialen und politischen Kämpfen der letzten Monate massenhaft in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, bei Demokraten aus allen sozialen Schichten, stattgefunden. Der Vorsitzende der Deutschen Postgewerkschaft, Kurt van Haaren, gab selbst ein Beispiel für diese Bewußtseinsveränderungen, indem er auf dem 14. ordentlichen Kongreß der DPG Ende Oktober feststellte: „Der normale, ganz gewöhnliche Kapitalismus hat uns eingeholt.“ Die kapitalistischen Systemverteidiger haben nun Angst vor möglichen Schlußfolgerungen der Gewerkschafter aus solchen Erkenntnissen. Und so lassen sie wieder das Gespenst der „kommunistischen Unterwanderung“ aus der Kiste.

NACHRICHTEN: Demnach hat also die Warnung etwa der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (29. 10. 83) vor den „stillen Siegen der Kommunisten“, womit sie die sozial- und systemkritischen Stimmen auf den letzten Gewerkschaftstagen meint, kaum eine andere Funktion als die der Disziplinierung und Spaltung der Gewerkschaften?

Werner Cieslak: Immer wenn die Herrschenden bei der Durchsetzung volks-

verachtender Maßnahmen argumentativ am Ende der Fahnenstange angelangt sind, fällt ihnen nur noch Antikommunismus ein. Wir haben das bei der Auseinandersetzung um die Raketenstationierung erlebt, und wir erleben das zunehmend in den sozialen Konflikten. Das Muster ist immer gleich. Man unterstellt den Millionen Gewerkschaftern und ihren Funktionären, sobald sie Beschlüsse fassen und Reden halten, in denen Gegenwehr gegen Sozialabbau.



Arbeitsplatzvernichtung und Rüstungswahn gefordert wird oder gar Kapitalismuskritik mitschwingt, daß sie selbst der kritischen Analyse und Ursachenerkenntnis nicht fähig sind, sondern dafür kommunistischer Einflüsterer bedürfen.

Es ist dabei der Gipfel ignoranter Dummheit, wenn der landesweit bekannte Gewerkschaftsfeind Ernst Günter Vetter in der FAZ (29. 10. 83) in einem Resümee der letzten Gewerkschaftstage schreibt: „Doch es ist einer der geschicktesten Tricks der Kommunisten, daß sie verstanden haben, ihre

„antikapitalistische“ Terminologie zum Alltagsvokabular in vielen Gewerkschaften zu machen.“ Diesem hochbezahlten Flötenmann des Kapitals muß man wohl sagen, daß Leonhard Mahlein, Kurt van Haaren und andere Gewerkschaftsfunktionäre, auf die er anspielte, gewiß selber in der Lage sind, die Ursachen von Krise und „Wende“-Politik zu erkennen und daraus die richtigen Schlußfolgerungen abzuleiten.

NACHRICHTEN: Eine dieser Schlußfolgerungen lautet Kampf um die 35-Stunden-Woche. Aber es gibt da auch eine Gruppe von Gewerkschaften, die statt dessen die Verkürzung der Lebensarbeitszeit fordert. Wie ist die Position der DKP dazu?

Werner Cieslak: Zunächst einmal sind wir grundsätzlich der Meinung, daß jede Form der Arbeitszeitverkürzung richtig und notwendig ist: die Verkürzung der Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit. Wir verstehen, ebenso wie die Gewerkschaften, die Arbeitszeitverkürzung als einen dringenden Schritt zur Humanisierung der Arbeit. Der arbeitende Mensch braucht angesichts steigender Arbeitshetze mehr Freizeit, um seine Kräfte regenerieren zu können.

Dieser Humanisierungsgesichtspunkt ist angesichts der Zunahme der Massenarbeitslosigkeit stark zugunsten des erhofften Beschäftigungseffektes in den Hintergrund getreten. Wenngleich Arbeitslosigkeit im Kapitalismus durch Arbeitszeitverkürzung nicht beseitigt werden kann, so kann von ihr — konsequent realisiert — durchaus eine dämpfende Wirkung ausgehen. Die stärkste beschäftigungsfördernde Wirkung hätte in dieser Hinsicht unter allen möglichen Formen die Einführung der 35-Stunden-Woche.

Die DKP unterstützt daher ohne Abstriche den Kampf der Gewerkschaften um die 35-Stunden-Woche. Von den anderen Gewerkschaften, ob sie nun für die Verkürzung der Lebensarbeitszeit antreten oder erst noch abwarten, sollte man deutliche Solidarität mit der IG Metall und jenen Gewerkschaften erwarten, die die 35-Stunden-Woche durchsetzen wollen, wie es auch der Beschlußlage des DGB entspricht.

NACHRICHTEN: Die IG Metall hat auf ihrem 14. Gewerkschaftstag im Oktober gerade zur Einheitsgewerkschaft eine deutliche Stellungnahme abgegeben, wenn sie in Antrag 157 feststellte: „Die verschiedenen weltanschaulichen und politischen Strömungen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung — z. B. Sozialdemokraten, Christen, Kommunisten — haben ihren Platz in der IG Metall. Daran lassen wir nicht rütteln.“

Werner Cieslak: Wir begrüßen diesen realistischen Standpunkt. Er ist in der gegenwärtigen Situation notwendiger denn je. Der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit, gegen den sozialen

Zur Diskussion gestellt:

Linksoppositionelle Listen bei Betriebsratswahlen

Seit 1972 wächst bei jeder Betriebsratswahl die Zahl der Versuche, über die Aufstellung eigener Listen verkrustete Strukturen im Betrieb aufzubrechen. Ihrem eigenen Selbstverständnis nach opponieren die Mitglieder dieser Listen gegen sozialpartnerschaftliche Politik, betrachten den innergewerkschaftlichen Weg einer Veränderung allerdings als aussichtslos oder zu langwierig. Dabei kalkulieren sie mit der eigenen Listenbildung den Konflikt mit der Gewerkschaft bis zum Ausschluß ein.

Wie relevant sind solche linksoppositionellen Listen? Welche Erfahrungen aus ihrer Praxis liegen vor? Ergaben sich neue Schlußfolgerungen für eine klassenorientierte Betriebspolitik? Es liegt jetzt eine umfassende Untersuchung des IMSF vor, die am Beispiel der Entwicklung von fünf unterschiedli-

Rückschritt im Staat und in den Betrieben, das Ringen um Abrüstung — alles das hat nur Aussicht auf Erfolg, wenn die Lohnabhängigen und ihre Organisationen mit größter Geschlossenheit in die Auseinandersetzungen mit dem Kapital gehen. Sie dürfen sich nicht — unter welchen Vorwänden auch immer — auseinanderdividieren lassen. Das gilt auch für das solidarische Verhältnis von politischer und gewerkschaftlicher Arbeiterbewegung. Die DKP wird daher auf ihrem 7. Parteitag vom 6. bis 8. Januar in Nürnberg neben dem Friedenskampf, dem Kampf um das Recht auf Arbeit und den Fragen der Aktions-einheit unter den komplizierter gewordenen Kampfbedingungen große Aufmerksamkeit widmen.

„Bonn ist nicht Weimar“, sagen angesichts der andauernden Krisensituationen unseres Wirtschaftssystems nicht wenige Politiker mit einem Unterton der Sorglosigkeit. Das soll besagen, daß sich die Katastrophe nicht wiederholen könne. Analysiert man aber die sozialreaktionäre Politik der Kohl/Genscher-Regierung vor dem Hintergrund der Krise und hemmungsloser Rüstung, und nimmt man den in den Thesen und Papieren von George und Albrecht abgesteckten Kurs hinzu, so zeichnet sich die Gefahr ab, daß Bonn doch Weimar werden könnte.

Allein die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung ist in der Lage, eine solche Entwicklung aufzuhalten. Das aber erfordert das gemeinsame Auftreten von Sozialdemokraten, Kommunisten und Christen in der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung. Die Spaltung der Arbeiterbewegung darf nicht noch einmal zum Triumph der Reaktion beitragen.

chen Betrieben diesen Fragen nachgeht (vgl. K. Pickshaus, Politische Differenzierung im Großbetrieb: Zur Herausbildung linksoppositioneller Betriebsratslisten, in: Jahrbuch des IMSF 6, Ffm. 1983). Dazu thesenartig einige Gesichtspunkte:

Listenvahl ist im wesentlichen ein Phänomen der Großbetriebe, da sich hier unterschiedliche politische Positionen stärker entfalten können. In über 90 Prozent der Betriebe finden Persönlichkeitswahlen statt. Je größer der Betrieb, desto häufiger Listenvahl: in Metallbetrieben über 5000 Beschäftigte in über 56 Prozent der Fälle. Linksoppositionelle Listen sind deshalb im wesentlichen nur in Großbetrieben vornehmlich des IGM- und IG-Chemie-Organisationsbereiches anzutreffen. War es 1972 kaum eine Handvoll, so wuchs ihre Zahl bis 1981 auf etwa 40 Listen. Dieser Trend wird sich 1984 fortsetzen.

Während früher linkssektiererische Kräfte (Typ RGO) und dann zunehmend linkssozialistische Gruppen (Typ Plakatgruppe Daimler-Benz) dieses Spektrum besetzten, sind heute immer häufiger linkssozialdemokratische Kräfte (Typ Aktive Metaller HDW) bestimmend. Die Basis dieser Listen hat sich von unqualifizierten und Fließbandarbeitern bzw. Ausländern zu Belegschaftskernen bzw. qualifizierten Gruppen verschoben. Politischer Ausgangspunkt ist überwiegend der Bruch mit einer sozialpartnerschaftlichen Betriebsratsarbeit geworden, die den Erfordernissen einer Interessenvertretung in der Krise nicht mehr gerecht wird und kritische Kräfte blockiert. Insbesondere der letztere Typ der Listen stützt sich auf junge gewerkschaftliche Aktivisten, die durch die Kämpfe der 70er Jahre und die gewerkschaftliche Bildungsarbeit geprägt wurden und die eine Interessen- und aktionsorientierte Betriebsratsarbeit anstreben.

Die Erfolge der linksoppositionellen Listen machen Ablösungsprozesse von einer Sozialpartnerschaftspolitik öffentlich sichtbar. Allerdings: Sie geben noch keine Perspektive für die Bewältigung der betrieblichen und gewerk-

schaftlichen Kampfanforderungen. In allen Fällen ist eine starke betriebssyndikalistische Grundhaltung feststellbar. Dies wird noch durch den Konflikt zur Gewerkschaft (meist Ausschluß oder Funktionsverbote als Sanktionen für Kandidaten dieser Listen) gefördert.

Die Listenbildung bringt eine Eigengesetzlichkeit der Vorseibständigung als Gruppe, der Profilierung und Abgrenzung zur „offiziellen Gewerkschaftspolitik“ mit sich. Spaltungen in der Belegschaft, die meist vorher schon als Folge sozialpartnerschaftlicher Praxis existierten, werden dadurch gefestigt und nicht überwunden. Die Interessenvertretung im Betriebsrat bleibt abgeschnitten vom Vertrauenskörper. Dies stellt sich als schwerwiegendster Mangel heraus.

Für die Durchsetzung einer kämpferischen Betriebsarbeit muß der Vertrauenskörper eine Schlüsselrolle einnehmen. Dies bedeutet auch das konsequente Eintreten für eine demokratische Betriebsratskandidatenaufstellung. Dies ist unter vielen aktiven Gewerkschaftern unbestritten. Doch reicht das m. E. als Orientierung nicht. Die Zunahme linksoppositioneller Listen sollte ernst genommen werden. Dies verlangt ein stärker argumentatives Herangehen. Eine einfache Etikettierung als „Spalterlisten“ oder pauschale Einordnung als „RGO-Politik“ wird der differenzierten Realität nicht gerecht und bewirkt das Gegenteil. Zu Recht wurde im „Gewerkschafter“ (Heft 7/1979, S. 20) festgestellt: „Der größte Teil der Wähler und Unterstützer der linken Oppositionslisten ist gewerkschaftliches Potential, das auf aktivere Gegenwehr... drängt und wieder für die IG Metall gewonnen werden muß.“

Der Vertrauenskörper auf der HDW hat sich z. B. aus solchen Überlegungen gegen den Ausschluß der „Aktiven Metaller“ gewandt, die die Mehrheit der Betriebsratssitze 1981 gewonnen hatten. Sicherlich hat die politische Spaltung der Interessenvertretung auf der HDW die Kampfbedingungen erschwert. Beachtenswert ist aber die Erfahrung, daß es den klassenorientierten Gewerkschaftern dennoch gelungen ist, durch eine konsequente Zusammenarbeit aller aktiven Kräfte auf der Werft während der Besetzung im September eine gemeinsame Front von Vertrauenskörper und „Aktiven Metallern“ bis zur RGO — bei Verzicht auf jede spalterische Orientierung — aufzubauen.

Aus solchen Erfahrungen stellt sich m. E. stärker als bisher die Aufgabe, auch auf Mitglieder linksoppositioneller Listen im Sinne gewerkschaftlicher Einheit und Autonomie einzuwirken und zugleich das Zusammengehen aller vorwärtsdrängender Kräfte im Betrieb zu erleichtern. Durch eine solche Praxis könnten sektiererische Konzepte am ehesten überwunden werden.

Klaus Pickshaus

Oppositionelle Listen sind ausnahmslos abzulehnen

Klaus Pickshaus schneidet mit den „linksoppositionellen Listen“, wie sie häufig neben der gewerkschaftlich anerkannten Kandidatenliste zu Betriebsratswahlen aufgestellt werden, ein Problem an, das schon lange kontrovers diskutiert wird. Drei Standpunkte sind dazu unter Beteiligten und Nichtbeteiligten vorherrschend.

Einmal ist da die prinzipielle Ablehnung von Listen neben der Gewerkschaftsliste, auch wenn die Gewerkschaft selbst mehrere Listen akzeptiert. Dann gibt es die unbedingten Befürworter einer eigenen Liste progressiver Gewerkschafter, sobald diese auf der gemeinsamen Liste nicht oder nicht genügend zum Zuge kommen. Diese Position wird gewissermaßen als Strategie vertreten, um sozialpartnerschaftlichen „Betriebsratspösten“ und ihrer „rechten“ Hausmacht (die auch in der Verwaltungsstelle sitzen kann) das Fürchten zu lehren. Und schließlich gibt es die dritte Linie, deren Vertreter im Grundsatz jede weitere Liste neben der gewerkschaftlichen Einheitsliste ablehnen, es aber doch in bestimmten Situationen für notwendig und richtig halten, über das Mittel der eigenen Liste linken Gewerkschaftern den Weg in den Betriebsrat zu öffnen.

Diese zuletzt genannte Auffassung ist unter Gewerkschaftern im Betrieb, die sich nicht als Partner, sondern als Gegenmacht zur Geschäftsleitung verstehen und für die nur so klassenorientierte Interessenvertretung denkbar ist, weit verbreitet. Es handelt sich in der Tat bei Befürwortern der „bedingten“ eigenen Liste in der Regel um Kollegen, die für ihre Gewerkschaft und die Beschäftigten des Betriebs das Beste wollen. Insofern ist Pickshaus zuzustimmen, daß ihre pauschale Einordnung in die Kategorie der Spalter „der differenzierten Realität nicht gerecht“ wird. Es muß aber gerade auch in diesem Zusammenhang an die alte Erfahrung der Arbeiterbewegung erinnert werden, daß die gute subjektive Absicht zur Rechtfertigung eines Handelns allein nicht ausreicht.

Der Autor nennt selbst die negativen Folgeerscheinungen linksoppositioneller Listen. Sie scheinen ihm aber nicht auszureichen, um von einem derartigen Vorgehen grundsätzlich abzuraten. Aus meiner Sicht ist es in jedem Falle nicht richtig, eine gewerkschaftlich nicht akzeptierte Liste aufzustellen. Sei es, daß ein mehrheitlich sozialpartnerschaftlich eingestellter Betriebsrat, ein ebenso ausgerichteter Vertrauensleutkörper oder/und die örtliche Gewerkschaftsleitung politisch oder einfach nur durch undemokratische Tricks, Kungeleien usw. in der Lage waren,

linksorientierte Kollegen von der gemeinsamen Kandidatenliste fernzuhalten — in keinem Falle scheint mir eine eigene Liste gerechtfertigt zu sein; auch dann nicht, wenn die Linkskräfte in der Belegschaft (aber eben nicht in den kandidaturbestimmenden Organen) eine starke oder gar mehrheitliche Basis haben.

Im letzteren Falle einer starken bis mehrheitlichen Basis in der Belegschaft, das zeigt die Erfahrung, ist die Niederlage einer unfair taktierenden sozialpartnerschaftlichen Gruppe, die sich an ihre Posten klammert, in der Regel für die nächste Wahl vorprogrammiert. In einer solchen Situation gegen eine nur mit Mühe durchgeboxte rechtslastige Gewerkschaftsliste eine linksoppositionelle zweite Liste aufzumachen, wäre ein Fall sträflicher politischer Ungeduld, die um eines schnellen Erfolges willen die Ergebnisse einer längeren aktiven Arbeit zunichte machen und in die gewerkschaftliche Isolierung führen kann. In den anderen Fällen noch nicht ausreichender Basis in der Belegschaft und den gewerkschaftlichen Organen, wo also Bewußtseinsprozesse erst noch vorangetrieben werden müssen, dürfte die linke Liste ohnehin nicht zur Debatte stehen.

Vorstellungen der CDU zur Einheitsgewerkschaft

Am 26. November führten die Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) in der Kölner „Börse“ eine Bundeskonferenz für Betriebs- und Personalräte durch. Diese Tagung hatte die Aufgabe, die anstehenden Betriebsratswahlen vorzubereiten, die CDA-Mitglieder fest auf dem Regierungskurs zu halten, aber auch, sich Wandlungen in den Gewerkschaften zu widersetzen und Veränderungen in den Gewerkschaften im Sinne der CDU vorzubereiten. Dazu äußerten sich vor allem der CDU-Generalsekretär, Heiner Geißler, und der Bundesvorsitzende der CDA, Norbert Blüm, beide Minister im Kabinett Kohl.

Heiner Geißler zeigte die Richtung an, in der nach dem Willen der Parteiführung die CDU-Mitglieder in den Betrieben und Gewerkschaften gehen sollen. Er behauptete, ohne auch nur den Versuch zu unternehmen, dies auch zu belegen, daß mit der Bildung der Einheitsgewerkschaft sich die deutsche Gewerkschaftsbewegung nach dem Zweiten Weltkrieg gleichzeitig zur Partnerschaft und gegen Klassenkampf zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern entschieden habe.

Der Verlauf der Gewerkschaftskongresse in den letzten Wochen werde jedoch

Man kann die Frage drehen und wenden wie man will: Die aktiven, klassenbewußten Gewerkschafter kommen um die Aufgabe nicht herum, in den gewerkschaftlichen Organen und Gliederungen (betrieblich, örtlich), in denen sie tätig sind, die für eine konsequente Interessenvertretung nötigen Mehrheiten herbeizuführen. Das Problem, das wir hier diskutieren, ist eingebettet in den allgemeinen politischen und Bewußtseinszustand der Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik. Darum kann es keine betriebs-syndikalistische Lösung geben, wenn gleich der Betrieb der wichtigste Ort ist, an dem die Bewußtseinsveränderung vollbracht werden muß. Dabei darf es aber niemals zur Abkoppelung und Isolierung der progressiven Kollegen von ihrer Basis und der Gewerkschaft kommen.

Ich halte das Auftreten mit eigenen Listen prinzipiell für falsch, auch wenn es dadurch nicht zu Ausschlüssen und Funktionsverboten käme. Konsequenz zu Ende gedacht, müßte man sonst auch die Gründung linksoppositioneller Gewerkschaften — regional, zentral — rechtfertigen. Hier ist die Frage des Verhältnisses zur Einheitsgewerkschaft angesprochen, in der die politischen Richtungen um den gemeinsamen richtigen Kurs ringen müssen, ohne sich fraktionell zu betätigen. Solche Versuche, will man sie nach rechts glaubhaft machen, dürfen auch nicht links gedacht oder gar praktiziert werden. Gerd Siebert

die Frage auf, ob die Gewerkschaften diese Partnerschaft aufkündigen und in die Zeit des Klassenkampfes zurückfallen wollten.

Als Anzeichen hierfür wertete er, daß der scheidende Vorsitzende Leonhard Mahlein auf dem Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier davon gesprochen habe, daß das Verhältnis der Gewerkschaften zur Bundesregierung eher von der Position der Gegenmacht als von der eines Ordnungsfaktors bestimmt werde. Der stellvertretende Vorsitzende der IG Metall, Franz Steinkühler, habe gemeint, daß künftige Streiks nicht mehr

so friedlich, nicht mehr so innerhalb der vom Bürgertum gewohnten Regeln ablaufen würden. Die IG Metall habe fast einstimmig die Vergesellschaftung der Stahlindustrie gefordert, die 35-Stunden-Woche werde zu einer Auseinandersetzung grundsätzlichen Charakters hochstilisiert, und die Gewerkschaften würden immer mehr zu einem Anhängsel der Friedensbewegung. Er behauptete darauflos, daß auf den Gewerkschaftskongressen heute mehr über Raketen diskutiert werde als über neue Technologien.

Nachdem Geißler den Gewerkschaften ihre „Sünden“ vorgehalten hatte, wurde er dann deutlicher. Die Gewerkschaften stünden an einem Scheideweg, meinte er, sie müßten sich entscheiden, ob sie den Weg „pragmatischer Reformen“ wollten oder eine „Renaissance des marxistischen Sozialismus“. Von der Beantwortung dieser Frage hänge auch die Zukunft der Einheitsgewerkschaft ab. Dies konnte nur als Drohung aufgefaßt werden. Geißler im Originalton: „Arbeiter und Angestellte, die CDU wählen und Mitglieder sind, zahlen ihre Gewerkschaftsbeiträge nicht, damit bestimmte Gruppen im DGB gegen die Politik der Bundesregierung agitieren, anstatt sich kritisch mit ihr auseinanderzusetzen.“

Schoß Geißler seine Giftpfeile gegen die Einheitsgewerkschaft mit dem Blasrohr, so griff Blüm zum Vorschlaghammer. Da wurde von Kollegen der „anderen Feldpost-Nummer“ gesprochen, denen er, „auch den Sozialdemokraten“, die Hand zur Zusammenarbeit reiche. Werde diese verweigert, „machen wir Politik auf eigene Faust“, und hier hatte er offensichtlich vor allem die Betriebsratswahlen im Auge.

Die Zeitung der IG Metall sei seiner Meinung nach keine Zeitung, sondern unter Schund und Schmutz einzuordnen. Dort werde die CDU verleumdet. „Metall“ sei deshalb Spalter der Einheitsgewerkschaft, und er, Blüm, sei nicht bereit, mit solchen „Schmierfinken“ in Gespräche einzutreten. Die Delegierten klatschten bei Blüms Ausfällen rasenden Beifall.

Hart ging Blüm mit der Gewerkschaft, in der er Mitglied ist, der IG Metall, ins Gericht. Er behauptete, daß das Stahlkonzept der IG Metall „Streng vertraulich“ zu sein scheine, obwohl es doch vor 130 000 Demonstranten in Bonn erläutert worden war.

Um die gewerkschaftlichen Beschlüsse zu Frieden und Abrüstung in einem schiefen Licht erscheinen zu lassen, unterstellte Blüm, daß die Gewerkschaften für eine einseitige Abrüstung seien, ohne auch hier den Wahrheitsbeweis antreten zu können, um dann sofort damit zu drohen — siehe Geißler —, daß dies ein Weg sei, die Einheitsgewerkschaft zu beseitigen.

Heinz Schäfer

Nein des SPD-Parteitages zur Raketenstationierung

Der außerordentliche SPD-Parteitag am 18./19. November 1983 in Köln hat mit seinem Nein zur Stationierung neuer US-amerikanischer Atomraketen den Forderungen und Erwartungen einer übergroßen Mehrheit der SPD-Mitgliedschaft entsprochen. Er hat sich mit seinem Nein für das ausgesprochen, was Mehrheitswillen des Volkes ist und wofür die Friedensbewegung seit dem NATO-Raketenbeschluß eintritt.

Mehr noch als in dem gegen 14 Stimmen angenommenen Leitantrag des SPD-Parteivorstandes ist in Reden und Diskussionen deutlich gemacht worden, wer für das Scheitern der Genfer Verhandlungen verantwortlich ist. Die Verhandlungen in Genf seien gescheitert, so erklärte SPD-Vorsitzender Willy Brandt, „insbesondere wegen der Sturheit jener, denen es darum geht, Pershing II zu stationieren, anstatt die SS 20 runterzuverhandeln“.

Auf dem Parteitag bekräftigten führende SPD-Politiker ihr Bekenntnis zur NATO, zur Westbindung und zur Bundeswehr. Gleichzeitig betonten sie, daß Europa sein Eigengewicht vor allem in sicherheitspolitischen Fragen vermehrten sollte. Großen Beifall erhielt Erhard Eppler für seine Bemerkung, daß das

Augen verschließen konnten, daß die Reagan-Administration in Genf kein konstruktives Verhandlungsergebnis wollte.

Es hat auf dem außerordentlichen SPD-Parteitag in Köln Delegierte gegeben, die in Diskussionsbeiträgen gründlicher der Frage nachgingen, welche Motive hinter der Atom- und Raketenpolitik Washingtons stecken. Der Delegierte Klaus Fritzsche verwies auf die offensiven Kreuzzugsvorstellungen der Reagan-Administration gegen die Sowjetunion. Erhard Eppler nannte als weiteren Grund die Absicht der US-Regierung, die Länder der dritten Welt zu rekolonialisieren. Heide Wiezcorek-Zeul wies unter Bezugnahme auf die US-Politik in Grenada und Nikaragua darauf hin, daß die Reagan-Administration versuche, rücksichtslos militärisch ihre Interessen durchzusetzen.

Auf dem außerordentlichen SPD-Parteitag in Köln wurde wiederholt die große Sorge zum Ausdruck gebracht, daß der Beginn der Stationierung den Rüstungswettlauf beschleunigen und das Klima zwischen Ost und West weiter verschlechtern würde. Auch der DGB-Vorsitzende Ernst Breit machte in seiner Begrüßungsrede auf die schwerwiegenden Folgen mit den Worten aufmerksam: „Eine Stationierung weiterer atomarer Mittelstreckenwaffen auf Seiten der NATO würde den Rüstungswettlauf verschärfen und damit vermutlich den Frieden unsicherer machen.“

Es war jedoch nicht Ernst Breit, der den Zusammenhang zwischen Raketenrüstung und Arbeitsplätzen herstellte, sondern es war der SPD-Vorsitzende des Saarlandes, Oskar Lafontaine, der dem Motto des Parteitages: „Verantwortung für Frieden und Arbeit in Europa“ ansatzweise gerecht wurde. Man dürfe die Rüstung, so betonte er unter Beifall, nicht abkoppeln von der Arbeitslosigkeit. Auch in der Eröffnungsrede des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau klang diese Abkoppelung an, als er bemerkte, „daß die Frage der Stationierung neuer US-Atomraketen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nicht die einzige Frage“ sei, bei der Sozialdemokraten gefordert sind, sondern daß die

Bremen und Hessen gegen Pershing II

Die Landesparlamente von Bremen und Hessen haben sich im Oktober mit den Stimmen der SPD und Grünen gegen die Stationierung von Pershing II und Cruise-Missiles ausgesprochen.

Nein der SPD auch ein Signal an das amerikanische Volk sei: Wir lassen nicht alles mit uns machen, was die Reagan-Administration will. Zuvor hatte Eppler Reagan scharf verurteilt, der davon gesprochen hatte, daß die Welt in den Endkampf zwischen dem Guten und dem Bösen, zwischen Kommunismus und westlicher Welt, eingetreten wäre.

Das Nein zur Raketenstationierung wurde auf dem SPD-Parteitag unterschiedlich begründet. Da waren jene, die von Anfang an gegen den NATO-Raketenbeschluß Front gemacht haben. Da waren andere, die unter der Wirkung der Aktionen und Argumente der Friedensbewegung zum Umdenken veranlaßt wurden. Da waren auch jene, die schließlich nicht vor der Tatsache die

Bürger auch Antwort darauf erwarten, „wie wir vorhandene Arbeitsplätze sichern und neue schaffen wollen“. Kein Wort darüber, daß beides eng miteinander zusammenhängt.

In hoffnungsloser Minderheit befanden sich in Köln jene führenden Sozialdemokraten, die am Zustandekommen des NATO-Raketenbeschlusses aktiv beteiligt waren und an ihrem Ja zur Raketenstationierung auch auf dem außerordentlichen Parteitag festhielten. Helmut Schmidts Rede, in der er sein Festhalten zum Ja begründete, war so gespickt mit antisowjetischen Passagen, daß sie den vollen Beifall der Springer-Presse fand.

Die Frage, wie weiter nach dem Scheitern der Genfer Verhandlungen, wird in der Entscheidung des Parteitages mit der Erklärung beantwortet, daß es das Ziel sozialdemokratischer Politik in der Opposition wie in der Regierung sein würde, „die Nuklearraketen auf beiden Seiten in Europa wieder abzubauen“. Gefordert wird außerdem „ein kontrollierbares Einfrieren zunächst des Testens und Stationierens, dann aber auch der Produktion nuklearer Waffen- und Trägersysteme von einem vereinbarten Zeitpunkt an“. Anschließend soll „im Gesamtrahmen der START- und INF-Verhandlungen über einen allgemeinen Abbau der nuklearen Rüstung, voran der am meisten destabilisierenden Waffensysteme“, eine Einigung erzielt werden. Der Parteitag sprach sich ferner für „den schrittweisen Abbau der zahllosen, auf unserem Boden gelagerten Nuklearwaffen und die Einrichtung einer nuklearwaffenfreien Zone in der Mitte Europas“ aus.

Diese Forderungen ergeben eine Grundlage der Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften in der Friedensbewegung. Die Grundentscheidung des Parteitages schafft insgesamt günstige Voraussetzungen für ein noch engeres Zusammengehen von sozialdemokratisch orientierter Arbeiterbewegung mit der Friedensbewegung.

Kritisch muß man jedoch bemerken: Obwohl es in den Reden des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt und des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Hans Jochen Vogel, nicht an anerkennenden Worten für das Wirken der Friedensbewegung fehlte, gab es von ihrer Seite keine Orientierung für die sozialdemokratischen Mitglieder, aktiv und leidenschaftlich in der Friedensbewegung mitzukämpfen und über den außerparlamentarischen Kampf dazu beizutragen, daß die Raketenstationierung gestoppt und wieder rückgängig gemacht und in Mitteleuropa eine atomwaffenfreie Zone geschaffen wird.

Man kann jedoch gewiß sein, daß viele Sozialdemokraten gerade diese Schlußfolgerung aus dem Nein des Kölner SPD-Parteitages zur Raketenstationierung ziehen werden. Kurt Schacht

AUS DEM ARBEITS- UND SOZIALRECHT

Bundesarbeitsgericht höhlt Mitbestimmungsrechte aus

Der 1. Senat des Bundesarbeitsgerichts (BAG) in Kassel unter Vorsitz von Professor Kissel hat am 8. November den Antrag des Betriebsrats von Gruner und Jahr in Hamburg gegen die Anordnung von Überstunden durch die Geschäftsleitung aus „prozessualen Gründen“ abgewiesen und damit dem Abbau gewerkschaftlicher Mitbestimmungsrechte, die im Betriebsverfassungsgesetz von 1972 garantiert werden, in entscheidender Weise Vor-schub geleistet.

Das Gericht beanstandete unter Umgehung einer politischen Begründung die Klage als „zu allgemein“ und bekräftigte damit ein umstrittenes eigenes Urteil vom 22. Februar 1983, daß ein Betriebsrat nicht generell die Unterlassung mitbestimmungswidriger Maßnahmen des Unternehmers verlangen kann (Az.: 1 ABR 27/81). Der Betriebsrat – so das Gericht im Februar – könne nur bei groben Verstößen des Unternehmers gegen seine betriebsverfassungsrechtlichen Pflichten (§ 23 Abs. 3 BetrVG) einen entsprechenden Unterlassungsanspruch geltend machen. Dieser Beschluß wurde damals von der Unternehmerseite als „Jahrhundertentscheidung“ gefeiert. Für den DGB stellte diese Entscheidung „einen negativen Höhepunkt in einer Reihe von Beschlüssen dieses BAG-Senats dar, mit denen Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates entwertet werden“.

Die Anwälte des Betriebsrates, Bernd Nies aus München und Helmut Platow aus Hamburg, verwiesen in der Verhandlung darauf, daß die Februar-Entscheidung des 1. Senats bei fast allen Arbeitsrechtlern „auf einhellig ablehnende Meinung“ gestoßen sei. Sie verlangten für den neuen Rechtsstreit eine Anrufung des „Großen Senats“ des BAG. Nies unterstrich, die Arbeits- und Landesarbeitsgerichte seien „drauf und dran, dem Bundesarbeitsgericht die Gefolgschaft zu verweigern, weil sie das Urteil für falsch halten“. Wie die Betriebsratsvorsitzende von Gruner und Jahr in Hamburg, Heike Jesaias, vor über 100 Betriebsräten und Gewerkschaftlern im vollbesetzten Gerichtssaal begründete, richtete sich die Klage gegen die Praxis des Konzerns, einerseits Personal in der Abteilung Bildherstellung und Satztechnik abzubauen und andererseits regelmäßig Überstunden anzuordnen. Allein 1982/83 seien 172 Arbeitsplätze nicht neu besetzt worden. Alle Vorinstanzen hatten übrigens die Position des Betriebsrats bekräftigt.

Die Aktualität des Überstundenproblems erläuterte auf einer anschließenden Pressekonferenz Detlef Hensche stellvertretender Vorsitzender der IG Druck und Papier: „Im Krisenjahr 1982 – bei erheblicher Massenarbeitslosigkeit an der Zweimillionengrenze – wurden in der Bundesrepublik fast zwei Milliarden Überstunden erbracht. Das sind pro Beschäftigten 90 Stunden im Jahr und macht, wenn man das mal in Arbeitsplätze umrechnet, 1,2 Millionen Arbeitsplätze aus.“ Vor diesem Hintergrund sei es ein Skandal, „daß eines der wenigen Packenden, die uns das Gesetz für die Betriebsratsarbeit gibt, im Grunde uns wieder vom Bundesarbeitsgericht aus der Hand gezogen wird“. Die BAG-Entscheidung habe auch bei anderen Fragen Folgen, die unter den Mitbestimmungskatalog des Betriebsverfassungsgesetzes fielen, so etwa den Komplex der Personal-Informationssysteme. Davon betroffen seien alle Gewerkschaften unseres Landes.

Hensche unterstrich, daß die Gewerkschaften in dieser Frage nicht nachlassen würden, weiterhin die Arbeitsgerichte zu bemühen. Dem Kampf um die 35-Stunden-Woche komme in diesem Zusammenhang eine entscheidende Bedeutung zu. Er nannte als eine der wesentlichen Ursachen der Massenarbeitslosigkeit die Rationalisierung, nicht nur durch neue Techniken, sondern durch Manipulationen der Arbeitszeit: „In den letzten Jahren nimmt die Teilzeitarbeit zu. Es wird Job-Sharing angeboten, Arbeitsplatzteilung. Im Handel dominiert kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit, das heißt Abrufarbeit. Zu jeder Produktionsspitze werden Beschäftigte in die Betriebe gerufen. Es gibt Firmen, die ihr Geld damit verdienen, daß sie den Unternehmen variable Schichtpläne ausarbeiten, um nur ja das Letzte an Leistungsreserven aus den Belegschaften rauszuholen. Unsere Antwort auf diese Entwicklung wachsender Arbeitslosigkeit ist unter anderem die 35-Stunden-Woche. Nur so können wir Arbeitsplätze sichern und neue Arbeitsplätze schaffen. Und als Alternative zu dieser 35-Stunden-Woche hören wir seit einigen Monaten von der Unternehmerseite, wir sollten bereit sein, flexible Arbeitszeiten einzugehen. Da kommt dann alles, was ich eben nannte – von der Teilzeitarbeit über Arbeitsplatzteilung bis zu kapazitätsorientierter variabler Arbeitszeit.“

Die Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts gebe heute schon den Unter-

BDA-Denkschrift: Frontal gegen Sozialleistungen

Allein für das Jahr 1984 wurden „durch die verschiedenen Spargesetze der letzten Jahre ... den Arbeitnehmern und Sozialleistungsempfängern über 50 Milliarden DM an Sparmaßnahmen auferlegt“. Das stellte der stellvertretende DGB-Vorsitzende, Gerd Muhr, in einem Artikel zur DGB-Kampagne gegen Sozialabbau fest, der in der Zeitschrift „Soziale Sicherheit“ (10/1983) erschienen ist. Die IG Metall hat sogar 62,5 Milliarden DM Sozialabbau für 1984 allein durch die für die Jahre 1982 bis 1984 von den Bonner Koalitionen beschlossenen Kürzungen und Belastungen errechnet (s. Nachrichten-Dokumentation 10/1983, S. 18/19).

Ohne Zweifel haben die Auswirkungen der nun schon seit Mitte der siebziger Jahre andauernden und sich verschärfenden Sozialdemontage für die Betroffenen ungeheure Dimensionen angenommen. Betroffen von allen unsocialen Maßnahmen sind die Ärmsten der Armen. Mit Recht stellte der Präsident des VdK, Karl Weishäupl, folgende Frage: „Was ist das für eine Sozialpolitik, die immer nur die Personengruppen schröpft, die ohnehin am wenigsten haben?“ So wurden mit den schon erfolgten und im Haushaltsbegleitgesetz 1974 vorgesehenen Maßnahmen Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe für ledige Arbeitslose ohne Familienpflichten um insgesamt 17,5 Prozent, das Übergangsgeld bei Rehabilitation für Behinderte mit Familie um insgesamt rund 17, für Behinderte ohne Familienpflichten um fast 28 Prozent gekürzt.

Doch den Herren der Konzerne und Banken und ihren politischen Sachwaltern ist das alles bei weitem noch nicht genug. Nach dem „Papier“ des Grafen Lambsdorff, den „Denkanstößen“ des CDU-Sozialexperten George und den Thesen des niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht hat nun die Spitzenorganisation der Unternehmerverbände selbst, die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), mit ihrer Denkschrift „Soziale Sicherheit im Umbruch“ weitere tiefgreifende Eingriffe in das soziale Leistungsrecht gefordert. Dabei geht es offensichtlich nicht um „Umbruch“, sondern um weiteren Abbruch dessen, was in früheren Jahren bei Feiertagsre-

nehmern kraft Rechtsprechung einen Freibrief für weitergehende flexible Arbeitszeitgestaltung, und zwar auf Kosten der Beschäftigten. Im Grunde sei dies schon eine höchst flexible Form der Arbeitszeitaufteilung, allerdings „auf unsere Kosten, auf Kosten der Gesundheit derer, die dann auf Teufel komm raus Überstunden fahren müssen“, erklärte der IG-Druck-und-Papier-Funktionär.

Michael Huhn

den als Beweis für den „Sozialstaat“ Bundesrepublik gepriesen wurde. Die Denkschrift enthält auch keine „Vorschläge zur Stabilisierung“, wie es irreführend im Untertitel heißt, sondern zur weiteren Destabilisierung der sozialen Sicherung.

Zur Begründung des neuen massiven Frontalangriffs auf die in Jahrzehnten erarbeiteten und durchgesetzten sozialen Rechte und Leistungen stellt BDA-Präsident Esser die Ursachen für die finanziellen Schwierigkeiten auf den Kopf: Nicht die kapitalistische Wirtschaftskrise und die Politik der Abwälzung der Rüstungs- und Krisenlasten seien Ursache des Rückschritts in allen sozialen Bereichen, sondern es hat „die ausufernde soziale Sicherung die wirtschaftlichen Probleme mit verursacht“, behauptet er.

Von der Hochrüstung und ihren immensen Kosten, an der ein Teil des großen Kapitals sich dumm und dämlich verdient, ist in der Denkschrift nicht die Rede. Dabei sollen nach der mittelfristigen Finanzplanung 1983 bis 1987 die „Verteidigungsausgaben“ um 14,5 Prozent steigen, die Ausgaben des Bundes für die soziale Sicherheit aber um 1,4 Prozent zurückgehen.

Mit ihrem neuen „Horror-Katalog“ begrüßt die BDA die im Haushaltsbegleitgesetz 1984 vorgesehenen Rotstiftmaßnahmen und fordert weitere Einschränkungen und Kürzungen im Bereich der Rentenversicherung, der betrieblichen und öffentlichen Altersversorgung, der Krankenversicherung, den Leistungen bei Arbeitsunfähigkeit, der Unfallversicherung, dem Arbeitsförderungs-gesetz, im Behindertenrecht, beim Kindergeld, der Versorgung der Kriegs- und Wehrdienststopfer, in der Sozialhilfe und den Leistungen bei Mutterschaft (s. Tabularasa, Nachrichten 11/1983, S. 3). Dabei wendet sich die BDA zugleich auch gegen solche von den Gewerkschaften entwickelte Vorschläge und Forderungen wie die Herabsetzung der Altersgrenze, die finanzielle Beteiligung der Unternehmen bei frühzeitiger Verren-

tung und die Bemessung des „Arbeitgeberbeitrages“ zur Rentenversicherung nach Wertschöpfung oder Kapitaleinsatz der Unternehmen statt der Lohnsumme.

Individuelle eigenverantwortliche Vorsorge statt der „kollektiven sozialen Absicherung“ und „vor allem Stärkung des Subsidiaritätsprinzips“, sind die von BDA-Präsident Esser formulierten Leitlinien der Denkschrift. Im Grundsatz zielt das auf die stückweise Zerschlagung der in mehr als einem Jahrhundert vor allem von den Gewerkschaften erreichten solidarischen sozialen Sicherungen für die abhängig Beschäftigten.

Besonders für den Bereich der Krankenversicherung soll der Abbau des Solidar- und Sachleistungsprinzips und die Belastung der Kranken mit direkter Zu- oder Selbstzahlung fortgesetzt werden. Nicht mehr nur für einige Medikamentengruppen („Bagatellarzneien“), sondern bei „leichten Gesundheitsstörungen“ überhaupt, sei es dem einzelnen zuzumuten, dafür selbst einzustehen.

Konsequent fortgesetzt werden soll die direkte Zuzahlung („Eigenbeteiligung“) der Kranken zu den Krankheitskosten und zugleich die Lohnfortzahlung bei Arbeitsunfähigkeit wieder abgeschafft und das Krankengeld durch prozentualen Abschlag oder Wiedereinführung von Karenztage gekürzt werden.

Obwohl das Rentenniveau (das Verhältnis der Rentenhöhe bei 40 Versicherungsjahren zum Nettoarbeitsverdienst) in den letzten Jahren zurückgegangen ist, von 66,2 Prozent 1977 auf 64,8 Prozent 1982 (DGB-Forderung: 90 Prozent!), halten diejenigen, die das Zehnfache der Rente eines Arbeiters als Pension einstreichen, das Rentenniveau noch für zu hoch. Durch eine „Nettolohnorientierung“ und eine „gleitende Einkommensanrechnung“ bei Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrenten soll es zusätzlich zum steigenden Abzug des „Krankenversicherungsbeitrages für Rentner“ weiter herabgedrückt werden.

Kürzungen sollen auch bei der Alterssicherung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und der betrieblichen Alterssicherung erfolgen. Die BDA hält die völlige Streichung des Kindergeldes für alle ersten Kinder für „zumindest erörterungsbedürftig“ und will auch die Grundrenten für Kriegs- und Wehrdienststopfer dem „Gesichtspunkt der Bedürftigkeit“ unterwerfen und damit den unabdingbaren Rechtsanspruch beseitigen, der (noch?) bei den Grundrenten nach dem BVG wie bei Unfallrenten (!) gilt. Die Kürzung des Mutterschaftsgeldes mit dem Haushaltsbegleitgesetz 1984, so heißt es, gehe in „eine strukturell richtige Richtung“. Unausgesprochen bleibt: sollte fortgesetzt werden!

Arthur Böppe

Neue polnische Gewerkschaften mit 3,5 Millionen Mitgliedern

Auf Einladung des Instituts für Politikwissenschaften der Technischen Hochschule Darmstadt sprach am 31. Oktober der Vorsitzende des außenpolitischen Arbeitskreises des Sekretariats der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei und Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des polnischen Parlaments, Ryszard Wojna, zur „Politik Polens seit 1980“. Am 7. November folgte Prof. Dr. Anton Rajkiewicz, der von 1980 bis 1982 435 Tage Arbeits- und Sozialminister war, über „Probleme der Sozial- und Gewerkschaftspolitik“. Beide Referenten bestätigten, daß der Aufbau neuer Gewerkschaften von unten nach oben fortschreite und sich in der Zwischenzeit rund 3,5 Millionen in diesen Gewerkschaften organisiert hätten, was einem Organisationsgrad von rund 30 Prozent entspricht.

In der ganzen Nachkriegspolitik Polens habe, so Rajkiewicz, das Streben nach sozialer Gerechtigkeit und nach einer Angleichung der Lebensbedingungen im Vordergrund gestanden. Es wurde jedoch kein rationales Lohn- und Preissystem gefunden. Die Wirtschaftsmechanismen hätten zu wenig Anreize für eine Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur Innovation gegeben. Dazu sei gekommen, daß in der zweiten Hälfte der 70er Jahre die technische Intelligenz, aber auch der Partei- und Staatsapparat zusätzlich privilegiert worden seien.

Solange die Arbeiterräte funktioniert hätten, sei Ruhe in den Betrieben gewesen. Mit ihrer Liquidation nach 1976 war aber eine wachsende Bürokratisierung der Gewerkschaften zu beobachten gewesen. Die Unzufriedenheit sei gestiegen und mit ihr dann der Konflikt unvermeidlich geworden. An der Ostseeküste und in Schlesien hätten sich sodann illegale Strukturen „freier Gewerkschaften“ gebildet.

Es sei jedoch keineswegs so gewesen, daß dies die Führung des Landes nicht gesehen hätte. So habe Giersek für den Herbst 1980 einen Durchbruch in der Wirtschafts- und Gewerkschaftspolitik gewollt. Aber die Tiefe der Unzufriedenheit und folglich auch das Tempo ihrer Entwicklung wären falsch eingeschätzt worden. So sei die Machtspitze im Sommer 1980 seelenruhig in die Ferien gefahren, obwohl schon Anfang Juli mehrere Streiks stattgefunden hätten. In dieser Zeit wäre die Partei rat-, kraft- und wehrlos, die Kirche rat-, aber nicht kraftlos und die Regierung rat- und kraft- aber letztlich nicht wehrlos gewesen.

Die sich spontan entwickelnden Proteste hätten sich mit den im Untergrund entstandenen gewerkschaftlichen Strukturen, aber auch mit illegalen Organisationen wie der KOR verbunden, deren Ziel der Sturz des gesellschaftlichen Systems war.

Rajkiewicz, einer der Verhandlungsführer mit dem Streikkomitee in Danzig, erzählte, wie er, im Zusammenhang mit den programmatischen Aussagen dieses Streikkomitees einige Fragen gestellt habe, und zwar nach dem Verständnis zum geforderten Gewerkschaftspluralismus, von „freien Gewerkschaften“ und einer politischen Orientierung. Damals habe man ihm geantwortet, daß man neben den alten Gewerkschaften existieren und mit ihnen konkurrieren wolle, daß man unter „freien Gewerkschaften“ solche verstehe, die unabhängig und selbstverwaltet seien. Politisch wolle man unabhängig sein, erkenne aber die führende Rolle der Partei beim Aufbau des Sozialismus und auch das staatliche Eigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln an.

Sehr bald habe sich herausgestellt, daß vieles Lippenbekenntnisse waren. Insbesondere habe man nicht das geringste ökonomische Verständnis für die Lage des Staates gehabt. So seien Forderungen aufgestellt und auch durchgesetzt worden, für deren Erfüllung keine Voraussetzungen vorhanden gewesen seien. Streik auf Streik habe stattgefunden. Von den 435 Tagen seiner Ministerzeit waren nur ganze fünf streikfrei. Das Ergebnis war, daß die Staatsverschuldung, die unter Giersek schon gewaltig gewesen sei, sich fast verdoppelte und auch die Inflation sich infolge der Lohnerhöhungen ohne entsprechende Produktions- und Produktivitätsentwicklung rasch entwickelte.

„Ende 1981“, sagte Rajkiewicz, „standen wir vor dem Abgrund, vor der totalen Katastrophe“. Der Staat habe handeln müssen. Da aber die polnische Verfassung damals keinen Ausnahmezustand vorsah, habe das Kriegsrecht verhängt werden müssen. Die politische und ökonomische Konsolidierung schreite nunmehr langsam voran. Neue Gewerkschaften entstünden. Da aber zugleich noch illegale Strukturen der Solidarnosc mit zum

Teil beachtlichem Einfluß bestünden, würden die neuen Gewerkschaften, da sie um ihre Identität kämpfen müßten, zum Teil ebenfalls illusionäre Forderungen stellen.

Nach Rajkiewicz sind noch große Probleme zu lösen, aber auch vorsichtiger Optimismus sei angebracht. Das Tempo der weiteren Entwicklung werde maßgeblich von der inneren Beschaffenheit der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei bestimmt. Heinz Schäfer

Britische Drucker widersetzen sich

Ein seit Wochen andauernder, zunächst lokaler gewerkschaftspolitischer Konflikt in Großbritannien hat Ende November landesweite Ausmaße angenommen. Alle überregionalen Tageszeitungen mit einer Auflage von zusammen etwa 17 Millionen Exemplaren konnten infolge eines Streiks von Mitgliedern der Druckergewerkschaft „National Graphical Association“ (NGA) nicht erscheinen. Der Konflikt eskalierte durch Gerichtsentscheide und Entlassung der Streikteilnehmer und dauerte bei Redaktionsschluß noch an.

Angefangen hatte es bei einer lokalen Zeitung der „Messenger Group Newspaper“ im Norden des Landes. Der Unternehmer hatte das Prinzip des „Closed Shop“, der geschlossenen Mitgliedschaft aller Beschäftigten in der Gewerkschaft, nicht akzeptieren wollen. Im Verlaufe der Auseinandersetzung hatte er sechs Gewerkschaftsmitglieder wegen ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit entlassen. Daraufhin kam es zu einem Solidaritätsstreik mit Streikpostenaufstellung in einem unbeteiligten Betrieb. Das jedoch ist nach den unlängst von der Regierung Thatcher erlassenen Gesetzen zur „Neuordnung“ der Gewerkschaftsrechte nicht mehr erlaubt.

Ein Gericht in Manchester verurteilte die NGA zu umgerechnet 300 000 DM Strafe. Die Gewerkschaft erklärte jedoch, sie werde sich ihre Rechte nicht beschneiden lassen. Der Streik ging weiter und erlangte grundsätzliche gewerkschaftspolitische Bedeutung. Das Gericht verurteilte die Gewerkschaft in einem weiteren Beschluß zu 600 000 DM Strafe und verfügte die Beschlagnahme des gesamten Gewerkschaftsvermögens von rund 40 Millionen DM für die Dauer der Nichtbefolgung der gerichtlichen Anordnung.

Die NGA erklärte nunmehr abermals die Nichtbeachtung des Gerichtsurteils, und spontan weitete sich der Solidaritätsstreik auf die grafischen Zentren London, Manchester und Glasgow aus. Streikziel ist nicht mehr allein die Abwehr von Unternehmerwillkür, sondern ebenso die Verteidigung von Gewerkschaftsrechten gegen die konservative Regierung. Sb

Betriebsbesetzung konkret

Gert Hautsch und Bernd Semmler, Betriebsbesetzung: Adler, VDM, Demag-Pokorny, Rockwell-Golde. Vier Beispiele aus Frankfurt, bundesweiter Überblick; Soziale Bewegungen. Analyse und Dokumentation des IMSF, Heft 13, Frankfurt, 120 S., 8,— DM.

Betriebsbesetzungen — dieses Thema ist durch die Kämpfe auf HDW Hamburg und AG Weser Bremen im September wieder aktuell geworden. Das Heft 13 der „Sozialen Bewegungen“ des IMSF erscheint deshalb zum richtigen Zeitpunkt. Auch wenn die Besetzung der Werften selbst nicht mehr Gegenstand der Untersuchung sein konnte, zeigt die Arbeit, daß die angesprochenen Fragen gleichgeblieben sind.

Anliegen der Autoren ist es, „Triebkräfte und Motive, die in einigen Fällen den Konflikt zur offenen Konfrontation mit dem Unternehmer steigern lassen“ (S. 5), herauszuarbeiten und Konsequenzen für die gewerkschaftspolitische Strategie zu diskutieren. Das erfolgt am Beispiel von vier Frankfurter Betrieben, in denen 1981/82 Kämpfe gegen Massenentlassungen oder Schließung — davon drei Besetzungen bzw. Blockaden — stattgefunden haben: Triumph/Adler, VDM, Rockwell-Golde und Demag-Pokorny. Grundlage sind empirische Studien vor Ort, teilweise während der Kämpfe selbst.

In wesentlichen Teilen beschäftigt sich die Untersuchung mit den Faktoren, die Belegschaften zu militanten Formen des Widerstands bringen. Bei keinem der untersuchten Betriebe handelte es sich um traditionell kämpferische Belegschaften; eher im Gegenteil. Als eine zentrale Voraussetzung für den Übergang zum Kampf wird der Wegfall von „Angeboten“ der Unternehmer für sozialpartnerschaftliche Kompromisse genannt: Betriebsschließungen bei verstopften Arbeitsmärkten sind für alle Beschäftigtengruppen eine Bedrohung und werden auch so emp-

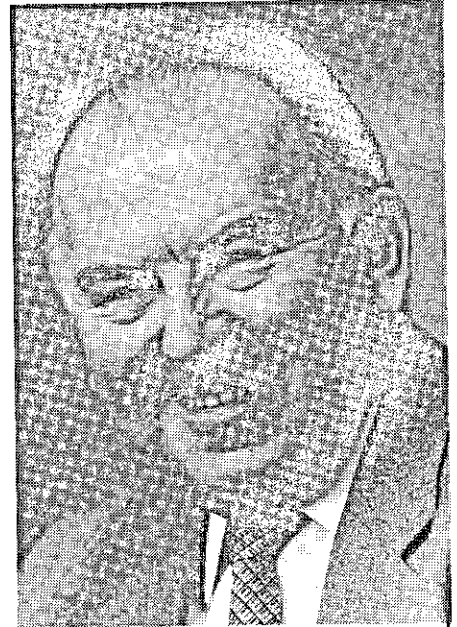
funden. Handlungsbereitschaft — so eine These der Autoren — setzt Handlungsmöglichkeit und -fähigkeit voraus. Dazu gehört, daß ein Ausweg für möglich gehalten wird, daß die Belegschaften Apathie und Resignation überwinden. Hier spielen Alternativpläne zur Weiterführung des Werkes eine Rolle. Bedeutsam ist auch das Echo des Widerstands im öffentlichen Bewußtsein.

Überhaupt scheint die Resonanz von außen eine entscheidende Rolle für den Übergang zum Kampf und die Stabilisierung des Widerstands zu spielen. Solidarität verschiedener Art, organisatorische und materielle Unterstützung durch politische Parteien und Gruppen, Aktivitäten der Gewerkschaft oder von einzelnen Gewerkschaftern waren in den untersuchten Fällen ausschlaggebend. Davon hängt es auch ab, inwieweit die Offenheit für ideologische Diskussionen, die in solchen Kampfsituationen besteht, zu echten Bewußtseinsfortschritten führt.

Hier liegen Aufgaben, denen sich die Gewerkschaften bislang ungenügend stellen. Darauf gehen die Autoren im letzten Kapitel ein. Sie zeigen u. a., daß Defizite in der gewerkschaftlichen Interessenvertretung nicht nur Kampfmöglichkeiten schwächen, sondern auch Strukturen außerhalb der gewerkschaftlichen Willensbildung — mit der Gefahr der Verselbstständigung — provozieren.

Soweit ersichtlich, ist die Arbeit von Hautsch/Semmler die erste, die sich eingehend und am konkreten Beispiel mit taktischen und strategischen Problemen des betrieblichen Widerstands, befaßt. Nikolaus Nürnberger

VERLAGSINTERNES



Unsere Zeitschrift hat einen neuen Mitherausgeber. Leonhard Mahlein, langjähriger Vorsitzender der IG Druck und Papier bis zum Gewerkschaftstag im Oktober und weiterhin Vorsitzender der Internationalen Grafischen Föderation (IGF), schloß sich Mitte November dem bisherigen Herausgeberkreis, bestehend aus dem NACHRICHTEN-Gründer Heinz Seeger sowie Arthur Böppe, Heinz Lukrawka und Willi Malkomes, an.

Mit viel Beifall wurde diese Neuigkeit von den etwa 100 Teilnehmern des Nachrichten-Seminars am 19. und 20. November im Frankfurter Haus der Jugend zum Thema „Tarifpolitik unter den Bedingungen der Krise und anhaltend hoher Arbeitslosigkeit“ aufgenommen. Vor den zumeist aus der betrieblichen und gewerkschaftlichen Praxis stammenden Zuhörern hielt Mahlein das Einleitungsreferat. Seine Ausführungen, ebenso wie die der weiteren Referenten Heinz Schäfer, Gerhard Gerlach, Walter Riester und Manfred Balder, boten mehr als genug Diskussionsstoff für die drei anschließenden Arbeitsgruppen und das Plenum.

Erstmals während eines Nachrichten-Seminars hatten wir den Teilnehmern am Abend die Möglichkeit geboten, zusammen mit den Referenten in eine intensive Diskussion zu treten. Sie war nur als zusätzliches Angebot gedacht. Aber fast alle Teilnehmer blieben. Ihre Zahl wurde noch erhöht durch das Erscheinen einiger Delegierter des nicht tern tagenden IG-Metall-Gewerkschaftstages, der schon kurzfristig seine Arbeit beendet hatte. Soviel nur sei gesagt: Es war eine sehr lebhaft, zwei Stunden währende Diskussion. jaco

Bestellschein

12/83

Hiermit bestelle ich

- ☐ Abonnement(s) NACHRICHTEN zum Preis von 40 DM jährlich einschließlich Porto.
- ☐ Senden Sie mir bitte noch ein kostenloses Probeheft.

Name:

Vorname:

Straße:

PLZ, Ort:

Unterschrift:

(Falls erworben durch einen anderen Abonnenten, bitte Namen und Anschrift des Werbers sowie Buchwunsch aus der Produktion des Nachrichten-Verlages auf gesondertem Blatt angeben.)

Terminkalender

- **Januar bis Ende Juni**
Wahl der Vertreter in Mitgliederversammlungen der IG Metall zu den Vertreterversammlungen
- **6. bis 8. Januar**
7. Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei in Nürnberg
- **13. bis 17. Februar**
Bundesjugendkonferenz der IG Chemie-Papier-Keramik in Dortmund
- **23. bis 25. Februar**
Bundesfrauenkonferenz der IG Chemie-Papier-Keramik in Dortmund
- **26. bis 29. Februar**
15. Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr. Der Veranstaltungsort ist noch nicht bekannt
- **1. März bis 31. Mai**
Betriebsratswahlen
- **8. März**
Veranstaltungen der DGB-Kreise zum Internationalen Frauentag
- **8. bis 10. März**
Bundesangestelltenkonferenz der IG Chemie-Papier-Keramik in Hannover
- **31. März bis 1. April**
Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen in Willingen (Sauerland)
- **28. bis 29. April**
Bundesfrauenkonferenz der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen in Leverkusen
- **1. Mai bis 30. Juni**
Jugendvertreterwahlen
- **14. bis 19. Mai**
12. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands in Hamburg
- **17. bis 23. Juni**
10. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr in München
- **2. bis 8. September**
12. ordentlicher Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik in Westberlin
- **4. bis 9. November**
11. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen in Mannheim
- **26. bis 30. November**
13. Gewerkschaftskongreß der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie in Dortmund

D 3476 E

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt.
NACHRICHTEN-
Verlags-GmbH,
Glauburgstr. 66,
Postf. 18 03 72,
6000 Frankfurt/M.

06 30 50 11 63 12 1939 14
FRIEDRICH UNIVERSITÄT B.
VORN. OTTO-SOHR-INSTITUT
INSTR. 21

1700 BERLIN 35

Zuguter Letzt

Kurze Beine

METALL (Nr. 23 vom 18. November 1983) hat „Bild“ wieder einmal erwischt. Dort stand: „Die Gewerkschaften rufen nach der 35-Stunden-Woche, wollen sogar dafür streiken. Aber: Hat die über 20 Millionen deutschen Hausfrauen einer gefragt? Soziologe Werner Habermehl (34) hat's.“

METALL ging der Sache nach und fragte den zuständigen „Bild“-Redakteur Gerd Rattmann: „Hat Habermehl 20 Millionen Hausfrauen gefragt?“ „Bild“-Rattmann: „Jedermann weiß, daß es demoskopische Methoden gibt, um die Meinung von 20 Millionen festzustellen.“ METALL fragte nun Habermehl: „Hat ‚Bild‘ Sie korrekt wiedergegeben?“ Habermehl: „Das würde ich nicht sagen.“ Es gebe keine repräsentative Befragung von Hausfrauen zur 35-Stunden-Woche.

„Bild“ hatte auch behauptet, daß der Deutsche Hausfrauenbund gegen die 35-Stunden-Woche sei. Dessen Präsidentin, Anneliese Schimke, die „Bild“ zitierte, versicherte METALL, daß sie zur 35-Stunden-Woche überhaupt keine Meinung geäußert habe.

Dann beruft sich „Bild“ auf sechs Hausfrauen. Drei mit Angaben wie „Marianne G. (29) aus Düsseldorf“ waren überhaupt nicht überprüfbar. Karin Otto und Adelheid Henk hingegen, die METALL aufspüren konnte, sind nicht gegen, sondern für die 35-Stunden-Woche. Fazit von METALL: „Lügenblatt kann das Fälschen nicht lassen.“

Hanno Heidrich sagte hierzu am 22. November 1983 im Hessischen Rundfunk: „Und wem die Stimmung gegen die 35-Stunden-Woche nützt, ist klar: der Position der Arbeitgeber.“ Auch sonst bleibe bei „Bild“ die Wahrheit, die Aufklärung und die sachgerechte Information auf der Strecke. „Wann“, so fragt Hanno Heidrich, „werden die vielen Millionen „Bild“-Leser endlich in der Lage sein, das zu erkennen?“ Und er meint: „Wer am Fließband steht, Brummis von früh bis spät über die Autobahn donnert, oder als Maurer mit der Kelle Häuser baut, hat aus naheliegenden Gründen keine Zeit, gewichtige Artikel in seriösen Zeitungen zu lesen. Das kann man nachvollziehen. Vielleicht aber hätte der die Zeit nach Einführung der 35-Stunden-Woche.“ Sch.

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

Gewerkschaftsspiegel
Informationen und Kommentare
Gegründet 1961
von Heinz Seeger

ISSN 0047-8598

Herausgeber: Arthur Böpple, Bremen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Leonhard Mahlein, Stuttgart; Willi Malkomes, Frankfurt; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Verlags- und Redaktionsanschrift:

Postfach 18 03 72, Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/Main, Tel. (06 11) 59 97 91, Konto-Nr. 1 615 6129 00
Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt/M., Postscheckkonto: Frankfurt/Main 3050 40-606.

Die NACHRICHTEN erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „INFORMATIONEN zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember).

Einzelpreis 4,- DM; Jahresabonnement 40,- DM einschließlich Zustellgebühren. Das Jahresabonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, falls es nicht bis zum 30. November des laufenden Jahres schriftlich gekündigt wird.

Redaktionskollegium:

Gisela Mayer, Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/M. 1.

Dr. Werner Petschick (verantwortlich für den Inhalt), Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/M. 1.

Dr. Heinz Schäfer, Sternstraße 52, 6103 Griesheim.

Gerd Siebert, Burgstraße 4, 2411 Borstorf/Mölln.

Namentlich gezeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe, bei Interviews und Artikeln von nicht der Redaktion angehörenden Autoren ist die Zustimmung des Gesprächspartners bzw. Autors notwendig.

Redaktionsschluß: 2. Dezember 1983

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, 4040 Neuss.



NACHRICHTEN-Verlags-
Gesellschaft mbH
Frankfurt am Main